



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Die Salzachstadt Burghausen verfügt nun offiziell über die längste Burg der Welt - inklusive einem Eintrag im Guinnessbuch. Gemessen wurden exakt 1.051,02m Länge. Foto: Jan-Hinrich Janssen

Studie der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft:

Die Musterstadt der Zukunft

Deutschland braucht starke Städte, die bei der Modernisierung im Wettbewerb der Kommunen vorangehen. Um zu analysieren, wie Städte heute wirtschaften und verwalten, und um Impulse für eine effektive künftige Entwicklung zu geben, hat die vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sechs starke Städte analysiert. An der Untersuchung wirkten Erlangen, Ingolstadt, Regensburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn mit. Die Ergebnisse der Studie stellten vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt und Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen und Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetages, im Rahmen eines Pressegesprächs im Erlanger Rathaus vor.

OB Balleis dankte zunächst vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt, dass er den Vorschlag Erlangens aufgriff, die Stadtverwaltung auf den Prüfstand zu stellen. „Gerne haben wir uns dieser Untersuchung gestellt. Die Studie räumt mit dem antiquierten Vorurteil auf, wonach es Kommunen in ihrem Tun häufig an Effizienz und Transparenz fehle. Wir erhoffen uns für die gesamte kommunale Familie wichtige Impulse für ein noch besseres Miteinander von Wirtschaft und Kommunen. Auch die Gremien des Städtetages werden sich mit den Ergeb-

nissen der Studie in Kürze befassen“, betonte Balleis.

Die Studie geht davon aus, dass starke Kommunen ihren Erfolg unter anderem zukunftsweisenden Lösungsansätzen für kommunale Aufgaben verdanken. Ein Vergleich der 114 kreisfreien Städte in Deutschland auf Basis des Regionalrankings der

IW Consult vom Frühjahr 2009 zeigt auf, warum gerade Erlangen, Ingolstadt, Heilbronn, Karlsruhe, Regensburg und Ulm als Referenzstädte für Musterlösungen ausgewählt wurden. In diesen umfassenden Leistungsver-

gleich fließen 39 Indikatoren aus den Bereichen Wohlstand, Arbeitsmarkt, Standortbedingungen sowie Wirtschafts- und Sozialstruktur ein.

Strukturell vergleichbar

Die Ergebnisse zeigen, dass alle sechs Vergleichsstädte strukturell vergleichbar sind. Die einzige Großstadt, Karlsruhe, hat insbesondere bei Wissenschaft und Technik Ähnlichkeiten mit Erlangen und Ulm. Alle sechs Städte sind wirtschaftlich überdurchschnittlich erfolgreich. Nach (Fortsetzung auf Seite 4)



vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt und Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, bei der Vorstellung der Studie der vbw über die Musterstadt der Zukunft. □

Bayern will in der EU mitreden

Seehofer kündigt mit Unterstützung des Landtags neue Vorschläge zur Ausgestaltung des Lissabon-Vertrages an

Mit den deutschen Begleitgesetzen zum EU-Reformvertrag von Lissabon soll in Bayern noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Vor deren Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat im September hat der Landtag in einer Sondersitzung der Ausschüsse für Bundes- und Rechtsangelegenheiten die Staatsregierung aufgefordert, baldmöglichst gemeinsam mit dem Landtag Vorschläge zu erarbeiten, wie künftig eine Beteiligung des Freistaats in Bezug auf die Abstimmungen im Bundesrat bei EU-Rechtsakten erfolgen soll.

Es gehe um Grundfragen der Statik unserer Demokratie, erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das den Begleitgesetzen zugrunde liegt, biete die einmalige Möglichkeit zu einer besseren demokratischen und bürgernäheren Legitimation europäischer Entscheidungen. „Wir werden weiter die dicken Bretter bohren.“ Seehofer verwies auf das 14-Punkte-Programm der CSU, räumte aber ein, dass man in Berlin nicht alles, aber erhebliche Fortschritte im Sinne dieser 14 Punkte erreicht habe. Die

Forderung, in besonders wichtigen Fragen Volksabstimmungen durchzuführen, sei derzeit vom Tisch. Für den Herbst stellte der Ministerpräsident neue Vorschläge und Verhandlungen in Aussicht.

Volksabstimmungen

In der Aussprache unterstrichen für die CSU Eberhard Sinner und Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet die Bedeutung der bayerischen Bemühungen. Auch die Opposition stellte sich grundsätzlich positiv zur gemeinsamen Initiative, kritisierte jedoch auch das Vorgehen des

Ministerpräsidenten. Dr. Linus Förster (SPD) kündigte an, seine Fraktion werde einen Antrag auf Zulassung von Volksabstimmungen in entscheidenden EU-Fragen im Landtag einbringen.

Auch Dr. Martin Runge (Grüne) erklärte, man werde weiter daran arbeiten, dass die Rechte des Parlaments und der Kommunen in der EU gestärkt werden. Prof. Michael Piazzolo (Freie Wähler) meinte, das Bundesverfassungsgericht habe Verhandlungsfehler der Großen Koalition, einschließlich der CSU, zu rechtgerückt. Bei den Bemühungen um mehr Mitwirkungsrechte bis hin zu Volksabstimmungen müsse aber auch die Gefahr gesehen werden, dadurch das EU-Parlament zu schwächen.

Die differenzierten Ansichten zu einzelnen Fragen bei grundsätzlicher Übereinstimmung kamen darin zum Ausdruck, (Fortsetzung auf Seite 4)

Zum 60. Geburtstag von Dr. Jürgen Busse:

„Unermüdlicher und kluger Kämpfer“

Die kommunale Selbstverwaltung als Herzensanliegen

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse, beging am 14. August seinen 60. Geburtstag. Zugleich kann er heuer auf ein zehnjähriges, überaus erfolgreiches Wirken als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des größten bayerischen kommunalen Spitzenverbands zurückblicken.

Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in München war der Jubilar zunächst als Anwalt sowie als Akademischer Rat an der Universität München tätig, bevor er 1981 beim Bayerischen Staatsministerium des Innern seinen Staatsdienst antrat. Über das Landratsamt Starnberg und die Regierung von Oberbayern kam Busse 1989 zum Bayerischen Gemeindetag, wo er zunächst als Referent für Städtebau und Dorferneuerung sowie als Pressesprecher tätig war. 1999 wurde Busse zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied und damit zum Nachfolger von Eckart Diel ernannt. Seine fachliche Kompetenz sowie seine kommunalpolitischen Erfahrungen als Kreis- und Stadtrat in Starnberg machen ihn zu einem gefragten Ansprechpartner nicht nur in der großen kommunalen Familie, sondern auch bei der Bayerischen Staatsregierung.

schäftsberichte liest, kann das immense Arbeitspensum erahnen, das sich hinter den dort mitgeteilten dürren Fakten verbirgt.



Dr. Jürgen Busse. □

Natürlich steht die gesamte Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags hinter dieser Leistung, doch wenn nicht der Chef seinen Laden als täglicher Antreiber, Motivator und Stichwortgeber in Schwung hält, sind solche Erfolge nicht zu erzielen“, betonte Brandl.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Fit für die Zukunft

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, übermittelte dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche. Er würdigte Busse als „klugen und uner müdlichen Kämpfer für die kommunale Selbstverwaltung in Bayern und in Deutschland“. Er habe den Bayerischen Gemeindetag in den vergangenen Jahren hervorragend aufgestellt. Sein Augenmerk gelte insbesondere der Landesentwicklung in Bayern, der Finanzausstattung der Kommunen und nicht zuletzt all den Herausforderungen insbesondere im ländlichen Raum, die aufgrund des demografischen Wandels in den kommenden Jahren auf die Gemeinden zukommen. Rechtzeitig Weichen stellen, Gemeinden fit machen für die Zukunft, die kommunale Selbstverwaltung stärken und weiter ausbauen, all das seien die Themen, die den Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags auch in den kommenden Jahren stark bewegen werden.

„Wer seine jährlichen Ge-



Die Stadtverwaltung hat ein Projekt gestartet, damit die Eltern von noch betreuungsbedürftigen Kindern während der Schul- und Kindergartenferien zuverlässig von der Sorge entlastet werden, wie sie ihren Nachwuchs beaufsichtigen sollen. Rasch verwandelte sich anfängliche Skepsis in grenzenlose Begeisterung. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
„In der Krise gut gerüstet“	2
Erwachsenenbildung im Visier	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Für eine starke Vertretung der Kommunen	3
Mehr Arme in den Städten	3
GZ-Fachthemen: Kommunal Finanzen	5 - 8
Kommunale Umweltpolitik	9-11
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	12
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

„In der Krise gut gerüstet“

Seehofer sieht Bayern in der Lage, die großen Herausforderungen zu meistern

Ministerpräsident Horst Seehofer sieht Bayern gut gerüstet, die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zu bewältigen und seine Spitzenstellung in Deutschland weiter zu festigen. Die Perspektiven für die Schwerpunkte von der aktiven Wirtschaftspolitik und Investitionen über Bildung und Forschung bis hin zur regionalen Entwicklung seinen nach einem Jahr Krisenmanagement ermutigend.

Es blieben jedoch noch große Herausforderungen zu bewältigen. Die in letzter Zeit durch Erklärungen von Kabinettsmitgliedern wie auch aus den Koalitionsfraktionen CSU und FDP offenkundig gewordenen Kontroversen im Regierungsbündnis, an der Spitze personifiziert durch den Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil, werden demnach die Arbeit nicht behindern.

fer mahnte erneut eine „aktive Wirtschaftspolitik“ der FDP an. Auf die Frage, ob er den FDP-Ministern nach der Bundestagswahl den Stuhl vor die Tür stellen werde, antwortete er, „soweit reicht mein Vorstellungsvermögen nicht.“ Der Ministerpräsident bekannte sich ausdrücklich zu schwarz-gelben Koalition auch auf Bundesebene.

„Wir streiten nicht pausenlos

kommen. Der Ministerpräsident bestätigte, er habe Zeil mangelnde Professionalität vorgeworfen, weil der Wirtschaftsminister in Hof die Ansiedlung einer Firma unabgesprochen öffentlich gemacht habe. Der andere Fall betraf die drohende Schließung des Glaswerks Riedlhütte in Niederbayern. Zeil hatte es abgelehnt, eine Delegation der Arbeitnehmer im Ministerium zu empfangen. Einen Tag bevor Zeil dann zum direkten Gespräch nach Riedlhütte fuhr - wo er die Werksschließung als kaum ausweichlich bezeichnete und sich für neue Arbeitsplätze an anderer Stelle in der Region aussprach - begrüßte der Ministerpräsident die Delegation in der Staatskanzlei und sicherte jede mögliche Hilfe für die Arbeitsplätze vor Ort zu.

Konflikte mit der FDP

Ein weiteres Konfliktfeld öffnete sich, als Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) eine Bundesratsinitiative zugunsten der Milchbauern ankündigte. Die FDP war mit der geforderten Milchquotensenkung nicht einverstanden. Im Bundesrat müssen sich Länder, deren Koalitionsregierungen sich nicht einig sind, der Stimme enthalten. Seehofer begrüßte Brunners Absicht, mit anderen Ländern über eine Bundesratsinitiative zu verhandeln.

Zeil reagierte gleichfalls vor der Presse: Seehofers Kritik sei inhaltlich vorgeschoben. In Wahrheit gehe es dem Ministerpräsidenten darum, von Versäumnissen der CSU-Aleinregierung abzulenken und den Wahlkampf zu überziehen.

Gemeinsame Linie

Die Forderung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Thomas Hacker, den Koalitionsausschuss einzubereufen, lehnten sowohl Seehofer als auch CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid als derzeit nicht notwendig ab. Was die gemeinsam vereinbarte Linie der Politik angehe, versicherte der Ministerpräsident, sei er mit allen Kabinettsmitgliedern zufrieden.

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Maget wächst sich der schwarz-gelbe Zwist zu einer veritablen Regierungskrise in Bayern aus. Er rechne jedoch nicht mit dem Bruch der Koalition. Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause warf beiden Regierungsparteien wahlaktive Hahnenkämpfe auf Kosten der Betroffenen vor. **rm**

hin und her, sondern wir managen“, erläuterte Seehofer den Regierungsstil. Sein Missfallen an neoliberalen Tendenzen, wie er auch in dem von Zeils Staatssekretärin Katja Hessel geleiteten Staatssekretärsausschuss für die Förderung des ländlichen Raumes zu beobachten sei, konkretierte der Wirtschaftsminister mit der Feststellung, der Ausschuss habe sich als schlankes und effizientes Gremium bewährt. Vor der Presse kündigte der Ministerpräsident an, er werde im Oktober einen weiteren Kabinettsausschuss einsetzen, der sich unter seiner Leitung auf Ministerienebene um die Entwicklung des ländlichen Raumes kümmern soll. Dieses Gremium soll zwei bis drei Mal im Jahr tagen und gezielt auch Bürgermeister und Landräte dazu einladen.

Zu bekannt gewordenen Konfrontationen zwischen Seehofer und Zeil ist es in zwei Fällen ge-

Regionalmanagement in Bayern stark nachgefragt

Zeil legt aktuellen Bericht vor
Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil legte im Kabinett den aktuellen Bericht zum Ausbau des Regionalmanagements vor.

„Mit dem Instrument des Regionalmanagements wollen wir mit fachübergreifenden Netzwerken unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Gesundheit die eigenverantwortliche Entwicklung der Regionen nachhaltig stärken und sie im Wettbewerb unterstützen. In ganz Bayern verzeichnen wir derzeit eine erfreulich starke Nachfrage“, so der Minister.

Eigeninitiative gefragt

Die Initiative zur Einrichtung eines Regionalmanagements muss nach den Worten von Zeil von der jeweiligen Region ausgehen. Mittlerweile werden bereits 30 Regionalmanagement-Initiativen jeweils für drei Jahre gefördert. Weitere acht Initiativen erarbeiten derzeit ihr Handlungskonzept und werden in den

kommenden Monaten ebenfalls in die Umsetzungsphase eintreten. Die zur Verfügung stehenden Fördermittel in Höhe von zehn Millionen Euro sind bereits vollständig verplant. Deshalb wird sich Zeil dafür einsetzen, dass im Rahmen des Nachtrags Haushalts weitere Mittel für Regionalmanagement-Initiativen zur Verfügung gestellt werden.

Vernetzung und Kooperation

Um besondere Leistungen im Regionalmanagement zu würdigen, veranstaltete das Bayerische Wirtschaftsministerium in diesem Jahr erstmals den Wettbewerb „Regionalmanagement – Bayerns Region des Jahres“. Thema des Wettbewerbs war „Vernetzung und Kooperation“. Auf einer Bilanzkonferenz kürte Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel den Landkreis Regen als Gewinner. Jeweils den 2. Platz erzielten die Initiativen Wirtschaftsforum Region Passau e.V. und Zukunftsagentur Plus GmbH Amberg-Sulzbach. **□**

Kommunale Entwicklungspolitik:

Deutliche Zunahme an Bedeutung

Die kommunale Entwicklungspolitik hat in den vergangenen Jahren auffällig an Gewicht gewonnen, wie zuletzt durch den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungspolitik im Oktober 2008 deutlich wurde. Dieses Engagement findet statt, obwohl die Rahmenbedingungen und die begrenzte Personalkapazität der Kommunen dafür eigentlich nur wenig Spielraum lassen.

Eine in Bonn vorgestellte Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) hat nunmehr eine grundlegende Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen für kommunale Entwicklungspolitik und ihrer Aktivitäten vorgenommen. Auf dieser Grundlage wurden Empfehlungen unterbreitet, wie die internationale Handlungsfähigkeit der Kommunen und ihr Engagement erhöht und verbessert werden kann.

„Haushalte der Kommunen müssen für diese dauerhafte Arbeit eigene Mittel bereitstellen,

Früher wurden Kommunen forciert bzw. konkretisiert. „Ob es eine konzeptionelle Abstimmung zwischen Kommunen, Ländern und Bund geben sollte, lasse ich dahingestellt“, allerdings sollte eine Abstimmung keinesfalls zu „engführend“ sein.

Überlebensfrage für Demokratie

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wies Klaus Herzog, Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg, darauf hin, dass

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung zum 110. Verbandstag der Bayerischen Genossenschaften bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. **□**

wenn das Engagement nachhaltig sein soll. Daran fehlt es noch“, meinte Bonns Bürgermeister Ulrich Hauschild eingangs. Die Landesregierung NRW habe die Förderung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit gegen Null tendieren lassen. „Das ist für mich nicht nachvollziehbar.“

Internationaler Erfahrungsaustausch

DIE-Vertreter Dr. Jürgen Wiemann empfahl eine „stärkere Kooperation zwischen Kommunen untereinander sowie Kommunen und Bundesländern“. Bei der Konzeption kommunaler Entwicklungspolitik gehe es nicht nur um die lokale Verankerung entwicklungspolitischen Denkens, sondern auch um einen internationalen Erfahrungsaustausch der Kommunen, zum Beispiel in den Bereichen Klima, neues Wachstumsmodell und Bewältigung der Wirtschaftskrise. „Ich kann mir vorstellen, dass man auch von Entwicklungsländern lernen kann – auf dem Weg in eine 'low-carbon economy', meinte Wiemann. Dabei sei Langfristigkeit ein wichtiger Gesichtspunkt und der Aufbau von Wirtschaftskooperationen ein erwünschter Nebeneffekt.

Als weitere Ergebnisse der Studie führte Dr. Wiemann aus, dass neben rechtlichen Hemmnissen und fehlenden Evaluierungen die Frage der Finanzierung ein zentrales Problemfeld sei. „Wenn kommunale Entwicklungspolitik wichtig ist, dann müssen wir darüber nachdenken, wie man dies auf eine solidere finanzielle Grundlage stellt.“ Die Studie mache zudem die extreme Bandbreite der entwicklungspolitischen Aktivitäten deutlich, die von der fairen Beschaffung über die Informations- und Bildungsarbeit bis hin zu kommunalen Entwicklungspartnerschaften reiche. Das „Phänomen der gegenseitigen Verstärkung“ zeige sich dort, wo Engagement besteht und von Bürgern und Verwaltung gemeinsam getragen wird.

Engagement macht Sinn

Wiemanns Bilanz: „Ein kommunales Engagement für Entwicklung- wie Klimapolitik macht Sinn.“ Das BMZ sollte die begonnen Überlegungen für eine Budgetlinie zur Förde-

kommunale Entwicklungspolitik „eine Überlebensfrage für die Demokratie in Europa, für das Klima auf der ganzen Welt und für die Verteilung des Reichtums“ ist. In Bezug auf die Probleme in Miskolc, der ungarischen Partnerstadt von Aschaffenburg, fügte er hinzu: „Ungarn muss begreifen, dass kommunale Selbstverwaltung wichtig ist. Wir beraten dabei, ausgelagerte kommunale Leistungen zurückzulegen.“

Kommunale Entwicklungspolitik bezeichnete Herzog nicht nur als finanzielles Problem; vielmehr stelle sich die Frage der Akzeptanz. Das Ziel liegt aus seiner Sicht darin, die kommunale Entwicklungspolitik „lang-

EU-Parlament berät neue Richtlinie:

Energieeffizienz bei Gebäuden

Niebler warnt: Weitere finanzielle Belastungen für Kommunen nicht auszuschließen

„Die Idee, Gebäude energieeffizient zu bauen, ist selbstverständlich richtig. Vor dem Hintergrund der angespannten Kassenlage der Länder und Kommunen, muss man sich aber die Frage stellen, ob die teuren energieneutralen Gebäude derzeit überhaupt finanzierbar sind“, so kommentiert die oberbayerische Europaabgeordnete Dr. Angelika Niebler die neue parlamentarische Beratungsrunde über die Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden.

Nachdem das Europäische Parlament die erste Lesung hierzu im April abgeschlossen hatte, stehen in der neuen Legislaturperiode die Verhandlungen in zweiter Lesung an. Aus Sicht von Angelika Niebler besteht Änderungsbedarf, sie warnt: „Wenn es nach dem jetzt vorliegenden Vorschlag geht, müssen die Kommunen alle Empfehlungen umsetzen, die im Energieausweis enthalten sind. Das bedeutet weitere Kosten.“

Bei zukünftigen Neubauten ist Energieeffizienz Pflicht

Die geplante Richtlinie setzt Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz neuer und bestehender Gebäude. Nach der im Parlament im April verab-

früht zu einem eigenständigen, gleichberechtigtem Handlungsfeld“ zu machen.

Dr. Maria Hohn-Berghorn von der Stadt Bonn vertrat die Auffassung: „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist auch viel nehmen“, und nannte Beispiele aus dem kommunalen Erfahrungsaustausch der Stadt Bonn mit Buchara in Usbekistan und La Paz in Bolivien. Kommunale Experten aus Bonn hätten so ihren Einsatz in den Partnerstädten als lehrreicher empfunden als manches Managementseminar. Durch den Erfahrungsaustausch könne die Stadt den „Bürgern greifbar und begreifbar machen, was kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist“. Darüber hinaus sei die Imagewirkung der internationalen Partnerschaften für Bonn als „Standort für Nachhaltigkeit“ enorm.

Kommunen profitieren

Auch Frithjof Kühn, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, beschrieb die Vorteile, die der Rhein-Sieg-Kreis aus seinem Engagement beim Aufbau der Verwaltung in Kambodscha gewinnt: „Kommunale Experten zu entsenden ist die beste Personalentwicklungspolitik, die man sich vorstellen kann. Ich kann nur alle ermutigen - es lohnt sich, diese Erfahrungen mit eigenen Mitarbeitern zu machen.“

Sabine Drees vom Deutschen Städtetag argumentierte schließlich: „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit braucht handfeste finanzielle Unterstützung, weil sie geeigneter Hilfe leisten kann.“ Gleichzeitig sollte man kommunale Entwicklungspolitik betreiben, „nicht um Geld auszugeben, sondern um langfristige Geld zu sparen“. **DK**

schiedeten ersten Lesung sollen beispielsweise alle Neubauten der öffentlichen Hand bis 2016 energieneutral sein. Das bedeutet, dass der jährliche Energieverbrauch eines Gebäudes durch Effizienzmaßnahmen nicht höher sein darf als die im Gebäude selbst erzeugte regenerative Energie (wie z. B. Solarstrom).

Umweltpolitik mit Augenmaß

Auch an die Energieausweise, die bisher den Energieverbrauch von Gebäuden dokumentiert haben, werden künftig neue Anforderungen gestellt. Sie sollen künftig Empfehlungen enthalten, wie die Energieeffizienz verbessert werden kann.

„Umweltpolitik mit Augenmaß muss das Ziel in der zweiten Lesung sein“, betont die CSU-Europaabgeordnete weiter und stellt klar: „Wir können die Kommunen und letztlich auch die Steuerzahler nicht überlasten.“

Nach Überzeugung von Angelika Niebler wird es in einigen Punkten deutliche Abstriche geben müssen, sonst werde der bürokratische und finanzielle Aufwand viel zu hoch. „Energieeffizienz muss sein, aber sie muss machbar und bezahlbar bleiben“, formuliert die CSU-Politikerin ihre Position. **□**

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de



Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Englmann
85609 Aschheim
am 27.9.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Brigitte Servatius
82131 Gauting
am 16.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schätzl
94161 Ruderting
am 20.9.

Bürgermeister Erwin Dotzel
63939 Würth
am 28.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerhard Aulenbach
63860 Rothenbuch
am 15.9.

Bürgermeister Franz Winter
91602 Dürnwangen
am 17.9.

Bürgermeister Albert Hadersbeck
86972 Altenstadt
am 20.9.

Bürgermeister Peter Maurer
63834 Sulzbach a. Main
am 21.9.

Bürgermeister Karl-Willi Beck
95632 Wunsiedel
am 25.9.

Bürgermeister Georg Köppl
92507 Altdorf
am 28.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Bauer
94535 Eging am See
am 16.9.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bildungsgesellschaft:

Erwachsenenbildung im Visier

Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing mit Staatsminister Spaenle und bvv-Vorsitzendem Eisfeld

Bildung hört nicht beim Thema (Hoch-)Schule auf. Die Tagung „Bildungsgesellschaft - über Schule und Hochschule hinaus“ in der Akademie für Politische Bildung Tutzing entwickelte jenseits bloßer Proklamationen eine Strategie des „Lernens im Lebenslauf“.

Nachdem die Opposition im Bayerischen Landtag in jüngster Zeit massive Kritik an Spaenles Plänen zur Hauptschulreform geäußert hatte, ging es an der Akademie um einen Bereich der Bildungspolitik, der derzeit weniger im Fokus des Interesses steht - die Erwachsenenbildung. Der Kultusminister nahm die Tagung zum Anlass, um für Verständnis für die schwierige Haushaltslage zu werben. Zwar bekräftigte Spaenle das Versprechen von Ministerpräsident Horst Seehofer, für den kommenden Haushalt eine Million Euro mehr für die Erwachsenenbildung einzuplanen, jedoch machte er kein Hehl aus der grundsätzlich schwierigen Finanzlage.

Spaenle erklärte, er sei sich der Bedeutung der Erwachsenenbildung durchaus bewusst. Diese hätte nicht nur ein vielfältiges Aufgabenspektrum, sondern stehe auch vor großen Herausforderungen. Diese zeigten sich in der sozialen Verschiebung durch den veränderten Lebensbogen einer gesamten Ge-

sellschaft und die rasante Entwicklung neuer Kulturtechniken durch das Internet. Damit sei es Aufgabe der Erwachsenenbildung, neben der Weiterqualifizierung der Menschen im Berufsleben auch ältere Menschen zu begleiten und sie in neuen Kulturtechniken zu schulen.

Nachhaltigkeit betonen

Karl Heinz Eisfeld vom Bayerischen Volkshochschulverband monierte, dass in der Vergangenheit sehr viel Geld „in den Sand gesetzt“ worden sei, weil man bei den Investitionen die Nachhaltigkeit außer Acht gelassen habe. Eisfeld, der auch Vorsitzender des Beirates der Akademie für Politische Bildung Tutzing ist, wies außerdem darauf hin, dass Deutschland im europäischen Vergleich im Bereich der Weiterbildung am unteren Ende rangiere. Deshalb müsse es „unser gegenseitiges Interesse sein, hier gegenzusteuern“. Es gehe darum, neue Methoden des Unterrichts für bildungsferne Schichten zu entwickeln und ver-

lässliche Standards für die berufliche Weiterbildung zu schaffen.

Laut Prof. Dr. Rudolf Tippelt von der LMU München umfasst Bildung die Aufnahme, Erschließung und Einordnung von Erfahrung und Wissen in allen Lebensphasen, von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. Ihre gestaltende Kraft müsse sich daher immer wieder neu beweisen. Fünf übergreifende Herausforderungen ließen sich benennen: Qualifikation und Kompetenzentwicklung, politische Partizipation und soziale Integration, ethisch religiöse Orientierung sowie kulturelle Identitätsfindung. Diese Identitätsfindung jedes Einzelnen sei der Kern des humanen Bildungsauftrags in der Moderne: starke Persönlichkeiten in einem leistungsfähigen Gemeinwesen.

Lebenslanges Lernen

Als Innovationen im Kontext Lebenslanges Lernens bezeichnet Tippelt klare Bildungsstandards (Curriculum), differenzierende Ausbildungsalternativen, die Vermeidung von Über- und Unterforderung (Selektivität), eine hohe Durchlässigkeit, die Möglichkeit, Bildungs-, Berufs- und Studienkarrieren zu „korrigieren“, eine „zweite Chance“ für „Abbrecher“ (Nachholen von Abschlüssen) sowie einen individualisierten pädagogischen Bezug (Reform des Lehrens und Lernens).

Weitere Innovationen sind für den Wissenschaftler u. a. eine kontinuierliche Leistungs- und Lernrückmeldung (nicht nur Noten), Förderunterricht für Lernschwache, eine trägerübergreifende vernetzte Beratung, eine starke Teilnehmerorientierung und Bildungsmarketing, eine intensive, selektive Lehrerbildung, die Fortbildung des pädagogischen und administrativen Personals sowie ein grundsätzlich positives Image einer Lernkultur. **DK**

Anzeigen in der

Ihre Ansprechpartnerin:
Constanze von Hassel

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

Bis zu 80 Prozent Einsparpotenzial

E.ON Bayern bietet Unterstützung mit der Energiespar-Sanierung

Kosten senken, Klima schonen, Wert steigern – drei gute Gründe für die Energiespar-Sanierung von E.ON Bayern. Unter dem Schlagwort „Dienstleistung aus einer Hand“ präsentierte Vorstandsvorsitzender Thomas Barth ein zukunftssträchtiges neues Geschäftsfeld, „das in diese Zeit gehört“. Als erstes und einziges Unternehmen in der deutschen Energiebranche habe man ein „Rundum-sorglos-Paket“ geschnürt, das von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme reicht.

Bis zu 80 Prozent der Energie, die zum Heizen und zur Warmwasserbereitung benötigt wird, lassen sich durch verschiedene Maßnahmen einsparen, machte Barth das immense Potenzial deutlich: Wärmedämmung von Dach, Wänden und Kellerdecke, Einbau von Wärme isolierenden Fenstern, Umstellung auf energieeffiziente Heizsysteme. Doch welcher private Hausbesitzer weiß schon, welche Maßnahme und welche Technologie für sein Haus am besten geeignet ist? Und welche Förderpotöpfe er anzapfen kann?

Altbauten im Fokus

Als Knackpunkt bezeichnete Barth die Altbauten. Deshalb verdiene dieses Problem die besondere Aufmerksamkeit. Von den rund 1,6 Millionen Gebäuden im bayerischen Netzgebiet seien zwei Drittel älter als 30

Jahre - häufig mit schlechter Gebäudesubstanz und veralteter Heizungstechnik. Mit der Energiespar-Sanierung bietet E.ON Bayern jetzt an, Gebäude für Privatkunden, für die Immobilien- und Wohnungswirtschaft und für Kommunen energetisch zu sanieren. Damit werde das bisherige Engagement in Sachen Energieeffizienz und Energieeinsparung konsequent um den Teil Realisierung erweitert. „Wir unterstützen die Sanierungswilligen, indem wir ihnen die Verunsicherung bei der Auswahl der Maßnahmen abnehmen und ihnen Konzepte und Lösungen anbieten.“

Hilfe aus einer Hand

Das Gesamtkonzept umfasst von der ersten Analyse, die beim Einfamilienhaus etwa 500 Euro kosten dürfte, bis hin zur Bauüberwachung alle Leistungen im

Rahmen der energetischen Gebäudesanierung. Das komplette Vorhaben wird von einem Energiesparberater von E.ON Bayern, der dem Auftraggeber als persönlicher Ansprechpartner zur Seite steht, koordiniert und begleitet. Dieser hilft, die Gebäude energieeffizient zu machen, Kosten zu senken, das Klima zu schonen und den Wert der Immobilie zu steigern.

Ausführung durch kompetente Handwerker

Für die Ausführung der einzelnen Arbeiten werden qualifizierte Handwerksbetriebe aus der Region ausgewählt. „E.ON Bayern ist Initiator und Impulsgeber, Akteur und Leistungsträger ist das Handwerk, das die Maßnahmen realisiert“, sagte Barth. Und weiter: „Das bedeutet einen Schub für die Umwelt, bei der das Handwerk seine hohe Fachkompetenz in Sachen Energieeinsparung einbringen kann.“

Für Interessierte bietet E.ON Bayern einen kostenlosen Kurz-Check und darüber hinaus weitere Informationen an: www.eon-energiesparsanierung.de

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Er ist langweilig, die Inhalte fehlen und man erkennt kaum Unterschiede zwischen den Parteien. So beschreiben zumindest viele Medien in unserem Land den aktuellen Bundestagswahlkampf. Stimmt das wirklich und gibt es keine wesentlichen Differenzen, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht? Diese Frage muss man ganz klar mit Nein beantworten. Die Bundestagswahl am 27. September ist eine Richtungsfrage für Deutschland. Es geht um die Frage, wie wir am besten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herauskommen und wie wir neues Wachstum für neue Arbeitsplätze entfes-



standes und einer nachhaltigen Entfesselung von Wirtschaftswachstum.

Auch für unsere Kommunen steht viel auf dem Spiel, denn im Bundestag wird über die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung entschieden. Wir Kommunalpolitiker sollten uns die Frage stellen, wer sich in den letzten Jahren intensiv für unsere Kommunen eingesetzt hat! Erst kürzlich, als es in Verhandlungen um das EU-Begleitgesetz ging, wurde wieder einmal deutlich,

wer die kommunale Selbstverwaltung gegenüber der EU stärkt und die kommunale Daseinsvorsorge vor Eingriffen aus Brüssel schützen will. Und es wurde deutlich, dass andere für zentralisierte Entscheidungen und gegen den Föderalismus eintreten. Am 27. September 2009 wird also auch über die Zukunft unserer kommunalen Familie entschieden!

Wir Kommunalpolitiker sind außerdem dazu aufgerufen, die Menschen ganz grundsätzlich zur Abgabe ihrer Stimme zu motivieren, denn unsere Demokratie lebt vom Mitmachen. Eine Wahlenthaltung stärkt die radikalen Kräfte an den Rändern.

Lassen Sie uns gemeinsam für eine starke Demokratie und für eine starke Vertretung der Kommunen im Deutschen Bundestag kämpfen.

Ihr Stefan Rößle

Für eine starke Vertretung der Kommunen

seln können. Auf der einen Seite stehen die Forderungen nach mehr Staat, mehr Umverteilung und höheren Schulden. Andere wollen die Wirtschaft wieder in den unregulierten Markt treiben und die soziale Verankerung schwächen. Was unser Land jetzt braucht ist aber ein solider, verlässlicher Weg der Mitte, mit Entlastungen für die Bürger, einer klaren Stärkung des Mittel-

Sozialdezernenten-Treffen in Darmstadt:

Mehr Arme in den Städten

Diskussion über kommunale Strategien angesichts der neu drohenden Massenarbeitslosigkeit

Wirtschaftsexperten drohen steigende Arbeitslosenzahlen schon in der zweiten Jahreshälfte an. Das werden auch die Kommunen zu spüren bekommen. Denn Menschen ohne Arbeit haben auch weniger Geld für Theater, Schwimmbad und den öffentlichen Nahverkehr. Bei einer Tagung in Darmstadt suchten Fachleute jetzt Antworten auf die Krise.

„Diese Tagung war ein Experiment, das nur teilweise gelungen ist“, bilanziert nüchtern Walter Hanesch, Professor an der Hochschule Darmstadt und Mitorganisator. Zwei Tage lang trafen sich mehr als 200 Vertreter von Kommunalverwaltungen, Hochschulen und sozialen Einrichtungen aus ganz Deutschland, um sich über „Die Zukunft der Sozialen Stadt“ zu informieren und in Vorträgen und Diskussionsrunden mehr über Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in Kommunen zu erfahren. Veranstalter war die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Hochschule Darmstadt.

Ernüchternde Realität

Hanesch erläutert seine deprimierend klingende Bilanz: „Aufgrund der Komplexität des Themas konnten nur teilweise Antworten gefunden werden, doch ist ein gewisser Grad an Ernüchterung notwendig gewesen, um sich die Realität vor Augen zu führen.“ Dazu sollte auch die abschließende Podiumsdiskussion beitragen.

Dort tauschten sich Bürgermeister und Sozialdezernenten darüber aus, wie Kommunen die sozialen Lebensverhältnisse der Menschen sichern und Armut verhindern können. Neben dem Heidelberger Bürgermeister Joachim Gerner und seinem Amtskollegen Frank Schenker aus Jena diskutierten auf dem Podium Joachim Gern von der „Nationalen Armutskonferenz“ des Diakonischen Werks, Darmstadts Sozialdezernent Jochen Partsch sowie dessen Amtskollegen Siegfried Pogadl aus Dortmund und Friedrich Graffe aus München.

Konsens bestand aber nur darin, dass sich das soziale Klima in den Kommunen in den kommenden Jahren weiter „eintrüben“ dürfte, da „immer mehr

Menschen von ihrem Einkommen nicht mehr leben“ könnten, wie Joachim Gern sagte. „In keinem anderen europäischen Land wächst der Niedriglohnbereich so stark wie in Deutschland“, erläuterte er.

Kommunen steuern gegen

Noch deutlicher wurde der Münchner Friedrich Graffe: „Es wird künftig immer mehr arme Menschen geben.“ Die Städte reagieren darauf mit unterschiedlichen Formen sozialer Subventionen. Beispiel München: Dort entstehen seit dem Jahr 2007 und noch bis 2011 pro Jahr 1800 preiswerte Wohnungen. So solle „das Wegbrechen sozialer Wohnungsbestände“ in einer Stadt verhindert werden, in der die Mieten derzeit 66 Prozent über dem Bundesdurchschnitt lägen, sagt Friedrich Graffe. Was der Referent aus der Landeshauptstadt allerdings nicht verriet: Diese Maßnahme der Stadtverwaltung ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, schon in wirtschaftlich besseren Zeiten wurde München des Problems nicht mehr Herr. Seit April gebe es zudem, so Graffe weiter, ein Sozialticket für den ÖPNV, für das Bedürftige nur die Hälfte zahlen müssten. Außerdem würden jährlich zwei Millionen Euro für kommunal geförderte Sprachkurse bereitgestellt werden, um die Integration von Ausländern zu verbessern.

Aber auch im Osten der Republik, wo sich die Armut schon länger eingenistet hat, entwickelten Stadtveräter progressive Ideen, Beispiel Jena: Mehr als jedes fünfte Kind wohnt dort mittlerweile in einem bedürftigen Haushalt, wie Frank Schenker sagt. Die Stadt subventioniert ihnen das Mittagessen - und zwar von Kindergarten- bis zu Schulkindern in der 12. Klasse.

Mit deutlichen Worten wies Siegfried Pogadl aus Dortmund in

diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kosten für die Kommunen in den kommenden Jahren auch dadurch explodieren würden, dass immer mehr ältere Menschen auf Unterstützung angewiesen seien. Für München rechnet Friedrich Graffe vor, dass die Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter explodieren dürften: von 60 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 200 Millionen Euro im Jahr 2020. Einig waren sich die Diskussionssteilnehmer darin, dass Armut nur „sozialraumorientiert“ in den Griff zu bekommen sei, etwa durch spezifische Hilfen für einzelne Krisen- beziehungsweise Problemviertel in einer Stadt. **DK**

Neues Magazin „Werte stiften“

Die Medienwelt wird durch ein neues Magazin bereichert. „Werte stiften“ widmet sich dem bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland und spricht vor allem Stifter, Stiftungsinteressierte und Stiftungen an.

Das Magazin stellt Menschen, Organisationen und Unternehmen vor, die in ihrer Projektarbeit engagiert gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. „Werte stiften“ will Ideen vermitteln und Anregungen für Spender und Stifter geben. Hinter jeder Idee stehen Menschen, die über ihr Engagement bleiben- de Werte für Einzelne, Gruppen oder unsere gesellschaftliche Entwicklung schaffen.

Neben Berichten über Kampagnen, aktuellen Meldungen und einem Veranstaltungskalender informiert das Magazin über Förderpreise und Wettbewerbe. Im Mittelpunkt stehen Portraits über die Menschen hinter der Stiftung oder dem gemeinnützigen Projekt.

Weitere Informationen zu „Werte stiften“ im Internet unter: www.werte-stiften.de

Bezirke reformieren Offene Behindertenarbeit

Lebensqualität steigern und stationäre
Unterbringung verhindern

Mehr als 570.000 Menschen mit Behinderung in Bayern haben ein Recht auf ein möglichst selbst bestimmtes Leben und auf Teilhabe in der Gesellschaft. Besondere Bedeutung haben für sie dabei Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen sowie Hilfen für Familien, die Menschen mit Behinderung zu Hause betreuen. „Mit diesen Angeboten der Offenen Behindertenarbeit (OBA) kann es gelingen, stationäre Unterbringungen zu vermeiden oder möglichst lange zu verzögern“, stellt Manfred Hölzlein, der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, fest.

Die Bezirke, die die OBA zum 1. Januar 2008 von den Städten und Landkreisen übernommen hatten, reformierten diesen Bereich grundlegend. Eine bayernweit einheitliche Struktur stellt nun sicher, dass Menschen mit Behinderungen in allen Landesteilen umfangreiche Leistungen der OBA erhalten. An die Stelle von sechs verschiedenen Richtlinien, deren Unübersichtlichkeit auch der Bayerische Oberste Rechnungshof gerügt hatte, ist nun eine Förderrichtlinie getreten.

Keine Defizite in der Versorgungsstruktur mehr

„Defizite in der Versorgungsstruktur gehören jetzt ebenso der Vergangenheit an, wie das

Regelungswirrwarr“, betont Hölzlein. Um die Leistungen von Menschen mit Behinderungen optimal zu ermöglichen, hätten die Bezirke 14 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt. „Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe an, mehr Personal zu fördern und dabei vor allem die Leistungen der Familienbetreuung zu stärken“, sagt der Verbandspräsident. Im Vordergrund stehe die „erhebliche Steigerung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen durch OBA-Leistungen“.

Besonderes Lob erhielten von Hölzlein die Dienste der Offenen Behindertenarbeit, die sich bereit erklärt haben, im Wege von Kooperationen die Angebotspalette wesentlich auszuweiten. □

Bayern will in der EU mitreden...

(Fortsetzung von Seite 1) dass neben einem Dringlichkeitsantrag der Koalitionsfraktionen CSU und FDP solche der Grünen und der Freien Wähler vorliegen. Beide wurden abgelehnt. Letztlich stimmte auch die Opposition unter Vorbehalten für den Koalitionsantrag; nur Runge lehnte ab. Er kündigte für den Herbst einen Grünen-Gesetzesentwurf an, demzufolge der Landtag der Staatsregierung vorschreiben kann, wie sie im Bundesrat abzustimmen hat.

Im Koalitionsantrag wurde die Staatsregierung aufgefordert, die Verabschiedung der Begleitgesetze durch Bundestag und Bundesrat zu unterstützen, damit die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon noch vor der Bundestagswahl am 27. September abgeschlossen wird. Für das weitere Bemühen um Stärkung der Mitwirkungsrechte soll die Staatsregierung baldmöglichst gemeinsam mit dem Landtag Vorschläge erarbeiten, wie künftig eine Beteiligung des Landtags in Bezug auf das Abstimmungsverhalten der Staatsregierung im Bundesrat bei Rechtsakten erfolgen soll. Besonders zu berücksichtigen seien die Belange der Kommunen bei der Daseinsvorsorge. **rm**

„Unermüdlicher und kluger Kämpfer“...

(Fortsetzung von Seite 1) Als Jürgen Busse im Oktober 1999 sein Geschäftsführeramt antrat, gehörten dem Bayerischen Gemeindetag 1.997 Gemeinden, Märkte und Städte als Mitglieder an. Mit dem Ablauf dieses Jahres wurden es 2.018 sein. Dr. Busse war vielerorts Initiator und Motor - so bei der Gründung der Kommunalwerkstatt, der inzwischen voll erblühten Tochter des Bayerischen Gemeindetags für alle Bereiche der Fortbildung der Bürgermeister und der Rathausverwaltungen. Auch die Kommunale - 1999 als singuläres Ereignis zur Jahrtausendwende angedacht - vermochte der Jubilar Brandl zufolge mit Geschick und Hartnäckigkeit zu einem seither alle zwei Jahre stattfindenden Großereignis in Nürnberg zu entwickeln. Die Kommunale mit ihrer Verknüpfung von Kommunalkongress und Messe sei das bayerische, ja deutsche kommunale Großereignis schlechthin.

Umgehende Reaktionen

Umgehendes, konsequentes Reagieren auf alles, was sich in Bayern als kommunal relevant erweist, ist laut Brandl ein Kennzeichen der Geschäftsführertätigkeit von Dr. Busse. Konsequenterweise wurden deshalb die „Schnellinfos für Rathauschefs“ entwickelt,

Anlass zur Hoffnung

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat die aktuelle Entwicklung am bayerischen Arbeitsmarkt als solide Ausgangsbasis für die nächsten Monate bezeichnet.

„Eine aktuelle August-Arbeitslosigkeit von unter fünf Prozent in Bayern belegt, dass der bayerische Arbeitsmarkt trotz der allgemeinen Schwierigkeiten in guter Verfassung ist. Es ist ein Erfolg, dass es sogar in der Wirtschaftskrise gelungen ist, den Vorsprung Bayerns als das Land mit der besten Arbeitsmarktlage auszubauen. Darauf ausruhen darf sich jetzt aber niemand“, sagte Seehofer.

Er würdigte ausdrücklich auch das Bemühen vieler Unternehmen, trotz schwieriger Wirtschaftslage die Durststrecke zusammen mit ihren Mitarbeitern durchzustehen. Seehofer: „An gut ausgebildeten Arbeitskräften festzuhalten und alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente, allen voran das Kurzarbeitergeld, zu nutzen, ist ein Zeichen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Sie ist aber auch ein Akt purer ökonomischer Vernunft um im beginnenden Aufschwung wieder kraftvoll durchstarten zu können.“ □

die sich der neuen elektronischen Medien bedienen und die Bürgermeister umgehend über veränderte rechtliche oder politische Sachverhalte informieren.

„Mit 50, heißt es, beginnt das Alter der Jugend, mit 60 die Jugend des Alters“, bemerkte der Gemeindetagspräsident. Zu den Vorzügen des Alterns gehöre der Erwerb einer gewissen Altersweisheit. „Es ist dem Jubilar zu wünschen, dass er bei allem weiteren uner müdlichen Einsatz für unseren Bayerischen Gemeindetag mögliche Botschaften seiner Physis nicht überhört, die einen dosierteren Umgang mit dem Gaspedal angeraten erscheinen lassen könnten. Dass unseren Wunsch durchaus auch ein Schuss Egoismus begleitet, soll gar nicht verhehlt werden“, meinte Brandl. Schließlich sei mit 60 weder das berufliche noch das private Lebenswerk vollendet, „und wir alle, der Landesausschuss, das Präsidium, die 71 Kreisverbände und die Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags bauen darauf, dass noch eine ganze Reihe von Jahren bis zum Großen Zapfenstreich der Pensionierung folgt, in denen es weiterhin glückhafte Ereignisse für unseren Verband unter seinem Geschäftsführerpräsidentenmitglied Dr. Jürgen Busse zu melden gibt.“ **DK**

Musterstadt der Zukunft...

(Fortsetzung von Seite 1)

der bayerischen Landeshauptstadt München belegt Erlangen deutschlandweit den zweiten Platz. Erlangen hat die zweithöchste Kaufkraft und die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit aller Städte. Ein Grund dafür ist eine extrem gute Ausstattung mit hoch qualifizierten Fachkräften. Mit Ulm (Rang 4) und Ingolstadt (Rang 5) sind zwei weitere Vergleichsstädte der Studie weit vorne platziert.

Ein Blick auf einige Einzelplatzierungen zeigt besondere Stärken einzelner Vergleichsstädte: Heilbronn hat das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner aller 114 Städte. Erlangen hat die höchste Ingenieur-dichte. Ingolstadt weist die zweithöchste Produktivität auf. Auch bei der Langfristbetrachtung der wichtigen Wohlstands- und Arbeitsmarktdimensionen zwischen 1998 und 2008 schneiden die Vergleichsstädte sehr gut ab. Die beste Entwicklung aller kreisfreien Städte hatte im zurückliegenden Jahrzehnt Heilbronn. Auch Ulm und Ingolstadt landen bei dieser Dynamikbetrachtung unter den Top Ten.

Städte sind Behörden und Unternehmen zugleich. In Teilen müssen sie vorgegebene staatliche Aufgaben ohne Entscheidungskompetenz umsetzen. Aber in einigen Bereichen ist ihr Handlungsspielraum sehr groß und ihr Aufgabenspektrum entwickelt sich organisch. Wie die Studie zeigt, ist das Spektrum der Aufgabenwahrnehmung sehr unterschiedlich. Fast jede dritte Kommune ist im Bereich Energieversorgung/Telekommunikation nicht aktiv. Die Aufgaben in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit sowie Wohnungsbau und Stadtentwicklung werden überwiegend von den Verwaltungen selbst wahrgenommen. Bei Ver- und Entsorgungsleistungen sowie im Verkehr dominiert die mittelbare Aufgabenwahrnehmung. Schließlich zeigt sich eine Schwachstelle: In den meisten Städten gibt es Doppelzuständigkeiten, d. h. eine Aufgabe wird von mehreren Organisationseinheiten verantwortet. In einigen Städten betrifft dies sogar fast jede zweite Aufgabe.

Unerschlossene Potentiale

In der Studie wurde untersucht, ob die Berichtsberichte (Stand 2006) und Haushaltspläne (meistens 2007) der sechs Vergleichsstädte eine Beurteilung der wirtschaftlichen Betätigung der Städte zulassen. Wirklich nutzbar sind freilich nur die Berichtsberichte, weil diese - wenn überhaupt - den gewünschten Überblick geben. Das Ergebnis: Keine der Städte bietet perfekte Transparenz. Ulm schneidet bei diesem Vergleich am besten ab.

Auch beim Thema Internet sind, obwohl die meisten Städte diesem Thema sehr aufgeschlossen gegenüberstehen, die Potentiale längst noch nicht ausgeschöpft. Keine der Städte schafft mehr als 60 Prozent der erreichbaren Punkte. Besonders schwach stellen sich die Angebote im Bereich Bürgerservice dar. Das Internet bot zum Untersuchungszeitpunkt (Ende 2007) keine wirkliche Arbeitserleichterung. Beim Wirtschaftsservice (Standortinformationen, öffentliche Ausschreibungen) gibt es noch bei fast allen Städten deutlichen Nachholbedarf. In den Bereichen Politik und Statistik sind die Ergebnisse der Städte sehr unterschiedlich.

Karlsruhe, Erlangen und Ingolstadt verfügen über die besten Internetauftritte. Erlangen hätte den Wettbewerb gewonnen, wenn es Daten im Bereich „Statistik“ gegeben hätte. Generell sind die Internetauftritte beim

allgemeinen Service gut. Darunter fallen neben Grundinformationen (Notdienste, Stadtpläne oder Veranstaltungskalender) insbesondere Suchmaschinen und Mehrsprachigkeit. Das Informationsangebot im Bereich Bürgerservice (Kontakt, Öffnungszeiten, Downloadmöglichkeiten und Onlinebearbeitung von Standardvorgängen wie beispielsweise einer Kfz-Zulassung oder Beantragung einer Lohnsteuerkarte) war nur in Regensburg gut.

Ob eine Stadt wirklich effizient wirtschaftet, ist schwer zu messen und von außen noch schwerer zu erkennen. Eine Stadt der Zukunft kann sich Unwirtschaftlichkeit jedoch nicht leisten. Deshalb müssen der Studie zufolge Leistungskennziffern sowohl für die Leitung, als auch für die Bürger sichtbar sein. Keine Stadt sollte versuchen, überdurchschnittlich hohe Gebühren hinter intransparenten Regeln zu verstecken. Kommunen brauchen den Mut zu interkommunalen Leistungsvergleichen. Sinnvoll wären Gebührenrechner im Internet, mit denen die Bürger für ihre konkrete Situation die entsprechenden Kosten ermitteln könnten sowie zentrale Managementsysteme, die die in vielen Einheiten anfallenden Aufgaben effizient bündeln.

Wirtschaftsfreundlichkeit

Im Herbst 2007 wurden aus den sechs untersuchten Vergleichsstädten je ca. 75 Unternehmen u. a. befragt, ob sie die Gebühren und Steuern für angemessen erachten, die Kommunen ihre Ermessensspielräume zugunsten der Unternehmen ausnutzen und die Verwaltungen insgesamt wirtschaftsfreundlich handeln. Aus den Antworten wurde ein Zufriedenheitsindex gebildet und mit den Ergebnissen anderer Großstädte verglichen. Das erste Fazit: Die Vergleichsstädte sind wirtschaftsfreundlich und erreichen meistens weit überdurchschnittliche Werte.

Sehr unterschiedlich stellt sich dagegen die Ausgangslage beim Thema Kommunalfinanzen dar. Die Spannweite der Schuldenstandsquote reicht in den Vergleichsstädten von 1,3 Prozent in Ingolstadt bis 3,3 Prozent in Regensburg. Die Haushalte der Städte Ulm und Ingolstadt sind nachhaltig, wenn es das Ziel ist, die heutige Schuldenstandsquote zu stabilisieren. Ingolstadt beispielsweise hat Primärüberschüsse von 358 Euro je Einwohner; notwendig zur Zielerreichung wären nur 71 Euro. Alle anderen Städte müssten Ausgaben reduzieren oder Einnahmen erhöhen, um einen weiteren Anstieg der Schuldenstandsquote zu verhindern. In einem zweiten Szenario werden die Barwerte der Primärüberschüsse so gefordert, als sollte bis 2011 die Schuldenstandsquote auf ein Prozent reduziert werden. Das Ergebnis zeigt, dass, bis auf Ingolstadt, alle Städte weit von diesem Ziel entfernt sind.

Stichwort Demografie: Alle Vergleichsstädte belegen in einem Ranking aller kreisfreien Städte Plätze im ersten Viertel der Tabelle. Besonders gut steht Ingolstadt da (unter den Top Ten). Einzelne Städte weisen sehr gute Einzelwerte auf: Regensburg liegt auf Platz zwei bei der Entwicklung der Erwerbspersonen. Erlangen weist mit 80,0 Jahren eine der höchsten durchschnittlichen Lebenserwartungen auf (Rang acht). Heilbronn liegt auf Rang vier in der Prognose bis 2025 bei dem Bevölkerunganteil der unter 20-Jährigen. Wie gut die Städte insgesamt positioniert sind, ist schon daran zu sehen, dass keine im Analysezeitraum 2000 bis

2005 mit einem Einwohnerrückgang zu kämpfen hatte.

Was die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen anbelangt, so finden sich die niedrigste Intensität und damit das geringste Ausmaß an wirtschaftlicher Betätigung mit 14,2 Beschäftigten je 1.000 Einwohnern in Erlangen. In absoluten Werten ausgedrückt bedeutet dies, dass dort gut 3.500 Beschäftigte direkt oder indirekt für die Stadt wirtschaftlich tätig sind. Die Kommune gehört damit zu den großen Unternehmen der Stadt. In einer ähnlichen Größenordnung liegt die wirtschaftliche Betätigung in Ulm (15,7 Beschäftigte je 1.000 Einwohner) und Regensburg (16,3 Beschäftigte je 1.000 Einwohner).

Staatliche Gestaltungsebene

Deutlich höher liegen die Werte in den anderen Städten. In Heilbronn kommen die meisten Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen, weil die Stadt ein kommunales Krankenhaus betreibt. Ohne Berücksichtigung des Gesundheitswesens hätte Heilbronn mit Abstand die geringste kommunale Beschäftigungsintensität. Dies zeigt, wie stark die Ergebnisse davon abhängen, welche Bereiche einbezogen werden. Erlangen beispielsweise braucht kein kommunales Krankenhaus, weil die Stadt eine Universitätsklinik hat.

In Erlangen, Regensburg und Ulm kann der größte Anteil der kommunalen Beschäftigung dem regulierungsbedürftigen Bereich zugeordnet werden. Darunter fällt vor allem die Ver- und Entsorgung, insbesondere die Energieversorgung. In Heilbronn, Ingolstadt und Karlsruhe sind die größten Anteile den unmittelbar privatisierungsfähigen Bereichen zugeordnet.

Fazit: Kommunen sind ein wichtiger Pfeiler der Demokratie und eine wichtige staatliche Gestaltungsebene. Die sechs dargestellten Städte bieten vielfältige Beispiele dafür, wie der auf nachfolgenden Feldern festgestellte besondere Handlungsbedarf angegangen werden kann:

1. Den Städten fehlt ein Bestandsrechtssystem, das wirklich umfassend Auskunft über die Tätigkeiten der Städte gibt. Zur Verbesserung der Transparenz ist eine „Konzernbilanz Stadt“ notwendig, die alle Aktivitäten übersichtlich und konsolidiert darstellt.

2. Städte stehen in einem harten Standortwettbewerb. Dafür brauchen sie effiziente Verwaltungen und Strukturen. Dazu gehören auch möglichst niedrige Gebühren oder moderne Organisationsmodelle. Und die Städte müssen sich einem permanenten Benchmarking stellen, auch wenn Vergleiche nicht perfekt sein können.

3. Städte müssen vor allem nachhaltig wirtschaften. Sie müssen wirtschaftsfreundlich sein und brauchen solide Kommunalfinanzen. Die Finanzplanung sollte so ausgelegt werden, dass die Schulden wirtschaftlich verkraftbar bleiben. Insgesamt sollte über mehrere Jahre betrachtet die Schuldenquote (Schulden zu BIP) nicht über ein Prozent hinausgehen.

4. Städte sollten nur dort wirtschaftlich tätig werden, wo sie Aufgaben nachhaltig besser erledigen können als private Unternehmen. Dazu sollten die Städte eine umfassende Bestandsaufnahme über ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten vorlegen und den Grund für ihr öffentliches Engagement angeben. Das deckt Privatisierungspotentiale auf. Direkte Engagements der Städte könnten durch Beauftragung und Zuschüsse ersetzt werden. **DK**



Bayerische Landessiedlung®
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU





Baulandentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Jettingen-Scheppach, Schwaben
Gewerbegebieterschließung
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Festakt zum 175. Jubiläum der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen:

„Noch nie waren Sparkassen so wertvoll wie heute“

Präsident Dr. Siegfried Naser: „Auch erfolgreich in der Krise“
Landrat Schrell: „Leben im Landkreis positiv mitgeprägt“

Dillingen - Mit hoher Anerkennung gewürdigt wurden Leistungsstärke, erfolgreiche Geschäftspolitik, Heimatnähe, kommunale Verwurzelung und besondere Unternehmenskultur der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen bei ihrem 175. Jubiläum im Stadtsaal Dillingen. An der Spitze vieler Gratulanten standen der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser, und Professor Dr. Peter Bofinger, Mitglied des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (Fünf Weisen). Dr. Naser betonte: „Das Modell der kommunalen gemeinnützigen Sparkasse in rechtlicher und wirtschaftlicher Eigenständigkeit hat sich im Stresstest der Weltfinanzkrise als richtig und stabil erwiesen.“

Von starkem Beifall begleitet hob Professor Dr. Bofinger hervor: „Noch nie waren Sparkassen so wertvoll wie heute“.

Dynamische Entwicklung

Der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer, stellte mit Blick auf die Geschichte der Sparkasse deren überaus dynamische Entwicklung „von der Idee einer Ersparniskasse zu einem modernen Universalkreditinstitut“ heraus. Unter Hinweis auf das von Krisen begleitete internationale Finanzsystem böten die Sparkassen Orientierung in einem schwierigen Umfeld. Sie seien für mittelständische Unternehmen und Privatkunden verlässliche Partner zur Bewältigung der Krisen und der treibende Faktor für eine nachhaltige positive Entwicklung darüber hinaus. Schwarzbauer fügte hinzu: „Was 'Global Player' im Finanzwesen selbstverschuldet nicht mehr lei-

sten können, wird von den Sparkassen durch ihr grundsätzliches Geschäftsmodell garantiert. Für unsere mittelständischen Unternehmen gibt es keine Kreditklemme. Jede wirtschaftlich sinnvolle und finanzwirtschaftlich tragfähige Investition wird wie eh und je finanziert.“

Spitzenposition

Thomas Schwarzbauer hob die Spitzenposition hervor, die die Kreis- und Stadtparkasse unter den 75 bayerischen Sparkassen in wichtigen Geschäftsfeldern mehrfach einnehme: vom Rang 1 im Auslandsgeschäft bis zu zweimal auf dem dritten Rang und einmal siebtplatziert.

Landrat Leo Schrell, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreis- und Stadtparkasse, stellte fest, die Popularität der Institution in der Bevölkerung sei die „Folge einer Geschäftspolitik mit Augenmaß“. Von Anfang an habe im Vordergrund die Aufgabe gestan-

den, nicht mit riskanten Manövern den Gewinn zu maximieren, sondern „mit dem anvertrauten Geld das Wohl der Stadt und des Landkreises zu fördern“. Schrell: „Wie kaum eine andere Einrichtung repräsentiert die moderne Kreis- und Stadtparkasse mit ihren 30 Geschäftsstellen die Einheit des heutigen Landkreises Dillingen... Sie hat das Leben im Landkreis positiv mit geprägt.“

„Hände weg von kommunalen Sparkassen“

Sparkassenverbandspräsident Dr. Naser beleuchtete in seinem Grußwort Fehlentwicklungen im internationalen Finanzsystem. Vor diesem Hintergrund werde in den kommenden zehn Jahren niemand mehr ernsthaft nach Privatisierung oder Vertikalisierung der Sparkassen rufen können. „Und wenn wir, die bayerischen Sparkassen, auf die vergangenen zehn Jahre zurückblicken, ist das eine ganz wesentliche Botschaft: Regionalität, Dezentralität, kommunale Trägerschaft, die rechtlich und wirtschaftlich selbständige Sparkasse - das ist das Erfolgsmodell in der Krise. Deshalb: Hände weg von den kommunalen Sparkassen, den Sparkassen der Bürgerinnen und Bürger!“

Naser verwies u. a. darauf, dass die bayerischen Sparkassen die Finanzierung des Mittelstandes und des Handwerks angesichts



Gratulanten und Gastgeber beim 175. Jubiläum der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen (v. l.): der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser, Oberbürgermeister Frank Kunz, Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, die Chefredakteurin der „Bayerischen Gemeindezeitung“, Anne-Marie von Hassel, Landrat Leo Schrell, Bürgermeisterin Hildegard Wanner (Höchstädt), Professor Dr. Peter Bofinger, Vorstand Josef Holzmann und IHK-Vizepräsident Walter Berchtenbreiter.

deren herausgehobener Bedeutung für die Gesamtwirtschaft deutlich ausgeweitet hätten. Dieser Trend setze sich 2009 fort, mit dem Anstieg der Kreditzusagen um 6,7 Prozent und der Auszahlungen um 6,2 Prozent. Froh sei man bei den bayerischen Sparkassen, so Naser, über die kommunalen Eigentümer. Unter Beifall merkte er an: „In den Kern-Bedürfnissen der Bürger in Bayern sind die Sparkassen der erste und vertraute Ansprechpartner... All dies macht die Nummer 1 in Bayern aus... mit 73.000 Mitarbeitern in über 2500 Filialen.“

Flächenbrände

Mit dem Thema „Elemente für ein stabileres Finanzsystem“ beschäftigte sich Professor Dr. Bofinger (Universität Würzburg). Er

beleuchtete die Hintergründe der von den USA ausgehenden Krisen, mit falscher Geldpolitik und extrem niedrigen Zinsen in den Jahren 2003 bis 2004 und verhängnisvollen Lockvogel-Angeboten. Brandherde hätten sich zu Flächenbränden entwickelt, bis hin zum 15. September 2008 mit dem „Lehman-Tsunami“.

Die Politik habe, so registrierte Bofinger, zu spät reagiert. Positiv könne gewertet werden, dass der Abwärtstrend gestoppt sei. Allerdings müsse man sich darauf einstellen, dass der Aufschwung nicht so schnell einkehren werde wie erhofft. Eine Kreditklemme werde es nur bei den Großbanken geben. Der Festredner zeigte auf, wie wirkungsvolle Säulen für ein stabileres Bankensystem geschaffen werden könnten, mit einer entscheidenden Vorreiterrolle der Sparkassen.

Vorstand Josef Holzmann verwies auf die starke Verankerung der Dillinger Kreis- und Stadtparkasse in der Heimat. Der Vizepräsident der IHK Schwaben, Walter Berchtenbreiter, berichtete als sehr erfolgreicher Dillinger Unternehmer von der beispielgebenden Förderung durch das Jubiläumsinstitut.

Reich bebilderte Dokumentation

Zum Abschied gab es für jeden Teilnehmer am Festakt die reich bebilderte Dokumentation „175 Jahre Kreis- und Stadtparkasse Dillingen a. d. Donau - Historie und Leistungsreport 2008“. Die Konzeption war dem wenige Wochen vor dem Jubiläum unerwartet gestorbenen Gert von Hassel (Geretsried) zu verdanken. □

Sparkassen-Finanzgruppe

Deutschland baut auf den Mittelstand. Der Mittelstand baut auf uns – gerade in schwierigen Zeiten.

Unser Geschäftsmodell ist einfach, stabil und wirkungsvoll: Wir machen Finanzgeschäfte, die wir verstehen, mit Menschen und Unternehmen, die wir kennen. So sind wir mit weitem Abstand zum wichtigsten Finanzpartner der Unternehmen in Deutschland geworden. Auch in schwierigen Zeiten stehen wir zu unserer Verantwortung und bleiben ein verlässlicher Partner. Die Sparkassen und ihre Verbundpartner haben insgesamt 450 Mrd. Euro an Firmenkrediten ausgereicht. Und im laufenden Jahr haben wir die Kreditvergabe an den Mittelstand nochmals deutlich gesteigert.

Dem Wohlstand ihrer Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet: die Sparkassen. Gut für Sie – und gut für Deutschland.

„Wo bekomme ich eine...“
„Mit welcher Anlagestrategie erziele ich die beste Rendite?“
„Wird sich der Finanzsektor wieder erholen?“
„Wie bekomme ich eine gute Rente?“
„Welche Reform ist für mich am besten?“
„Wie gehe ich mit der Krise um?“

Fragen zur Finanzwirtschaft?
Wir helfen Ihnen gern –
in Ihrer Sparkasse oder online unter
www.gutfuerdeutschland.de

„Wie bekomme ich eine gute Rente?“
„Welche Reform ist für mich am besten?“
„Wie gehe ich mit der Krise um?“
„Wird sich der Finanzsektor wieder erholen?“
„Wie bekomme ich eine gute Rente?“



www.lfa.de



Infrakredit Kommunal

Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-2262. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

5. Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd:

Optimistischer Blick in die Zukunft

Beim 5. Kommunalforum der Sparkasse Mittelfranken-Süd für Landräte, Bürgermeister, Kämmerer oder sonstige Funktionsträger der Städte und Gemeinden aus dem Landkreis Roth, dem Altlandkreis Weißenburg und der Stadt Schwabach standen die Themen „Kommunale Finanzen in Zeiten der Krise“ und „Stiftergemeinschaft der Sparkasse Mittelfranken-Süd - Chancen für Kommunen“ auf dem Programm.

Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Mittelfranken-Süd, Matthias Nester, führte Landrat Herbert Eckstein als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Mittelfranken-Süd in seinem Grußwort zum Thema der derzeitigen kommunalen Finanzen hin, wobei er anmerkte, „dass wir nicht ständig von einer Krise sprechen sollen, nachdem wir in diesem Bereich mittlerweile ein sehr hohes Niveau erreicht haben“. Er appellierte an alle, das Jammern nicht zu überreiben, sondern optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Steuerarten und Volumina

Als erster Referent sprach Dr. Johann Keller, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, vor den Vertretern der Kommunen zum Thema „Kommunale Finanzen in Zeiten der Krise“. Er zeigte die verschiedenen Steuerarten und einzelnen Volumina sowie die Entwicklung der Gesamtsteuereinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden über die Jahre auf. Sie entwickelten sich von knapp 9 Mrd. Euro im Jahr 1999 auf über 13 Mrd. Euro im Jahr 2008. Hauptanteile an den Steuereinnahmen der Gemeinden sind die Gewerbesteuer und der Anteil an der Einkommensteuer.

'Gute Jahre' 2007 und 2008

Die Gesamteinnahmen der bayerischen Gemeinden betrugen im Jahr 1999 über 22 Mrd. und erreichten im Jahr 2008 etwas über 28 Mrd. Die Gesamtausgaben von knapp 22 Mrd. Euro im Jahr 1999 entwickelten sich auf 26,5 Mrd. im Jahr 2008. Speziell im Jahr 2007 und 2008 kann man von „guten Jahren“ für die Kommunen sprechen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung gegen Ende des Jahres 2008 ist jetzt erkennbar, dass die Steuereinnahmen bei der Gewerbesteuer bereits ab dem IV. Quartal 2008 sinken und diese Tendenz wohl bis Ende 2009 anhalten wird. Insgesamt wird ein Rückgang von ca. 20 % bei der Gewerbesteuer für das

Jahr 2009 erwartet. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer dürften sich im Jahr 2009 um 6 % verringern, wobei ein größerer Einbruch in diesem Bereich erst im Jahr 2010 zu erwarten ist. Diese zu erwartenden Mindereinnahmen können eventuell durch Gegenmaßnahmen wie Anpassung der Hebesätze usw. ausgeglichen werden, aber Keller wies darauf hin, dass der Einsatz dieser Mittel wegen der jeweiligen Außenwirkung sehr wohl überlegt werden sollte.

Auf Nachhaltigkeit der Investitionen achten

Durch die Gestaltung von Investitionen kann auf diese Tendenzen reagiert werden, wobei vor allem auf die Nachhaltigkeit der Investitionen und der Investitionen als Konjunkturmotor durch das Konjunkturpaket II geachtet werden sollte. Ebenso sollten Investitionen im Energiebereich, z. B. Solarparks, angeht und konsequent verfolgt werden.

Keller empfahl bei der Finanzierung der Investitionen an die Überschüsse im Verwaltungshaushalt zu denken, eine Entnahme der Rücklagen soweit vorhanden vorzunehmen und bei den Kreditaufnahmen sich die derzeit günstige Zinssituation zu sichern. Hier kann speziell die Sparkasse als Partner für die Kommunen sehr gute Dienste leisten und beratend zur Seite stehen.

Stifterstudie

Als zweiter Referent widmete sich Dieter Weisner von der RegionalKonzept GmbH Fürth dem Thema Stiftungen. Er zeigte die Potentiale für Stiftungen (37 % aller Bürger können sich vorstellen, eine Stiftung zu gründen bzw. 44 % der höheren sozialen Klassen wären zur Stiftungsgründung bereit) und die Ergebnisse der Stifterstudie der Bertelsmann Stiftung vom April 2005 auf. Zum 1. Januar 2007 wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen entscheidend verbessert. Dies wurde an einem Beispiel

mit den verbesserten steuerlichen Wirkungen aufgezeigt. Bereits ab 25.000 Euro kann sich jedermann mit seiner Stiftung als Treuhandstiftung in der Stiftergemeinschaft der Sparkasse Mittelfranken-Süd engagieren. Für Kommunen ist dies bereits ab 10.000 Euro möglich. Speziell für sie wurde das Stiftungskonzept für kommunale Projekte aufgezeigt.

Vorteile für die Kommunen

Als Vorteile ergeben sich daraus für die Kommunen eine schnelle Projektrealisierung, eine private Projektsteuerung durch die Stiftung, eine Verkürzung der Entscheidungswege durch ein Kuratorium und eine Entlastung der Kommune über Zuwendung Dritter. Bei Auflösung der Stiftung fällt das Vermögen an die Kommune zurück. Als besonderes Schmankerl wurde die Realisierung von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern als Alternative zur Eigenrealisierung durch die Kommune aufgezeigt. Der Bau von PV-An-

Kreissparkasse München Starnberg:

Von Krise keine Spur

In der ersten Hälfte dieses Jahres höhere Einlagen, mehr Kredite und besseres Ergebnis

Die Kreissparkasse München Starnberg strotzt vor Selbstbewusstsein, ohne dabei allerdings überheblich aufzutreten. Wenn Anton Hummer, seit Mai Vorstandsvorsitzender, feststellt, „dass in unserem Hause von Krise keine Rede sein kann“, vergisst er nicht hinzuzufügen, „dass allerdings unser Geschäftsgebiet zu den wirtschaftsstärksten Regionen im Bundesgebiet zählt, in denen die Krise kaum spürbar wird.“ Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass das Institut im ersten Halbjahr 2009 sowohl die Einlagen als auch die Kreditaufreichungen im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2008 steigern konnte.

Allerdings sind die regionalen Gegebenheiten nicht die einzige Ursache des Erfolges. Die Kreissparkasse spüre – vielleicht noch stärker als der Durchschnitt der Sparkassen – das ungebrochene Vertrauen der Bürger in die Marke Sparkasse. Langjährige wie auch neue Kunden wüssten die Vorteile des Geschäftsmodells der Sparkassen zu schätzen. Sie honorierten die Einbettung in die lokale Struktur, den Verzicht auf Gewinnmaximierung und die Förderung von Kunst, Kultur und Sport, sagte Hummer. Und sie vertrauten auf die persönliche und kompetente Beratung. Die Sparkassen-Finanzgruppe werde nach wie vor als sicherer Hafen für Kundengelder angesehen. Während Mitbewerber damit beschäftigt seien, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu verarbeiten, sich auf die Realwirtschaft zurückzubedenken und sich um die Rückgewinnung der Privatkunden bemühten, halte der Imagegewinn der öffentlichen Kreditinstitute, der sich deutlich seit 2008 abzeichne, weiter an.

Verlässlicher Partner

„Die Sparkassen bleiben“, so Hummer, „im Kreditgeschäft ein verlässlicher Partner, besonders für den Mittelstand und das Handwerk. Wir helfen durch Ausweitung von Kreditzusagen dort, wo andere Banken sich zurückziehen.“ Die heftige Kritik der Bundesregierung an der zögerlichen Kreditvergabe könne nicht für die Sparkassen gelten. Die von den Sparkassen in Bayern ausgereichten Kredite hätten 2008 um 10 Prozent auf 8,3 Milliarden Euro zugelegt. Und in den ersten Monaten dieses Jahres habe sich dieser Trend

lagen auf den eigenen Dächern ohne Neuverschuldung im Haushalt, die Vorbildfunktion der Kommune im Klimaschutz sowie der Zufluss überschüssiger Erträge der gemeinnützigen Stiftung und die damit verbundenen möglichen Perspektiven wurden als Vorteile für die Kommunen deutlich herausgestellt.

Kontaktmöglichkeiten

In seinem Schlusswort stellte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Matthias Nester, heraus, dass die Sparkasse gerade in diesem Themenkomplex sehr gut aufgestellt ist und über den Kommunalkundenbetreuer der Sparkasse Mittelfranken-Süd Bruno Werzinger sehr gute Kontaktmöglichkeiten bestehen, das vorhandene Wissen und die Kompetenz im Sparkassenverbund in die Kommunen zu transportieren. Er wünschte sich, dass davon reger Gebrauch gemacht wird.

In der Pause und beim Mittagimbiss standen neben den Referenten weitere Experten der Verbundpartner der Sparkasse zum Informationsaustausch zur Verfügung, was auch intensiv genutzt wurde. Das Kommunalforum machte wieder deutlich, was die Sparkasse mit Hilfe ihrer Verbundpartner bei der Betreuung von Kommunen alles leisten kann. □



Unser Foto zeigt die beiden Referenten Dr. Johann Keller (2. v. r.) und Dieter Weisner (2. v. l.) mit den Vorständen der Sparkasse Mittelfranken-Süd. □

Höhere Eigenkapitalanforderungen Gefahr für Kreditversorgung

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, hat die Verantwortung der deutschen Kreditwirtschaft für eine sichere Kreditversorgung unterstrichen.

„Ausweislich der Bundesbankzahlen haben Sparkassen und Landesbanken in den ersten zwei Quartalen 2009 ihre Kredite für Unternehmen und Selbstständige gegenüber den Vorjahresquartalen deutlich gesteigert“. Auch künftig wollten Sparkassen und Landesbanken ihre Verantwortung wahrnehmen und hätten dies auch beim

heutigen Spitzentreffen von Bundesregierung und Wirtschaft zugesagt.

Haasis' Kritik

Gleichzeitig kritisierte Haasis die Planungen für undifferenzierte höhere Kreditanforderungen auf internationaler Ebene. „Es wäre falsch, bei denjenigen die Spielräume zur Kreditvergabe einzuschränken, die bisher eine sichere Kreditversorgung gewährleistet haben. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Kreditversorgung für Wirtschaft und Private“, sagte Haasis. □

mögensbildung auf Platz 1 in Bayern“, stellte Hummer fest. Ursache hierfür sei auch, „dass wir den Zinsrückgang an den Geld- und Kapitalmärkten nur sehr zurückhaltend an unsere Kunden weitergegeben haben.“ Das größte Wachstum verzeichneten täglich fällige Gelder.

Kreditgeschäft

Auch im Kreditgeschäft konnte die Kreissparkasse seit Jahresbeginn deutlich zulegen. Die Ausleihungen stiegen um 3,8 Prozent auf insgesamt 4,53 Milliarden Euro. Besonders stark wuchsen die Kredite im kurzfristigen Bereich. Um 12 Prozent auf 125 Millionen Euro nahmen die Ausleihungen an Unternehmen zu. Hummer erkennt darin die Zurückhaltung anderer Banken.

Erhöhte Finanzierungsanfragen gab es im Bau- und Immobiliengeschäft, wo die Neuzusagen um 57 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Auch die Kredite für den privaten Wohnungsbau nahmen um 1,2 Prozent zu. Insgesamt betragen die Kreditneuzusagen im ersten Halbjahr 2009 knapp 550 Millionen Euro, was ein Plus von 30 Prozent gegenüber den 420 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2008 bedeutet.

Wertpapiergeschäft

Im Wertpapiergeschäft verhielten sich die Kunden im Berichtszeitraum sehr zurückhaltend, was den Umsatz um 27 Prozent schrumpfen ließ. Auch der Verkauf von Lebens- und Rentenversicherungen hat etwas Dynamik verloren. Schwierig dürfte es auch werden, die Vermittlung von Bausparverträgen adäquat fortzusetzen, nachdem die Landesbausparkasse 2008 das zweitbeste Geschäft ihrer Geschichte hatte. Andererseits hat sich das Immobiliengeschäft deutlich belebt, wie die 113 Vermittlungen mit einem Volumen von 33,2 Millionen Euro zeigen. Hummer: „Im Großraum München kann das Angebot kaum die Nachfrage befriedigen.“

Zusammenfassend stellte Hummer fest, die Kreissparkasse sei mit dem bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2009 sehr zufrieden. Das Betriebsergebnis

vor Bewertung (möglicher Risiken) liege mit 65 Millionen Euro vor Steuern bzw. 0,89 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) deutlich über dem Vorjahresergebnis, vor allem dank der Verbesserung der Zinsspanne. Voraussichtlich werde auch der Jahresüberschuss für 2009 im Vergleich zum Vorjahr deutlich positiver ausfallen, da keine erhöhten Kreditrisiken zu sehen seien.

Wie stark sich die Kreissparkasse einschätzt, geht daraus hervor, dass sie, sollten weitere Belastungen aus einer neuen Unternehmensbewertung der Bayerischen Landesbank (BLB) entstehen, diese aus dem operativen Ergebnis tragen könne. Aber bis jetzt seien auch keine neuen Belastungen zu sehen. Im übrigen gehe man davon aus, dass es bei der bewährten Kooperation der BLB mit den Sparkassen bleibe.

Die Talsohle ist erreicht

Bei der Kreissparkasse folgt man der Deutschen Bundesbank bei der Einschätzung, dass der Abschwung gebremst und die Talsohle erreicht ist. Größte Stütze seien der private Konsum, der von einer rückläufigen Inflation getragen werde. Außerdem zeigten die Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung deutliche Wirkung. Da auch der Ifo-Geschäftsklima-Index die Erwartungen der Volkswirte übertrafen und die Industrie im Mai mit 4,4 Prozent das größte Auftragsplus seit fast zwei Jahren verzeichnet habe, blicke die Kreissparkasse nicht mehr so skeptisch in die Zukunft wie zuvor. „Möglicherweise geht diese Wirtschaftskrise an den Bürgerinnen und Bürgern unseres Geschäftsgebietes teilweise vorbei“, stellte Hummer hoffnungsvoll fest.

Gleichwohl rechne das Institut für die zweite Jahreshälfte mit einem geringeren Wachstum und steigenden Kreditrisiken, „auf die wir aber gut vorbereitet sind“. Als größtes Kreditinstitut im Geschäftsgebiet bleibe man dem öffentlichen Auftrag, nämlich der kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bürger und Unternehmen der Region und der Förderung der Kommunen verpflichtet. **dhg.**

BayernLB begibt 1 Mrd. Euro Jumbo-Pfandbrief

BayernLB-Jumbo stößt auf reges Investoreninteresse – Anleihe vierfach überzeichnet

München – Die BayernLB hat am 27. August 2009 die Bücher für einen Öffentlichen Jumbo-Pfandbrief mit achtjähriger Laufzeit geöffnet. Das Papier, das von den Häusern BayernLB, BNP Paribas, Commerzbank und DZ Bank an den Markt gebracht wird, wurde zunächst mit einem Vermarktungs-Spread von Swapmitte bis plus 22 Basispunkte angeboten.

Die Bücher konnten bereits nach kurzer Vermarktungsperiode bei vierfacher Überzeichnung rasch geschlossen werden. Die endgültige Re-offer Rendite wurde dann bei Swapmitte plus 19 Basispunkten festgelegt. Das Papier hat einen Issue/Re-offer-Kurs von 99,518 Prozent. Damit konnte der Vermarktungs-Spread noch unterhalb der anfänglichen Preisspanne fixiert werden. Die festverzinsliche Emission wird am 4. September 2017 fällig, die Notierung erfolgt an der Börse München. Die Valutierung des Jumbo-Pfandbriefes ist für den 4. September 2009 vorgesehen. Der Kupon liegt bei 3,375 Prozent p.a..

Die ausstehenden Pfandbriefe der BayernLB genießen von den Rating Agenturen Moody's und Fitch Ratings mit AAA/AAA die jeweils bestmögliche Bonitätseinstufung. □

Handwerk erwartet im 2. Halbjahr mehr kommunale Aufträge

Handwerkskammerpräsident Traublinger: „Steuerliche Abgabenlast rasch senken“

„Auch wenn das 2. Quartal 2009 durchwachsen war, erwarten wir, dass sich die Handwerkskonjunktur in diesem Jahr besser entwickelt als die Gesamtwirtschaft“, erklärte Handwerkskammerpräsident Heinrich Traublinger, MdL a. D., bei der Vorstellung der neuesten Konjunkturzahlen in München. Die niedrige Inflation lasse den Verbrauchern mehr im Portemonnaie und auch die niedrigen Sparzinsen erleichterten die Entscheidung zum Konsum.

Die Umsätze der Handwerksbetriebe in München und Oberbayern sanken im 2. Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahr um nominal zwei Prozent auf rund 7,8 Milliarden Euro. Im gesamten 1. Halbjahr 2009 wurden nominal 13,8 Milliarden Euro umgesetzt (minus drei Prozent im Vergleich zum 1. Halbjahr 2008). Rechnet man die Preissteigerung heraus, steigt das Minus auf gut vier Prozent. Die Kapazitätsauslastung verringerte sich im 2. Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur noch um einen Punkt auf 73 Prozent.

Höherer Auftragseingang

Eine leichte Besserung registrierten die Betriebe beim Auftragseingang: 26 Prozent der Befragten verzeichneten eine steigende Nachfrage, das sind vier Prozentpunkte mehr als im 2. Quartal 2008. Die Auftragsreserven reichten im 2. Quartal 2009 noch für 5,6 Wochen (minus 0,2 Wochen im Vorjahresvergleich).

69 Prozent der befragten Betriebe in München und Oberbayern bezeichneten ihre aktuelle Lage als gut oder zufriedenstellend. Das sind zwar gegenüber dem Vorjahreszeitraum immer noch fünf Prozentpunkte weniger, doch im Vergleich zum 1. Quartal 2009 kletterte der Index um fünf Prozentpunkte. Verantwortlich dafür ist das Baugewerbe. Dort waren drei von vier Befragten mit der aktuellen Lage zufrieden oder fanden sie „gut“.

Verhalten positive Stimmung

Trotz explodierender Zulassungszahlen ist die Stimmung unter den Kfz-Betrieben eher verhalten positiv. Gründe dürften Rückgänge im Reparaturgeschäft und beim Gebrauchtwagenhandel sein. Trotzdem erwarten auch in den nächsten Monaten 69 Prozent aller Betriebe, dass die Geschäfte weiter gut bzw. zufriedenstellend laufen (minus fünf Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage haben viele Unternehmen ihre Investitionen vorerst auf Eis gelegt. Sowohl die Investitionsneigung (29 Prozent, minus ein

Prozentpunkt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum) als auch die Ausgaben bewegten sich auf schwachem Niveau. Insgesamt wurden im 2. Quartal 2009 rund 214 Millionen Euro in die Anlagen von Handwerksbetrieben gesteckt, fünf Prozent weniger als noch vor Jahresfrist. Zusammen gerechnet flossen in den ersten sechs Monaten 384 Millionen Euro (minus acht Prozent) in Anlagen und Produktionsstätten.

Weniger Beschäftigte

Jeweils elf Prozent der befragten Betriebe stockten von April bis Juni die Zahl ihrer Arbeitskräfte auf bzw. senkten die Beschäftigung. 78 Prozent hielten den Bestand. Nach ersten Schätzungen waren Ende Juni 288.500 Personen in den Münchner und oberbayerischen Handwerksbetrieben beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht das einem Rückgang von einem Prozent. Die Zahl der Handwerksbetriebe im Kammerbezirk lag Ende Juni bei gut 71.000 und damit im Vorjahresvergleich um 1,6 Prozent höher.

Sonderumfrage

„Für das Gesamtjahr 2009 rechnen wir in München und Oberbayern mit einem nominalen Umsatzrückgang von bis zu drei Prozent auf etwa 30,4 Milliarden Euro. Damit würde das Handwerk aber immer noch deutlich besser abschneiden als die Gesamtwirtschaft. Die Zahl der Beschäftigten dürfte sich im Jahresmittel um rund ein Prozent auf 288.000 Personen verringern“, berichtete Traublinger. Wie die Kammer in einer Sonderumfrage ermittelte, spüren 58 Prozent der Betriebe die Wirtschaft- und Finanzkrise (Region München: 55 Prozent). Von einer existenzbedrohenden Situation für ihr Unternehmen berichten bislang jedoch nur zwei Prozent. Für das 2. Halbjahr 2009 setzt das Handwerk vor allem auf die Kommunen als Antriebsfeder.

Der Kammerpräsident: „Wir erwarten, dass von den Sanierungsprojekten überwiegend Betriebe des Ausbaugewerbes profitieren, die sich auf Wärmedämmung, den Austausch von alten Fenstern und die Installation von

Heizungs- und Solaranlagen spezialisiert haben. Ich appelliere an die Kommunen, die Aufträge zügig zu vergeben und dabei auch sachgerecht von den Erleichterungen bei Ausschreibung und Vergabe Gebrauch zu machen, um das regionale Handwerk zu stärken!“

Kalte Progression beseitigen

Im Vorfeld der Bundestagswahl forderte der Kammerpräsident die Politik auf, die steuerliche Abgabenlast rasch zu senken. In einem ersten Schritt müssten die kalte Progression beseitigt und der sog. Mittelstandsbauch im Tarifverlauf begradigt werden, um vor allem kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Traublinger regte

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer:

Der Kreditklemme vorbeugen!

„Die Diskussion der letzten Wochen zum Thema Kreditklemme zeigt eines: Es geht darum, erst gar keine Klemme entstehen zu lassen und entsprechenden Ängsten durch Fakten vorzubeugen.“, erklärte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer in der Repräsentanz der LfA Förderbank Bayern in Nürnberg. „Bayern hat hier von Anfang an konsequent gegengesteuert und über die LfA Förderbank Bayern einen Mittelstandsschirm mit einem Volumen von 200 Millionen Euro gespannt. Denn für uns steht fest: Wer schnell hilft, hilft doppelt.“, so Pschierer.

Pschierer zog im Gespräch mit Vertretern der LfA, der Kammern und der Unternehmen eine Zwischenbilanz: „Ein voller Erfolg! Von Anfang 2009 bis Ende Juli 2009 haben 262 Unternehmen mit Arbeitsplätzen in Bayern Bürgschaften der Förderbank erhalten, im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren es 109 Betriebe.“

Das Volumen der zugesagten Bürgschaften hat sich auf 114 Millionen Euro mehr als verdreifacht. „Und was mich besonders freut: Knapp 53 Millionen Euro gingen an 124 Unternehmen in Nordbayern.“ Etwa 52 Millionen Euro entfallen auf 133 Unternehmen in Südbayern; der Rest betrifft fünf Unternehmen mit Sitz außerhalb Bayerns, aber mit bayerischen Betriebsstätten und entsprechenden Arbeitsplätzen in Bayern. „Wir sehen, dass die Bürgschaften dringend gebraucht werden und deshalb wird der Mittelstandsschirm sehr gut angenommen“, so der Staatssekretär.

Pschierer verwies außerdem ausdrücklich auf die regelmäßi-

weiter an, die Schwächen der Unternehmenssteuerreform zu beseitigen und die Ungereimtheiten der Erbschaftsteuerreform zu bereinigen. Der Präsident: „Die starre Lohnsummenklausel ist gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise für viele Betriebe nicht einzuhalten und muss deshalb entschärft werden.“ Außerdem fordert das Handwerk, den Einkommensteuerbonus auf bestimmte Handwerkerleistungen auszubauen.

Traublinger: „Der maximale Betrag, der von der Steuer abgezogen werden kann, sollte auf 4.000 Euro angehoben werden. Damit wären die Handwerkerleistungen mit den haushaltsnahen Dienstleistungen gleich gestellt. Außerdem fordern wir, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auch auf arbeitsintensive Dienstleistungen im Handwerk angewendet wird. Diese Maßnahme wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Nachfrage und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.“

CSU-Positionen zur Bundestagswahl:

„Was unser Land jetzt braucht: Einen starken Mittelstand“

„Der Mittelstand ist die Herzkammer unserer Wirtschaft“, erklärt Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Der Mittelstand, Familienunternehmen, Handwerk und Freie Berufe stehen für nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften. Bayerns mittelständische Unternehmen zeichnen sich durch ihre enorme Standorttreue aus. Ziel der CSU ist deshalb, dem Mittelstand noch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer betont, dass Bayerns mittelständische Wirtschaft und die CSU mit einer Stimme sprechen, wenn es darum geht, „die besten Ausgangspositionen für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen“. Dabei hat die Steuerpolitik Priorität: „Die CSU steht für eine deutliche und umfassende Steuerentlastung des Mittelstands und der Leistungsträger“, so Seehofer. Die CSU fordert steuerliche Entlastungen, die den Betrieben helfen, die Krise durchzustehen. Dies sichert Arbeitsplätze und neues Wachstum.

Einkommensteuer senken

Die CSU will, dass sich Leistung wieder mehr lohnt. Arbeitnehmern, Familien und Mittelstand muss mehr Netto vom Brutto bleiben. „Wir werden schlechtere Steuererhöhungen allein aufgrund des Tarifverlaufs (‘Kalte Progression’) spürbar abmildern. Wir haben im gemeinsamen Regierungsprogramm mit der CDU Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer festgeschrieben und vereinbart, dass diese Entlastungen in zwei Schritten erfolgen sollen.“

Gerade mittelständische Personennunternehmen, also Einzelunternehmer und Personengesellschaften mit mehreren Beschäftigten profitieren davon. Denn sie zahlen auf ihren Unternehmensgewinn Einkommensteuer. Die CSU hält daran fest, dass diese beiden Schritte bereits 2011 und 2012 umgesetzt werden. Auf Druck der CSU wurden bereits rückwirkend zum 1. Januar 2009 der Eingangsteuersteuersatz gesenkt und der steuerliche Grundfreibetrag erhöht. Zum 1. Januar 2010 werden die Bürger um weitere rund 10 Mrd. Euro entlastet. Denn dann greift die bessere steuerliche Berücksichtigung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Erbschaftsteuer ändern

Die CSU wird das im Kompromiss mit der SPD beschlossene Erbschaftsteuerrecht ändern. Gerade in einer Zeit erheblicher wirtschaftlicher Ungewissheiten und dramatischer Veränderungen müssen vor allem im Interesse der mittelständischen Familienunternehmen die beschlossenen Lohnsummenregeln und Behaltfristen geändert werden. Dazu gehört zudem eine praxistaugliche Neuab-

grenzung zwischen Betriebs- und Verwaltungsvermögen.

Unternehmensteuer nachbessern

Die Unternehmensteuer muss nachgebessert werden, damit einzelne Regeln nicht krisenverschärfend wirken. Das betrifft vor allem den Wegfall des steuerlichen Verlustvortrags von Kapitalgesellschaften und die gewerbesteuerliche Hinzurechnung bei Immobilien. Auch die derzeitige Zinsschrankenregelung als typische Substanzbesteuerung muss wieder entfallen. Als Sofortmaßnahme zur Entlastung des Mittelstands muss die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter wieder angehoben werden.

Degressive Abschreibung wieder einführen

Insbesondere in Ballungsräumen wie München wird bezahlbarer Wohnraum knapper. „Wir wollen, dass Investoren dort bezahlbaren Wohnraum schaffen, wo er gebraucht wird. Wir treten deshalb für die befristete Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung für Neubauten von Mietwohnungen ein. Voraussetzung ist, dass hierfür finanzielle Spielräume vorhanden sind.“

Faire Wettbewerbschancen bei Mehrwertsteuerbelastung

„Wir wollen bei der Mehrwertsteuer nicht mehr zeitgemäße und den Wettbewerb verzerrende Belastungswirkungen korrigieren. Unser Mittelstand braucht mehr Wettbewerbsgerechtigkeit in Europa.“ Die CSU setzt sich für einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen ein. Im Hotel- und Gaststättengewerbe soll der ermäßigte Mehrwertsteuersatz (7 Prozent) gelten.

Kreditklemme vermeiden

Der Mittelstand darf nicht mitten in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in eine Kreditklemme geraten. Die CSU fordert eine ausreichende Kreditvergabe der Banken und damit Liquidität für die Wirtschaft. „Wir drängen mit Nachdruck auf gesetzliche Vorgaben bei der Kreditvergabe, die bei zukunftsfähigen Unternehmen nicht krisenverschärfend wirken.“ Die CSU-Wirtschaftskommission schlägt eine „Finanzierungsinitiative Bayern“ vor. Hierbei sollen private, genossenschaftliche und kommunale Kreditinstitute sowie die LfA und KfW die Finanzierung von Unternehmen auch in Problemfällen sichern.

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend, im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.

www.datev.de/kommunal



DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Regionalranking der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“:

EMM schneidet bravourös ab

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) hat 409 Kreise und kreisfreie Städte in der Bundesrepublik Deutschland wissenschaftlich untersuchen lassen und nun das zweite bundesweite Regionalranking präsentiert. Die INSM-Studie berücksichtigt dabei insgesamt knapp 39 ökonomische und strukturelle Indikatoren wie Altersstruktur, Ausbildungsplatzdichte, Kaufkraft, Produktivität.

Beim aktuellen Standort-Ranking schneidet die Europäische Metropolregion München (EMM) im deutschlandweiten Vergleich bravourös ab. Die Landkreise München und Starnberg belegen die ersten beiden Plätze. Insgesamt schafften es zwölf Landkreise und kreisfreie Städte der EMM unter die Top 20. Auf Länderebene liegen fast alle Teilregionen der EMM in der vorderen Ranghälfte der insgesamt 96 bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte.

Nord-Süd-Gefälle

Allein unter den Top 10 befinden sich acht Teilregionen der EMM, weitere vier belegen einen Platz unter den ersten 20. Zudem zeigt sich, dass die süd-bayerischen, kreisfreien Städte Ingolstadt, Landshut, Rosen-

heim, Kaufbeuren und Augsburg im bayernweiten Vergleich deutlich besser abschneiden als die kreisfreien Städte Nordbayerns.

Bruttoinlandsprodukt

Der wirtschaftlich stärkste Standort Deutschlands ist der Landkreis München. Das Bruttoinlandsprodukt liegt hier mit 95.926 Euro je Einwohner deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 28.534 Euro. Die Stadt Ingolstadt belegt mit einem Bruttoinlandsprodukt von 71.135 Euro je Einwohner deutschlandweit Rang fünf, in Bayern sogar Platz drei. Darüber hinaus erwirtschaftet jeder Erwerbstätige in Ingolstadt 86.680 Euro. Dies bedeutet Rang 3 in Deutschland, Platz 2 in Bayern. Die Produktivität liegt im Landkreis Augsburg bei 69.521 Euro

pro Erwerbstätigem und damit auch deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 58.299 Euro pro Erwerbstätigem.

Der Landkreis Starnberg erreicht bei fast allen Indikatoren Spitzenwerte. Der Saldo der Gewerbe- und -abmeldungen, der 2007 mit 3,7 je 1.000 Einwohner mehr als doppelt so hoch wie der deutsche Durchschnitt ist, vermittelt einen eindeutigen Eindruck der regionalen Gründungsdynamik. Mit einer Kaufkraft von 27.413 Euro pro Einwohner belegt der Landkreis deutschlandweit den zweiten Platz und kann zudem mit einer besonders niedrigen Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-Jährigen punkten.

Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen konnte bei den Gewerbe- und -abmeldungen mit einem Saldo von 3,8 je 1.000 Einwohner sogar Platz eins in Bayern und Platz drei im deutschlandweiten Vergleich belegen.

Kaufkraft

Die Landkreise München, Ebersberg, Dachau, Fürstentfeldbruck, Miesbach und die kreisfreie Stadt Landshut übertreffen mit einer Kaufkraft von über 22.000 Euro pro Einwohner ebenfalls deutlich den bundesweiten Mittelwert von 18.541 Euro. Die Einkommenssteuerkraft vermittelt einen guten Eindruck von der regionalen Einkommenssituation. In den Landkreisen Ebersberg, Dachau, Fürstentfeldbruck liegt diese mit über 500 Euro weit über dem bundesweiten Mittelwert von 282 Euro. Im Kreis Fürstentfeldbruck beläuft sie sich sogar auf 538 Euro je Einwohner, was bundesweit Rang vier und den zweiten Platz in Bayern bedeutet.

Arbeitslosenquoten

Bundesweit belief sich die Arbeitslosigkeit im Jahr 2008 auf 8,4 %. Die niedrigste Arbeitslosenquote von gerade mal 1,9 % kann der Landkreis Eichstätt aufweisen, gefolgt vom Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm mit 2,5 %. Aber auch die Landkreise Erding, Dachau, Donau-Ries und Neuburg-Schrobenhausen

se=Investitionen“ gewährleisten.

Wie Albert Löhner, Landrat des Landkreises Neumarkt und Vorsitzender des Sparkassen-Berzirksverbandes Oberpfalz betonte, sei der Gedanke, das in der Region vorhandene Kapital vor Ort auszugeben und somit einen regionalen Geldkreislauf zu unterhalten, nicht neu. Versuche mit einer Immobiliengesellschaft, der Sparkasse und einer „regionalen Währung“ hätten stattgefunden. Damit sei man gescheitert. Angesichts der Krise werde nach neuen Wegen Ausschau gehalten.

Gelungenes Beispiel

„Wenn wir Geld brauchen, um besondere Dinge zu finanzieren, müssen wir privates Kapital sammeln. Die Refinanzierung durch Sparkasse und Raiffeisenbank ist kein Problem.“ Als gelungenes Beispiel für eine Institution, die sich in der Region finanziert, nannte Löhner die Abtei Plankstetten. Sie habe es geschafft, auf dem umkämpften und globalen Lebensmittelsektor sehr erfolgreich zu sein. Dieses Vorbild sei zukunftsweisend.

MdB Josef Göppel, der als Co-Referent vorgesehen war, jedoch kurzfristig absagen musste, hat für ein Buchprojekt der Umweltbank Nürnberg einen Beitrag zum Thema „Wie begegnen wir der Globalisierung richtig?“

zählen mit Werten unter 3 % zu den Landkreisen mit der bundesweit geringsten Arbeitslosigkeit. Der Landkreis Aichach-Friedberg liegt mit 1,2 Arbeitslosen-geld-II-Empfängern pro 100 Einwohnern wie eine Vielzahl weiterer Landkreise der EMM weit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 5,6 und erreicht damit in dieser Kategorie sowohl in Bayern als auch bundesweit Rang vier.

Mit einer Privatverschuldung von nur 4 % der über 18-Jährigen ist der Landkreis Eichstätt auf Platz eins in Bayern und im Bundesvergleich. Deutschlandweit beläuft sich die Verschuldungsrate auf über 9,6 %.

Gemeindeverschuldung

Im Kreis Pfaffenhofen betragen die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände 334 Euro je Einwohner. Bundesweit sind es im Schnitt mehr als viermal so viel, nämlich 1.456 Euro. Das sorgt für Rang vier im INSM-Ranking und Platz zwei unter 96 Städten und Kreisen in Bayern. Der Landkreis Landshut belegt aufgrund seiner geringen Gemeindeverschuldung von 337 Euro Rang 5 in Deutschland und Platz drei unter 96 Städten und Kreisen in Bayern.

Demografieindex

Beim Demografieindex, der verschiedene Demografie-Kennziffern zusammengefasst wiedergibt, erreicht der Landkreis Erding einen Indexwert von 137,9 Punkten und ist damit auf Platz drei im bundesweiten Vergleich. Zum Vergleich: Ein Kreis mit einer durchschnittlichen demografischen Struktur hat den Mittelwert 100. Der Landkreis Freising landet mit einem Indexwert von 136,3 Punkten im bundesweiten Vergleich auf Rang vier und auf Platz zwei in Bayern.

Die Untersuchung verweist auch darauf, dass in der Europäischen Metropolregion München überdurchschnittlich viele Akademiker leben. Im Landkreis München haben über 21 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Bundesweit liegt der Anteil Hochqualifizierter bei 7,8 %. Deutschlandweit ergibt sich so Rang drei sowie Platz zwei der 96 bayerischen Regionen. DK

verfasst. Je mehr Lebensbereiche von der Globalisierung erfasst werden, desto stärker wird seines Erachtens das Streben nach regionaler Selbsthilfe sein. In allen Erdteilen bildeten sich Regionalinitiativen – „ein kulturelles Aufbegehren gegen den Verlust eigener Traditionen zugunsten einer Einheitszivilisation westlicher Prägung“.

Umfangreiches Netzwerk

Allein in Deutschland umfasst das Netzwerk der Regionalinitiativen Göppel zufolge inzwischen über 300 Betriebe. Die Leute wollten an den Möglichkeiten der weltumspannenden Zivilisation teilhaben, aber gleichzeitig in einem überschaubaren Raum verwurzelt bleiben. Gerade in der immer schneller drehenden Zivilisationswelt benötigten die Menschen „Haltepunkte für das Gemüt“.

Mit mehr regionalen Wirtschaftskreisläufen sollen neuartige Stadt-Land-Partnerschaften entstehen. Zur Versorgung von einer Million Menschen werde in Mitteleuropa ein Agrarumland von rund 2.000 Quadratkilometern benötigt. Dabei gehe es jedoch nicht nur um landwirtschaftliche Produkte, sondern auch um eine eigenständige Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen, um Handwerk und um Dienstleistungen. DK

Neues Kommunales Finanzmanagement:

Reibungsfrei zur Doppik

Nordrhein-westfälische Gemeinde Langerwehe hat mit DATEV umgestellt

Doppik-Einführungen sind komplexe Projekte. Doch durch gute Planung, zielstrebiges Engagement und die Unterstützung erfahrener Partner können Kommunen einen effizienten und mitarbeiterfreundlichen Umstieg auf das kaufmännische Rechnungswesen bewerkstelligen. Ein Beispiel dafür ist die nordrhein-westfälische Gemeinde Langerwehe.

Die rund 15.000 Einwohner zählende Kommune im Kreis Düren bucht seit Jahresbeginn doppisch und kann auf eine reibungslose Umstellung und Einführungsphase zurückblicken. Bereits vier Monate nach dem Echtbetrieb-Start waren die Arbeiten endgültig abgeschlossen und der Übergang in den vollen Routinebetrieb vollzogen.

Schneller Projektabschluss

„Wegbereiter für unseren ungewöhnlich schnellen Projektabschluss waren zum einen das in der Gemeinde bereits vorhandene kaufmännische Know-how sowie die pragmatische und effiziente Herangehensweise, mit der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allen anfallenden Aufgaben stellten“, ist Bürgermeister Franz-Josef Löfgen überzeugt. Ebenfalls maßgeblich zum Gelingen beigetragen habe die Unterstützung des IT-Dienstleisters DATEV, der den Langerwehern sowohl bei Projektkonzeption und -management zur Seite stand als auch die Software lieferte.

Sorgfältige Vorbereitungen

Das solide Fundament für das Doppik-Projekt wurde bereits frühzeitig geschaffen. So fiel etwa die Entscheidung für den Projektpartner bereits im Jahr 2007. Nach sorgfältigen internen Vorbereitungen wurde die eigentliche Umstellung mit der Installation der Software, Datenübernahmen aus dem zuvor genutzten System und detaillierten Softwareschulungen dann im zweiten Halbjahr 2008 durchgeführt. Dabei richteten die Fachleute der DATEV auch Schnitt-

stellen zu in Langerwehe eingesetzten Fachanwendungen ein, beispielsweise für die Friedhofsabrechnung, die „Knöllchen“, die Sozialhilfe und die Personalabrechnung.

Auf Anhieb korrekte Zahlen

Um bei Zahlungen der Bürger, die schon kurz nach dem Umstellungstermin am 1. Januar 2009 an die Gemeinde geleistet werden mussten, von Anfang an den entsprechenden Sollstellungen zuzubuchen zu können, wurden die Grundbesitzabgabenbescheide für 2009 bereits vor Weihnachten 2008 mit den neuen Zuordnungsmerkmalen vorbereitend gedruckt und direkt nach dem Jahreswechsel versendet. „Das hat hervorragend funktioniert“, so Jürgen Fiedler, der Kämmerer der Gemeinde. „Dank der Vorarbeit hatten wir bei der Erstellung unserer ersten vierteljährlichen Kassenstatistik auf Anhieb korrekte Zahlen.“

Früchte der Arbeit

Auf Grund dieser Erfahrung, bei der die Qualität der Buchhaltung überzeugen konnte, ist Kämmerer Fiedler zuversichtlich, dass sich auch der Jahresabschluss kurzfristig erstellen lässt. So gerüstet freut er sich nun darauf, die Früchte der Arbeit zu ernten: Von der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements erwartet er einen hohen Nutzen für die Gemeinde, vor allem durch die übersichtliche Darstellung des Ressourcenverbrauchs und des kommunalen Vermögens sowie bei Betrachtungen zum Thema Generationengerechtigkeit. □

13. Plankstettener Gespräch:

Regionale Geldkreisläufe als Motor

In der regionalen Entwicklung versucht man seit vielen Jahren mit dem Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe die Abhängigkeiten von den internationalen Märkten zu vermindern und Wertschöpfungsketten in der Region aufzubauen. Ein Schwerpunkt war die Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel. In jüngster Zeit konzentriert man sich angesichts steigender Energiepreise besonders auf regionale Energiekreisläufe.

Weniger Aufmerksamkeit wurde bislang den regionalen Geldkreisläufen zuteil. Das mag darin begründet sein, dass Bayern mit Sparkassen und Raiffeisenbanken noch über regional verankerte und regional ausgerichtete Geldinstitute verfügt. Allerdings führen auch hier Fusionen, Konzentrationsprozesse und Renditeerwartungen der Kunden zu einer wachsenden „Entfremdung“ von der Region. Immer mehr Geld aus der Region wird in der Erwartung höherer Profite auf den internationalen Kapitalmärkten investiert und so aus der Region abgezogen.

Die zentralen Fragestellungen für das diesjährige Plankstettener Gespräch lauteten daher: Welches sind die Erwartungen an die Geldinstitute aus Sicht der regionalen Entwicklung? Und: Gibt es angesichts der globalen Finanzmarktkrise neue Überlegungen, wie die vorhandene hohe Liquidität künftig verstärkt für die Entwicklung des ländlichen Raums eingesetzt werden kann?

Sparkasse ist kein Investor

Ausgangspunkt war die Tatsache, dass die Sparkasse Neumarkt im Jahr mehrere hundert Millionen Euro nicht in der Region etwa in Form von Krediten platzieren kann. Dieses Geld wird dann auf den internationalen Kapitalmärkten investiert – mit den bekannten Risiken und Folgen. Eher ernüchternd war in diesem Zusammenhang der Vortrag des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Neumarkt-Parsberg, Henry Pillipp. Er stellte fest, dass die Sparkasse kein Investor ist und aufgrund der fehlenden Kompetenz auch nicht sein kann.

Die Gewinnmargen seien aufgrund des starken Wettbewerbs (Direktbanken etc.) und des politisch gewollten dichten Filialnetzes mittlerweile so gering, dass die Sparkasse auch keinen

Spielraum für eigene (riskante) Aktivitäten hat. Längerfristige Investitionen mit Eigenmitteln gehörten nicht zur Geschäftspolitik.

„Überfällige Systemreform“

Grundsätzlich sprach Pillipp von einer „überfälligen Systemreform“. Es gelte, die Nachhaltigkeit in den Vordergrund zu stellen. Dazu müsse die Bundesregierung die systemischen Risiken besser einschätzen können. Zudem sei eine Verknüpfung zwischen der Aufsicht über einzelne Banken und der übergreifenden Überwachung der Finanzmarktstabilität herzustellen. Auch müsse das bankstatistische Meldewesen verbessert werden, damit in Zukunft mehr relevante Informationen zu möglichen Risiken vorliegen. Pillipp forderte klare Bewertungmaßstäbe für die Bankenaufsicht, um künftig mögliche Risiken verlässlicher einschätzen zu können. Die Bankenaufsicht müsse Praktiken besser überprüfen und konsequent verbessern.

Der Sparkassenidee treu geblieben

Wie Pillipp hervorhob, seien die Institute der Sparkassenorganisation der Sparkassenidee immer treu geblieben. Für die breite Bevölkerung würden umfangreiche Finanzdienstleistungen bereitgestellt. Es bestehe die Möglichkeit des verzinslichen Sparens und der Refinanzierung von Investitionen in der Region. Zudem gebe es keinen Zwang zum Erziel maximaler Renditen. Die Sparkassen könnten mit Spitzenwerten beim Kundentrust aufwarten. Nach einer GfK-Untersuchung seien 69 Prozent aller Befragten der Überzeugung, dass das Geld bei der Sparkasse sicher angelegt ist. Fakt sei, so Pillipp, dass Sparkassen die Einhaltung der volkswirtschaftlichen Gleichung: „Summe der Ersparnis-

Münchener Hypothekenbank:

Geschäftsentwicklung im Plan

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise beeinträchtigt weiterhin das Marktumfeld für Immobilienfinanzierungen. Die Münchener Hypothekenbank hat deshalb ihre Geschäftsplanung bereits im Herbst vergangenen Jahres den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Vor diesem Hintergrund hat die MünchenerHyp unter Beibehaltung ihrer bewährten Risikostandards im ersten Halbjahr des Jahres 2009 Hypothekendarlehen in Höhe von 0,9 Mrd. Euro zugesagt, nach 1,8 Mrd. Euro im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

„Aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten an den Finanzmärkten und der schwierigen Marktsituation ist nach wie vor ein besonderes Augenmaß und hohes Risikobewusstsein gefordert“, sagte Erich Rödel, Vorstandsvorsitzender der Münchener Hypothekenbank.

Die Bilanzsumme bewegt sich mit 36,2 Mrd. Euro auf dem Niveau des Jahresendes 2008. Die Bestände an Hypotheken und sonstigen Baufinanzierungsdarlehen erhöhten sich um 0,4 Mrd. Euro auf 16,4 Mrd. Euro. Trotz der Finanzmarktkrise entwickelten sich die Erträge weiter stabil. Der Zinsüberschuss erreichte mit 62,4 Mio. Euro das Vorjahresniveau, obwohl die MünchenerHyp wie alle Kreditinstitute mit höheren Refinanzierungsaufschlägen konfrontiert war. Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge beträgt 12,7 Mio. Euro und liegt um 2,4 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Durch die Finanzmarktkrise und die globale Rezession werden sich im zweiten Halbjahr die Rahmenbedingungen an den Immobilienfinanzierungsmärkten voraussichtlich nicht signifikant verbessern. „Wir werden deshalb weiterhin laufend die Chancen und Risiken unseres Geschäftsmodells überprüfen und auf die jeweiligen Marktgegebenheiten abstimmen“, so Erich Rödel. Die MünchenerHyp strebt an, zum Jahresende trotz der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen wieder einen Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau ausweisen zu können. □

Umweltbilanz des Dualen Systems Deutschland:

Lohnenswertes Recycling mit dem Grünen Punkt

Jedes Jahr erstellt die Duales System Deutschland GmbH (DSD) einen Mengenstromnachweis (MSN) über die eingesammelten und verwerteten Verkaufsverpackungen aus dem Gelben Sack und der Gelben Tonne, den Glascontainern und der Altpapiersammlung. Auf der Grundlage des MSN und in Anlehnung an internationale Ökobilanznormen berechnet DSD außerdem eine Umweltbilanz über das Verpackungsrecycling mit dem Grünen Punkt.

Wichtigstes Ergebnis der DSD-Umweltbilanz für das Jahr 2008: Das Verpackungsrecycling mit dem Grünen Punkt spart Energie und Treibhausgas in erheblichem Ausmaß, die von der Duales System Deutschland GmbH erreichten Verwertungsquoten sind auf ein neues Allzeithoch gestiegen.

Vergangenes Jahr hat DSD durch das Recycling von 2,6 Millionen Tonnen gebrauchter Verkaufsverpackungen 59 Milliarden Megajoule an Primärenergie eingespart, wie im Rahmen eines Expertenforum in Berlin zum Thema „Verpackungsrecycling als Motor der Kreislaufwirtschaft – die DSD-Umweltbilanz 2008 und der Cradle-to-Cradle-Ansatz“ verlautete. Diese Energiemenge würde reichen, um 1,9 Millionen Pkw der Kompaktklasse mit einer durchschnittlichen jährlichen Laufleistung von 15.000 Kilometern ein Jahr mit Treibstoff zu versorgen. Gleichzeitig vermied DSD den Ausstoß von 1,4 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalenten – soviel, wie 630.000 der genannten Pkw in einem Jahr erzeugen.

120 Prozent Gesamtverwertung

Wie Stefan Schreiter, Vorsitzender der DSD-Geschäftsführung feststellte, „zeigt das Ergebnis, wie wichtig das Verpackungsrecycling mit dem Grünen Punkt als Rohstoffquelle für die deutsche Wirtschaft und zur Entlastung der Umwelt geworden ist“. „Wir haben im vergangenen Jahr 20 Prozent mehr Verpackungen verwertet, als unsere Kunden angemeldet haben, und damit eine Gesamtverwertung von 120 Prozent erreicht.“ DSD habe die Ausbeute weiter gesteigert, gleichzeitig sei die Lizenzmenge, sprich die von den Kunden angemeldete und bezahlte Menge der Verpackungen, weiter gesunken.

Mitnahmeeffekte

Die neuen Regeln der Verpackungsverordnung konnten laut Schreiter 2008 noch nicht greifen. Das habe zu Mitnahmeeffekten geführt. Die Novelle der Verpackungsverordnung zeige jetzt aber erste Wirkungen. Die Lizenzmenge hat in den ersten Monaten 2009 deutlich zugelegt, die Betreiber dualer Systeme verzeichneten zahlreiche Neuverträge. „Wir haben von Januar bis April dieses Jahres über 4.000 Verträge mit Kunden abgeschlossen, die sich bisher nie um die Entsorgung ihrer Verkaufsverpackungen gekümmert haben. Das lässt mich für den Markt der dualen Systeme optimistisch in die Zukunft sehen“, so der Geschäftsführer.

Die Berechnungen der Energie- und Kohlendioxideinsparungen erfolgen in Anlehnung an international anerkannte Ökobilanznormen. Das ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg hat die Berechnungen in einem Gutachten überprüft und bestätigt. Schon seit 2007 bescheinigt DSD als erster Systembetreiber seinen 500 größten Kunden, wie viel Kohlendioxid sie durch das Recycling ihrer Verpackungen einge-

sem beitragen. „Mit unserer Arbeit tragen wir daher auch zum Erhalt der Artenvielfalt in unseren Ökosystemen bei“, hob Stefan Schreiter hervor.

Konkrete Hinweise

Die Umweltbilanz liefert DSD allerdings nicht nur Ergebnisse zu den Umwelteffekten, sondern auch konkrete Hinweise zur Weiterentwicklung des Verpackungsrecyclings. Ziel ist dabei, die Verpackungswerkstoffe künftig noch länger im Wirtschaftskreislauf zu halten. Diesen Gedanken unterstützt auch der

Cradle-to-Cradle-Ansatz, den Prof. Michael Braungart, Gründer und Wissenschaftlicher Geschäftsführer der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH, präsentierte. Dabei werden Produkte so gestaltet, dass sie mit minimalen Qualitätsverlusten in natürlichen oder technischen Kreisläufen zirkulieren, ohne die Umwelt zu belasten.

Pilotprojekt

Mit ausgewählten Partnern aus dem Bereich Handel, Abfüller und Verpackungshersteller hat DSD das Pilotprojekt „Qualitätsgemeinschaft Verpackungen“ gegründet, um den Ansatz auf Verpackungen anzuwenden. Dadurch kommen Schreiter zufolge sehr genau definierte Materialzusammensetzungen in die Produktion. Dies steigere die Produktsicherheit und ermögliche sogar Kostenvorteile. DK



Jedes Jahr das gleiche Spiel: Die Pegnitz spült Sand und Schlamm in den Wöhrder See in Nürnberg. Der See verlandet langsam, wuchert mit Algen zu und droht dann im Sommer umzukippen. Umweltminister Markus Söder will zur Verbesserung der Wassersituation am Wöhrder See in Nürnberg ein Gutachten in Auftrag geben. Weil der künstliche angelegte Stausee in der Nürnberger Stadtmitte immer flacher wird, soll nun unter anderem ermittelt werden, ob das zufließende Wasser gesiebt werden kann. Unser Bild zeigt den Umweltminister beim Algenmähversuch auf dem See. Bild: wra



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/energiesparsanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 12 15*

* 6 ct pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen können abweichende Preise gelten.

e-on | Bayern

Münchner Abfallwirtschaft:

Bewährtes Konzept seit 20 Jahren

Kommunalreferentin Friderich zog Bilanz:
„Höchste ökologische Standards und hohe Wirtschaftlichkeit“

Der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) hat jetzt seine letzte Deponie in Fröttmaning geschlossen. 1993 wurden bereits die letzten unbehandelten Abfälle zur Deponie Freimann gebracht. Lediglich kleine Mengen mineralischer Abfälle kamen seither noch auf den Berg. Künftig gelangen sie zum Zweckverband Abfallwirtschaft Donauwald (ZAW) in Ostbayern, der über ausreichend Deponievolumen verfügt. Damit hat sich der Müllberg zum Recyclingpark gewandelt.

Im Laufe des nächsten Jahres wird das verbliebene Restvolumen des Müllbergs mit einem Volumen von rund 70.000 Kubikmetern mit Deponiebaumaterial verfüllt und dabei die endgültige Form des Berges modelliert. Danach beginnen die umfangreichen Nachsorgemaßnahmen.

Münchens Kommunalreferentin Gabriele Friderich nahm die Schließung der letzten städtischen Deponie zum Anlass, die Erfolge des Münchner Abfallwirtschaftskonzepts hervorzuheben, dessen Anfänge genau 20 Jahre zurückliegen. „Mit dem Beginn einer systematischen Abfallvermeidung und Abfalltrennung wurde das bisherige Entsorgungssystem in München geradezu revolutioniert“, so Friderich.

Situation in den 80ern

Die Entsorgungssituation war im Verlauf der 80er Jahre immer kritischer geworden und München stand kurz vor einem Entsorgungsnotstand. Damals hinterließen die Münchner rund 1,2 Millionen Tonnen Abfall jährlich und überforderten damit Müllverbrennungsanlagen und Deponien. Mit dem ökologisch ausgerichteten Abfallwirtschaftskonzept kam dann die Kehrtwende: Den Müllbergen wurde der Kampf angesagt. Es gab groß angelegte Kampagnen zur Müllvermeidung, und erste Versuche mit Bio- und Papiertonnen, die schließlich im Drei-Tonnen-System mündeten.

Die flächendeckende Einführung der Papier- und Biotonnen

begann im Jahr 1994 und war im Juli 1999 abgeschlossen. Mit diesem Unterfangen wurde Friderich zufolge damals „absolutes Neuland“ beschritten und die Aufstellung von 225.000 zusätzlichen Behältern sowie die Bereitstellung der gesamten dazu gehörigen Infrastruktur (Personal, Fahrzeug, Fahrzeugtechnik, Verwertungsanlagen) waren ein wahrer Kraftakt. „München war damals die erste Millionenstadt der Welt, die ein derartiges Mülltrennsystem flächendeckend eingerichtet hatte“, hob die Kommunalreferentin hervor.

Stadtbekannte Kampagne

Heute stehen bei den Münchner Haushalten insgesamt mehr als 400.000 Behälter für Restmüll, Papier und Bioabfälle. Dem AWM ist es gelungen, von dem bereits hohen Ausgangsniveau von 1999 die Erfassung von Papier- und Bioabfällen um jeweils weitere 10 Prozent zu steigern. „Einen großen Anteil daran hat unsere stadtbekannteste Kampagne ‚Müll besser Trennen‘, erläuterte Friderich. Allein im vergangenen Jahr konnte die Menge der gesammelten Bioabfälle noch einmal um 2.900 Tonnen und die der Papierabfälle um 3.400 Tonnen erhöht werden. Die Münchner erzeugten im Vergleich zu Berlin 33 kg, sprich 13 Prozent weniger und im Vergleich zu Hamburg 25 kg (10 Prozent) weniger Restmüll pro Kopf und Jahr.

Im Jahr 1999 hatte die Stadt das bewährte ökologische Münchner Abfallwirtschaftskonzept

von 1989 noch einmal komplett überarbeitet und damit die Weichen für die Zukunft der Münchner Abfallwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit gestellt. Bei der Überarbeitung wurden – „für die damalige Zeit ein Novum“ – die Bürger der Landeshauptstadt München eingebunden und die so genannte „End of Pipe“-Sichtweise verlassen. Friderich: „Der ganzheitliche Ansatz der

Stadt dargestellt. Und, wie sich heute im 10-Jahres-Rückblick resümieren lässt, haben wir die Weichen damals richtig gestellt. Die Kernpunkte des neuen Konzeptes liegen in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie.“

Keine Gegensätze

Wie die Referentin abschließend feststellte, sind die Münchner Müllgebühren ein Beleg dafür, „dass Wirtschaftlichkeit, guter Service sowie hohe ökologische Standards keine Gegensätze sind, sondern sich sehr gut vereinbaren lassen“. Seit mehr als 17 Jahren bewegten sich die Gebühren auf stabilem Niveau – mit Trend nach unten.

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

Lebensweganalyse eines Produktes - sozusagen von der Wiege bis zur Bahre - wurde damit erstmals in einem kommunalen Abfallwirtschaftskonzept betrachtet und die konkreten Einwirkungsmöglichkeiten der

Zuletzt habe es sogar zwei Gebührensenkungen in Folge gegeben. Für die Leerung eines 1.100-Liter-Großbehälters müssten die Bürger heute beispielsweise weniger bezahlen als im Jahre 1991. DK

Abfallwirtschaftsbericht 2008 des Landkreises Rosenheim:

Stabile Müllgebühren

Bei einer Sitzung des Ausschusses für Umweltangelegenheiten, Landwirtschaft, räumliche Entwicklung und Naturschutz in Burgkirchen betonte Rosenheims Landrat Josef Neiderhell, dass die seit mittlerweile 15 Jahren stabilen Abfallgebühren auch in den kommenden ein bis zwei Jahren nicht erhöht werden. Er, Neiderhell, hoffe gar auf ein drittes Jahr mit gleich bleibenden Gebühren. Wie der Abfallwirtschaftsbericht 2008 ausweist, liegen die Restmüllgebühren im Landkreis im bayernweiten Vergleich im untersten Fünftel der Gebührenskala.

Im vergangenen Jahr fiel im Landkreis Rosenheim eine Gesamt-Restmüllmenge von knapp 48.600 Tonnen an - gut 600 Tonnen weniger als im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum stieg die Wertstoffmenge um rund 2.000 Tonnen auf 99.000 Tonnen. Dies ergibt eine Recyclingquote von 73 Prozent, ein Prozent mehr als noch 2007 und zudem die bisher höchste Quote überhaupt - aus Neiderhells Sicht ein sehr gutes Ergebnis, wogegen er eine Steigerung von zumindest bis 75 Prozent anstrebt. Um dies zu erreichen, setzt der Landkreisleiter unter anderem auf die Thematisierung der Müllvermeidung an den Schulen. Das Sachgebiet Abfallwirtschaft am Landratsamt werde alle Möglichkeiten der Beratung nutzen, „und die Gemeinden werden auch zukünftig bei ihren Wertstoffhöfen bestmöglich unterstützt“.

Veränderungen beim Altpapier

Die bedeutendsten Veränderungen aus Sicht des Landkreises gab es beim Altpapier. Die an den Altpapiersammelbehältern und Großraumcontainern angefallene Menge sank um 5.000 Tonnen auf aktuell gut 17.000 Tonnen. Der Rückgang um über 20 Prozent ist auf die gewerblichen Sammlungen mittels der „Blauen Tonne“ durch die Firmen Chiemgau Recycling oder Remondis zurückzuführen. Da es sich um gewerbliche Mengen handelt, werden sie im Abfallwirtschaftsbericht nicht berücksichtigt. Im Umweltausschuss wurde aber bekannt, dass die insgesamt gesammelte Menge Altpapier im Vergleich zu 2007 vermutlich um 10 bis 15 Prozent anstieg. Dagegen ist die gesammelte Menge Altglas seit Jahren mit rund 6.500 Tonnen stabil.

Bewährt hat sich im vergangenen Jahr auch wieder die Kompostierung von Grünabfällen wie Häckselgut, Laub und Gras. In den drei Landkreis-Kompostieranlagen wurden mehr als 102.000 Kubikmeter Grünabfälle zu Fertigungskompost verarbeitet. Einschließlich der von privaten Unternehmen verarbeiteten Mengen ergibt

sich für den Landkreis eine Gesamtmenge an Häckselgut sowie Laub und Gras von fast 115.000 Kubikmetern. Ein Großteil des Kompostes wurde im Landschafts- und Gartenbau, im Sportanlagenbau und in Privatgärten eingesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, den Fertigungskompost in 40 bzw. 50 Liter-Säcken und in größeren Mengen lose bei den Kompostieranlagen und zum Teil bei den Wertstoffhöfen zu kaufen. Die Kompostierung im eigenen Garten wird sowohl vom Landkreis als auch von der Stadt Wasserburg gefördert. Beim Kauf eines Kompostbehälters wird die Hälfte des Kaufpreises, maximal jedoch 25 Euro, erstattet. Außerdem gewährt der Landkreis einen Gebührenabschlag von rund zehn Prozent, wenn im eigenen Garten kompostiert wird.

Gelungene Umsetzung

Das 1985 vom Kreistag beschlossene Abfallwirtschaftskonzept sieht unter anderem vor, Abfälle so weit wie möglich zu vermeiden, um die Umwelt zu schonen. Laut Landrat Neiderhell gelingt durch die Unterstützung der Bürger die Umsetzung dieser Leitlinie bis heute. Zwischen 1990 und 2008 reduzierte sich die Menge des Haushaltsabfalls pro Einwohner um fast die Hälfte. Produzierte ein Landkreisbürger 1990 noch fast 390 Kilogramm Haushaltsabfall, waren es 2008 weniger als 195 Kilogramm jährlich. Bei 14-tägiger Leerung kostet eine 80 Liter-Tonne ohne Kompostabschlag im Jahr 144 Euro, mit Kompostabschlag 132 Euro. Zum Vergleich: Im Landkreis Mühldorf sind für die gleiche Leistung 215,40 Euro zu entrichten.

Seit mehr als 50 Jahren organisiert der Landkreis Rosenheim die Abfuhr von Restmüll und Wertstoffen selbst. Die Entwicklung der Abfallgebühren zeigt, dass es ihm gelang, diese Aufgabe unter Beachtung der Betriebsziele Bürgerfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit sowie Ressourcen- und Umweltschutz zu erfüllen. □



Das Denkmal auf dem Judenberg zum Gedenken an den Waldbauern-Doktor Valentin Fröhlich. Text und Bild: fpo

Vor 100 Jahren:

Beginn der Aufwaldung der Langen Meile

1909 wurde in Obergrub die erste Waldbauernvereinigung Frankens gegründet

Ebermannstadt (fpo) - Auf dem Feuerstein bei Ebermannstadt und auf dem Judenberg bei Pretzfeld stehen zwei Denkmäler. Sie sind zwei Brüdern aus Herzogenaurach im Aischgrund gewidmet: Pfarrer Georg Fröhlich und dem Bauernführer und Genossenschaftler Dr. Valentin Fröhlich. Beide hatten sich um die Aufwaldung der Langen Meile in der Fränkischen Schweiz im besonderen und die Förderung des Bauernwaldes in Oberfranken im allgemeinen bahnbrechende Verdienste erworben.

Ein Dritter in diesem geistigen Bunde war ein biederer Schneider namens Johann Ott, der als Erster den Versuch unternommen hatte, wertlose steinige Grundstücke aufzuwalden. Der kluge Mann trachtete danach, seinen kleinen Grundbesitz wertvoller durch Aufwaldung von Ödflächen zu machen, nachdem der Ertrag der Felder immer fraglicher wurde. Die ersten Versuche machte er schon im Jahre 1903. Und weil die Aufwaldung gelang, überredete Ott die Gemeinde Obergrub, ebenfalls gemeindliche Grundstücke aufzupflanzen. Die Initiative des Schneiders animierte Pfarrer Fröhlich, der in Ebermannstadt Kaplan war, auch „unwertes Land“ aufzukaufen.

Die Zeit war reif für die Gründung der ersten Waldbauernvereinigung Oberfrankens - vielleicht auch Bayerns - im Jahre 1909 die WBV Obergrub - später „Lange Meile Nord“ genannt. Die Initiative des Herrnschneiders aus Dürbrunn/Obergrub zeigte dem „Waldfarmer“ Fröhlich an, wohin auch er zu gehen habe, um Leben auf der verkarsteten Lange Meile zu bringen. Kaplan Fröhlich fasste den Entschluss, selbst auf eigene Rechnung die Scherbenäcker und

Ödflächen aufzukaufen und aufzupflanzen. Der Priester schaffte sich 84 Tagewerk - sind 27 Hektar - eigenes Land und baute im Laufe der Jahre 700.000 Waldpflanzen der verschiedensten Gattungen an.

Mit der Zeit wachten auch die Bauern auf. 1926 wurde eine Waldbauernvereinigung loseren Stils gegründet. Es schlossen sich die Gemeinden Ebermannstadt, Breitenbach, Rüssenbach, Niedermirsberg, Poxstall, Neuses, Eschlipp und Drügendorf zusammen. Pfarrer Fröhlich leitete als Gründer und Vorsitzender 21 Jahre die WBV Lange Meile, die etwa 30 Quadratkilometer Fläche umfasste. Bruder Valentin Fröhlich sah seine Aufgabe mehr im politischen Bereich. Er gründete eine Reihe von Waldbesitzervereinigungen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Wiederaufforstung erneut vorangetrieben, so auch auf dem unteren Judenberg bei dem berühmten Kellerwald in Pretzfeld durch den damaligen Bürgermeister Georg Schirmer. Auch der Pflanzgarten Kolmreuth wurde in dieser „neuen Ära“ geschaffen und ist heute der letzte seiner Art in Bayern. □

Kommunale Wirtschaft:

Partner für ein handlungsfähiges Europa

VKU-Positionspapier überreicht

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat den Vertretern des neu gewählten Europaparlaments, der Europäischen Kommission und den kommunalwirtschaftlichen Entscheidungsträgern auf nationaler und europäischer Ebene ein Positionspapier für die neue EU-Legislaturperiode überreicht.

Das Positionspapier „Kommunale Wirtschaft: Infrastrukturpartner für ein handlungsfähiges Europa“ betont die Bedeutung der Kommunalwirtschaft für eine stabile und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und weist auf ordnungspolitische Hemmnisse hin.

„Kommunalwirtschaftliche Unternehmen stehen für eine hochwertige, ressourcenschonende Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, sowie Fern- und Nahwärme. Zudem sorgen sie für eine umweltgerechte Entsorgung von Abwasser und Abfällen. Umfragen unterstreichen, wie zufrieden die Bevölkerung mit der Versorgung durch kommunale Unternehmen ist“, sagt Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Nach dessen Ansicht werden Kommunen und ihre Unternehmen jedoch auf europäischer und nationaler Ebene zunehmend bei der Erbringung ihrer Leistungen behindert. „Europa muss das Engagement der Kommunalwirtschaft in dieser neuen Legislaturperiode konsequent unterstützen, wenn grundlegende Infrastrukturdienstleistungen nicht gefährdet werden sollen“, fordert Reck. Einen Teilerfolg sieht er im Vertrag von Lissabon. Dort wird die kommunale Gestaltungsfreiheit für die Daseinsvorsorge erstmalig im europäischen Primärrecht festgeschrieben. „Der VKU hofft, dass der Vertrag bald von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert wird“, so Reck. □

Schauen, erleben, genießen im Kreislehrgarten

Der Tag der offenen Tür im Kreislehrgarten in Krumbach, seit dem vergangenen Jahr unter dem neuen Motto „Gartentag: Schauen, erleben, genießen“ lockte auch in diesem Jahr wieder tausende Gartenfreunde aus nah und fern.

Dieser Gartentag, der jeweils am dritten Sonntag im Juli stattfindet, ist ein fester Bestandteil der Planungen für alle Gartenfreunde. Als der Vorsitzende des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Hans Joas, den Gartentag im Beisein von Landratsstellvertreter Dr. Josef Langenbach und Krumbachs Bürgermeister Hubert Fischer eröffnete, zeigte sich auch das Wetter von seiner besten Seite. Joas bedankte sich eingangs auch für die mehr als 120 Helfer aus den örtlichen Gartenbauvereinen. Sie sorgten für einen reibungslosen Ablauf des großen Programmes.

Stefan Böhm vom Kreisverband für Vogelschutz mit über 350 Mitgliedern bezeichnete diesen Verband, der bayernweit mehr als 75.000 Mitglieder zählt, als größten Schutzverband dieser Art, dessen Wappentier „Eisvogel“ auch der Vogel des Jahres ist. Josef Strobel, Vorsitzender des Imkervereines Krumbach, stellte nicht die Honiggewinnung der Bienen in den Vordergrund, sondern deren hohe volkswirtschaftliche Bedeutung durch die Bestäubungsleistung, von der wir alle profitieren.

Der Fachberater für Gartenkultur und Landespflege beim Landratsamt Günzburg, Josef Stocker,

informierte über robuste Rosen und Obstsorten. Anni Eschenbach ließ gesunde Clematis „erblühen“. Es war erstaunlich, was die beiden Kreisfachberater Josef Stocker und Peter Paintner alles organisiert hatten, um immer wieder etwas Neues zu bieten. So war der „Pflanzendoktor“ Thomas Schuster vom Gartenbauzentrum Bayern-Süd-West ebenfalls ein Anziehungspunkt wie die Pizzabäckerei. Viele brachten „kranke“ Pflanzen mit und holten sich fachkundigen Rat vom Experten.

„Eines der großen Ziele des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege ist seit mehr als 10 Jahren die Heranführung der Kinder und Jugendlichen an die Natur und den Garten“, so der Kreisvorsitzende Hans Joas. Und das gelang mit großem Erfolg, was auch der große Zulauf an den jeweiligen Aktionen zeigte. Auch die verschiedenen Aussteller trugen zum Gelingen bei. Noch ein Hinweis sei erlaubt: Dieser Kreislehrgarten mit seinen vielen Informationspunkten, dem Lehrbiestand und dem Bauerngarten kann auch für Schulen ein lohnendes Ausflugsziel sein. Er befindet sich unmittelbar bei der Kreisklinik an der Mindelheimer Straße in Krumbach und ist ganzjährig geöffnet. □



Landrat Roland Schwing (l.) und Norbert Berres bei der Vertragsunterzeichnung.

Landkreis Miltenberg:

Umweltfreundliche Energiegewinnung auf Altdeponien

Landrat Roland Schwing und Norbert Berres, Geschäftsführer des Energiezweckverbandes Würth-Erlenbach, haben den Startschuss zur Nutzung von Sonnenenergie auf zwei Altdeponien gegeben. Sie unterzeichneten einen Mietvertrag über die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Altdeponien des Landkreises in Würth und Elsenfeld-Schippach. Die Anlagen sollen im Herbst betriebsbereit sein.

Altdeponien sind für die Nutzung durch Photovoltaik-Anlagen bestens geeignet, da es sich um große Flächen handelt, die auf Jahrzehnte hinaus keiner anderen Nutzung zur Verfügung stehen. Beide Deponien befinden sich nach der Sanierung und Oberflächenabdichtung in der Nachsorgephase. Diese wird solange dauern, bis keine schädlichen Umweltauswirkungen durch Gasaustritte oder das Deponiesickerwasser mehr zu erwarten sind.

Da Eingriffe in die Rekultivierungsschichten nur sehr begrenzt möglich sind, werden die Photovoltaik-Anlagen auf Schwellen aus Beton gegründet. Die Aufständerung erfolgt bis

zu einer Höhe von 3,50 Meter. Bei beiden Projekten kommen monokristalline Zellen mit einer Leistung von 230 Watt zum Einsatz.

Bei der Vertragsunterzeichnung freute sich Landrat Schwing über diesen weiteren großen Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien im Landkreis und auf Landkreisgrundstücken. Nach der Heinrich-Stötzner-Schule in Miltenberg, dem Landratsamt in Miltenberg, dem Kompostwerk in Guggenberg und der Müllumladestation Erlenbach seien nun auch die jahrelangen Bemühungen des Landkreises hinsichtlich der Nutzung der Altdeponien von Erfolg gekrönt.

Altpapier-Urteil:

BDE reicht bei Europäischer Kommission Beschwerde ein

Nach sorgfältiger Prüfung der Begründung des Altpapier-Urteils des Leipziger Bundesverwaltungsgerichtes vom 18.06.2009 hat der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft e.V. bei der Europäischen Kommission Beschwerde eingelegt mit dem Ziel, einen Verstoß der Bundesrepublik Deutschland gegen europäisches Recht festzustellen.

Dieser Verstoß ist nach Auffassung des BDE dadurch gegeben, dass die Handhabung der Pflichten aller Bürger zur Überlassung von Abfällen an die Kommunen in der Auslegung des einschlägigen Paragraphen 13 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (Krw-/AbfG) durch das Bundesverwaltungsgericht ebenso wie eine Gesetzgebung, die sich diese Auslegung zu eigen macht, nicht mit europäischem Recht vereinbar sind.

Aushöhlung des Rechts befürchtet

Der BDE befürchtet, dass in Folge des Leipziger Urteils das in Paragraph 13 verbriefte Recht für Entsorgungsunternehmen, getrennt gesammelte Abfälle aus privaten Haushalten zur Verwertung zu übernehmen, ausgehöhlt wird und künftig praktisch nicht mehr realisierbar ist. Dadurch wäre die europäisch garantierte Freiheit der Berufsausübung und des Warenverkehrs in erheblichem Maße verletzt. Das betrifft insbesondere die Sammlung von in Privathaushalten anfallendem Papier, die private Entsorgungsunternehmen bis heute in vielen Kommunen und Landkreisen durchführen und die Voraussetzung für eine verlässliche, wirtschaftlich vernünftige und öko-

logisch wertvolle Rohstoffwirtschaft ist.

Der BDE sieht als Folge des Urteils und der zu erwartenden künftigen Anwendung die Wettbewerbsfreiheit und den freien Warenverkehr massiv eingeschränkt. Nach Auffassung des Verbandes ist dies ein klarer Verstoß gegen das europäische Gemeinschaftsrecht.

Fatale Folgen

BDE-Hauptgeschäftsführer Matthias Raith: „Ohne Eingreifen der EU-Kommission steht zu befürchten, dass die Bundesregierung die Wertungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes in kurzfristig anstehende Gesetze übernimmt, zum Beispiel die durch die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht erforderliche Neuregelung des Krw-/AbfG. Das hätte fatale Folgen für eine marktgerechte, qualitativ hochstehende Rohstoffversorgung der Industrie und kann daher nicht hingenommen werden.“

Der BDE begrüßt es ausdrücklich, dass auch andere Verbände, die sich im Bereich der Recycling- und Rohstoffwirtschaft engagieren, ähnliche Beschwerden bei der EU-Kommission eingelegt haben oder dies beabsichtigen.



Peter Rudel, Geschäftsführer der Firma Janker, erklärt den Vertretern des Landkreises Bamberg die Funktionsweise des Testfahrzeuges.

Entsorger testet Hybridmüllfahrzeug

Müllfahrzeuge legen von Mülltonne zu Mülltonne kurze Wege zurück. Das bedeutet ein ständiges Anfahren und Bremsen mit hohem Kraftstoffverbrauch. Die in Zukunft wohl wieder steigenden Kraftstoffpreise sowie die Notwendigkeit wirksamer Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, erfordern neue Wege und Innovationen.

Deshalb hat der Entsorgungspartner des Landkreises Bamberg, die Fa. Janker Entsorgung GmbH aus Strullendorf ein hochmodernes Sammelfahrzeug getestet, das neben einem gewöhnlichen Dieselmotor mit einem hydraulisch-mechanischen Parallel-Hybridantrieb ausgestattet ist. Entwickelt wurde diese Technik von der Firma Haller Umweltsysteme in Zusammenarbeit mit der Bosch-Rexroth-Gruppe.

Nach Angaben des Herstellers lassen sich laut Peter Rudel, Geschäftsführer der Firma Janker, der den Verantwortlichen für die Abfallwirtschaft des Landkreises Bamberg das Fahrzeug auf dem Betriebshof in Strullendorf vorstellte, bis zu 25 % des Kraftstoffverbrauchs reduzieren. Damit vermindere sich auch der CO₂-Ausstoß in entsprechender Höhe.

Eine erste Auswertung der Testfahrten zeigte, dass tatsächlich beachtenswerte Einsparungen beim Verbrauch möglich sind. Allerdings kann das volle Potential erst in einem längeren Betrieb der Fahrzeuge ausgeschöpft werden, da die Erfahrung und der Umgang der Fahrer mit der neuen Technik eine entscheidende Rolle spielen.

Das getestete Fahrzeug ist nicht die einzige Hybridechnologie auf dem Markt. Daher wird der Entsorger in den nächsten Monaten auch Fahrzeuge von anderen Herstellern testen, die neben einem Diesel- mit einem Elektromotor ausgestattet sind. Zusätzlich zur Einsparung von Kraftstoff verspricht diese Kombination einen weiteren Vorteil: Die Müllfahrzeuge sollen deutlich leiser sein.

Ob gesundheitliche Risiken oder juristische Sachverhalte – beim Ausbau von Mobilfunknetzen müssen Gemeinden oftmals Fragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern beantworten.

Nutzen Sie das kostenlose Internetportal www.mobilfunk-baukasten.de, um das Informationsangebot Ihrer Gemeinde zum Thema Mobilfunk kosteneffizient, modern und bürgernah auszubauen. Der Mobilfunk-Baukasten ist ein modular aufgebautes Informationsangebot zu den Themen Technik, Politik und Vorsorge sowie Gesundheit und Umwelt. Die einzelnen Module lassen sich problemlos herunterladen und in den eigenen Internetauftritt Ihrer Gemeinde einfügen. So finden Bürgerinnen und Bürger Hintergrundinformationen, Bilder und Grafiken rund um das Thema Mobilfunk auf der Internetseite ihrer Gemeinde.

Der Mobilfunk-Baukasten ist ein Serviceangebot des Informationszentrums Mobilfunk e.V. (IZMF). Mitarbeiter von Gemeinden können sich zur Nutzung des kostenfreien Portals unter www.mobilfunk-baukasten.de anmelden.



MOBILFUNK BAUKASTEN

Bürgernah informieren mit dem Mobilfunk-Baukasten

VDV-Jahrestagung in Rostock:

ÖPNV-Mittel aufstocken!

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat auf seiner Jahrestagung in Rostock auf die chronische Unterfinanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs hingewiesen. „Mit Blick auf den Klimawandel und die Ressourcenknappheit wollen und müssen wir die vorhandenen Standards erhalten und effizient weiterentwickeln“, hob VDV-Präsident Günter Elste hervor. Aus diesem Grund hätten der Deutsche Städtetag, 13 Länder und der VDV gemeinsam eine - in Deutschland einmalige - Studie zum „Finanzierungsbedarf des ÖPNV bis 2025“ in Auftrag gegeben.

Wie Elste betonte, seien die Erneuerungsinvestitionen der Fahrwege und Bahnhöfe der U-Bahnen, Stadt- und Straßenbahnen ein „Riesenproblem“. Viele Anlagen entstanden in den 60er und 70er Jahren und müssten dringend erneuert werden. Dafür benötigen die Aufgabenträger und Infrastrukturbetreiber jährlich 330 Millionen Euro. Bis jetzt sei bereits ein Nachholbedarf von insgesamt 2,4 Milliarden Euro aufgelaufen.

Für Investitionen in den Aus- und Neubau steige der Bedarf von 1,65 Milliarden Euro im Jahr 2007 nominal auf 2,03 Milliarden Euro im Jahr 2025. Dazu kämen 80 Millionen Euro im Jahr für die Fahrwege der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV). „Für den Betrieb steigt der Bedarf im ÖPNV von 8,58 Milliarden Euro im Jahr 2007 um real 6,8 Prozent auf 9,16 Milliarden Euro im Jahr 2025“, so der Präsident. Er forderte daher, „für die notwendigen Erneuerungsinvestitionen dringend eine Lösung zu finden“. Außerdem sei es „höchste Eisenbahn“, dass Entscheidungen über die Nachfolgeregelungen zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und zum Entflechtungsgesetz getroffen werden,

mit denen Neu- und Ausbaumaßnahmen mitfinanziert werden. Denn nach der gegenwärtigen Rechtslage ende die Zweckbindung dieser Mittel für den Verkehr 2013 „und ab 2019 werden die Gelder ganz wegfallen“.

Mit Blick auf den Betrieb forderte Elste: „Bei den Regionalisierungsmitteln ergibt sich bei vorsichtiger Einschätzung einer wahrscheinlichen Entwicklung der Mittel bis 2015 eine Finanzierungslücke von 1,1 Milliarden Euro. Bis 2025 sind es sogar 2,4 Milliarden Euro. Nach der Bundestagswahl darf keine Kürzung der Mittel wie nach der letzten Wahl stattfinden.“

Wichtiger Standortfaktor

Elste betonte, dass der Öffentliche Verkehr ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sei: „Ohne den Öffentlichen Verkehr stünde Deutschland vielerorts still: 28 Millionen Fahrgäste nutzen jeden Tag den ÖPNV. Sie ersparen Deutschland damit über 18 Millionen Autofahrten. Und die auf der Schiene beförderten 650 Millionen Tonnen Güter würden die Straßen jährlich mit einer LKW-Schlange von 1,3 Millionen Kilometern belasten.“ Die Studie habe außerdem ergeben, dass

über 500.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt vom Öffentlichen Personennahverkehr und Schienengüterverkehr abhängen. „Das sind lokal gebundene Arbeitsplätze, die sich nicht mal schnell ins Ausland verlagern lassen. Während die Automobilindustrie sich ihre Zahlen gerade um die Ohren hauen lassen muss, sind unsere Zahlen aktuell und seriös errechnet worden“, sagte der Präsident. Der Öffentliche Verkehr spare Deutschland darüber hinaus im Jahr 15 Millionen Tonnen CO₂ - so viel wie die Stadt Hamburg im Jahr emittiere.

Wie VDV-Vizepräsident Dr. Eberhard Christ erläuterte, habe die Bundesregierung das Ziel ausgegeben, dass Deutschland weltweit zum Leitmarkt für Elektromobilität werden soll. Der ÖPNV mit Linienbussen sei auf diesem Weg ein idealer Partner. Linienbusse wiesen bereits heute im Vergleich zum Motorisierten Individualverkehr (MIV) konkurrenzlos niedrige spezifische lokale und globale Emissionen sowie einen geringen Energieverbrauch auf. „Darauf ruhen wir uns aber nicht aus“, erklärte Christ. Da der VDV und seine Mitgliedsunternehmen sich ständig verpflichtet fühlen, das exzellente Umweltverhalten der Linienbusflotte noch weiter zu verbessern, verfolge der VDV unter dem langfristigen Leitziel „Weg von fossilen Treibstoffen“ das zweistufige Modell „Runter mit dem Verbrauch“ und „Auf dem Weg zur Nullemission“.

Der Hybridbus, so Christ, müsse zum Standard in der VDV-Flotte werden. Mit der Umset-

zung dieses Ziels könne allerdings erst begonnen werden, wenn die Hybridbusse serienreif sind. „Im Jahr 2015 sollte es soweit sein“, meinte der Vizepräsident. Auf dem Weg zur Nullemission wiederum sei der Einsatz von Biokraftstoffen der zweiten Generation - insbesondere in Kombination mit Hybridantrieben - viel versprechend. Dabei gehe es vor allem um synthetischen Dieselmotoren aus Biomasse und regenerativen Wasserstoff in Brennstoffzellen oder Wasserstoff-Ottomotoren. Ebenso viel versprechend seien batterieelektrische und Trolleybus-Antriebe mit regenerativem Strom.

Effizienzsteigerungen

Elektrisch erzeugte Mobilität auf Schienen hat laut Herbert König, ebenfalls VDV-Vizepräsident, gerade in den letzten Jahren eine enorme Entwicklung genommen - nicht nur hinsichtlich des erlebten Komforts für die Kunden und deren Nachfrage, sondern auch hinsichtlich der Technik und ihrer Effizienz. So sei die Rückspeisung von Bremsenergie ins Netz heute Standard bei modernen Schienenfahrzeugen. Im Nahverkehr mit seinen vielen Brems- und Beschleunigungsvorgängen habe dies hohe Relevanz. Hinzu kamen die Effizienz steigernden Wirkungen von Fahrzeugleichtbau, moderner Steuerungstechnik und Optimierung der Fahrstromnetze - siehe Münchner U-Bahn.

Elektromobilität in den Städten ist König zufolge nicht nur mit künftigen Batterieautos möglich, sondern ungleich Platz sparer bei deutlich höherer Energieeffizienz mit Straßen-, Stadt- und U-Bahnen. Bei den Antriebs- und Energiespeichersystemen sei ein „Zusammenwachsen“ der Schienenverkehrsmittel mit modernen Linienbussen - Stichwort „Hybridtechnik - unübersehbar. Damit könnten aber auch wichtige Antriebskomponenten, wie z. B. Fahrmotoren, Stromrichter oder Energiespeicher wegen steigender Stückzahlen deutlich kostengünstiger werden, Synergien zwischen Bus und Schiene bei der Wartung entstehen und so die Wirtschaftlichkeit moderner Nahverkehrssysteme weiter verbessert werden.

Nach Auffassung von Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung,

die sich mit den wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes und der nachhaltigen Mobilität befassen, bietet die Umstrukturierung der Weltwirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten eine der größten Investitionsmöglichkeiten aller Zeiten. Die ökonomischen Potentiale des Klimaschutzes seien riesig.

Zukunftsmärkte

Fakt sei, dass „wir dringend eine CO₂-freie, sichere und bezahlbare Energieversorgung benötigen“. Es gelte, die Energieknappheit zu antizipieren und die Krise als Chance zu begreifen. Die Unternehmen, die heute in die Zukunftsmärkte investieren, hätten langfristig die Nase vorn, prognostizierte Kemfert.

Elektromobilität und Erneuerbare Energien bezeichnete die Wissenschaftlerin in diesem Zusammenhang als „Traumpaar“. Statt eine „volkswirtschaftlich ineffiziente“ Abwrackprämie zu zahlen, sei es sinnvoller, in einen „Innovations-Mobilitäts-Fonds“ zu investieren, der die Aufgabe habe, gezielt die Markteinführung innovativer Technologien zu fördern.

VDV-Hauptgeschäftsführerin

Elektromobilität in Freising:

Parkplatznot lösen

OB Thalhammer: „Alternative im Auge behalten“

In Sachen Umweltschutz soll die Domstadt Freising fortschrittlicher werden. Daher hat der Verein „Sonnenkraft Freising“ der Stadt vorgeschlagen, auf dem Park+Ride-Parkplatz am Bahnhof gesonderte Stellplätze inklusive Aufladestationen für Elektromobile zur Verfügung zu stellen.

„Es ist geplant, schrittweise viele Bürger, die täglich auf dem Park & Ride-Parkplatz ihr Auto abstellen, um mit der Bahn nach München zu gelangen, für einen Umstieg auf ein Elektro-Fahrzeug zu gewinnen“, erklärte Dr. Andreas Horn, Vorsitzender Sonnenkraft Freising e. V., im Beisein von u. a. Freising's Oberbürgermeister Dieter Thalhammer sowie Andreas Voigt von den Stadtwerken.

Drei Viertel aller Nutzer legen zwischen ihrer Wohnung und dem Park & Ride-Parkplatz weniger als 20 Kilometer zurück.

Dr. Claudia Langowsky wies abschließend auf drei aktuelle Herausforderungen des Verbandes hin. Da der Wettbewerb in der Branche das Verhältnis der Beteiligten zueinander verändert habe, müsse zunächst immer wieder hinterfragt und darauf geachtet werden, „dass wir strukturell richtig aufgestellt sind“. Zweitens gehe es um den zunehmenden Verteilungskampf um öffentliche Gelder. Nach einem „Feuerwerk der Konjunkturpakete und Rettungsschirme für Unternehmen“ sei die Katerstimmung vorhersehbar. Auf Bund, Länder und Gemeinden kämen in diesem Jahr drastische Steuerausfälle zu. „Hier müssen wir stark aufgestellt sein, damit es nicht wieder zu so katastrophalen Kürzungen kommt wie nach der letzten Bundestagswahl bei den Regionalisierungsmitteln“, forderte Langowsky. Drittens verwies sie auf die „ungebremste Regulierungswut“ in Brüssel. Zu begrüßen sei ein einheitlicher europäischer Verkehrsraum „und wir gestalten diesen auch aktiv mit, aber wir müssen unsere regional funktionierenden Systeme verteidigen und Überbürokratisierung vermeiden“, machte die Hauptgeschäftsführerin deutlich. **DK**

Pkw-Maut bald im gesamten Straßennetz

Kosten für Mobilität explodieren bis 2030

Das gesamte Verkehrsnetz steht in den kommenden Jahren vor einem grundlegenden Umbruch. Das Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ) geht etwa davon aus, dass Pkw-Besitzer künftig mit einer Maut auf allen außerstädtischen Straßen rechnen müssen.

Demnach sollen alle überörtlichen Straßen in Bundesbesitz mit einer Mautpflicht belegt werden. „Langfristig führt daran kein Weg vorbei“, meint Frank Hunsicker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am InnoZ. In Sachen Mobilität ist dem InnoZ zufolge bis 2030 zudem ohnehin von einer Kostenexplosion auszugehen, die stärker ausfallen werde als der Anstieg der Lebenshaltungskosten insgesamt. Gründe dafür würden der demografische Wandel, ein auf 250 Dollar pro Barrel anschwelender Ölpreis sowie wachsende Staatsschulden liefern.

Unaufhaltsamer Wandel

Bis 2030 wird die Umstellung von der öffentlichen zur Nutzerfinanzierung in Deutschland weitgehend abgeschlossen sein, argumentiert das InnoZ. „Selbst der wahrscheinlich steigende Anteil von Elektroautos wird an den Kostenstrukturen im motorisierten Individualverkehr nicht

ändern“, schreiben die Experten.

Auf die Herausforderungen, die auf die deutsche Verkehrsinfrastruktur zukommen, soll insbesondere das Schienennetz noch nicht ausreichend vorbereitet sein. Dem InnoZ zufolge wird das Verkehrsaufkommen anders als in städtischen Metropolen stark schrumpfen. Die Bahn-Infrastruktur müsse seitens der Politik jedoch an die demografischen Änderungen angepasst werden. Insgesamt gehe das motorisierte Verkehrsaufkommen inklusive Zug um knapp vier Prozent zurück, wobei besonders der Schienenverkehr in „dünn besiedelten Regionen mit schrumpfender Wirtschaftskraft“ um bis zu 25 Prozent abnehmen werde. In städtischen Regionen führe die Konzentration hingegen zu einem Anstieg von teilweise über 25 Prozent. Gegenüber der Straße gewinne die Bahn in den kommenden 20 Jahren deutlich an Marktanteilen und etabliere sich als „das Verkehrsmittel der Zukunft“. **DK**

Dies ergab eine Umfrage, die im Juni 2008 von der FH Weihenstephan durchgeführt wurde. 20 Kilometer lassen sich problemlos auch mit einem kleinen Elektroauto zurücklegen.

Dass die Vorteile eines solchen Umstiegs sehr vielfältig sind, zeigten Vertreter der „Sonnenkraft Freising“ auf: Die Stadt Freising könne mehr Bürgern einen Parkplatz bieten, ohne die Parkflächen kostspielig erweitern zu müssen. Denn kleine Elektroautos benötigten deutlich weniger Parkplatz. Die Bürger, die sich für den Umstieg entscheiden, fahren staub- und abgasfrei (ohne CO₂-Emissionen) und absolut leise. Schon 20 qm Photovoltaik oder 1/200stel Windrad reichten für 20.000 km Fahrspaß im Jahr - ein deutlicher Gewinn für die Umwelt.

Andreas Henze, Leiter der Arbeitsgruppe Elektromobilität des Vereins sagte: „Privatpersonen sparen durch einen Umstieg auf Elektroautos sehr viel Geld.“ Die Spritkosten entsprächen nur einem Zehntel gegenüber denen eines herkömmlich betriebenen Fahrzeuges. Die Energiekosten auf 100 Kilometer betrügen je nach Fahrzeugtyp 1 bis 3 Euro.

Beitrag zum Umweltschutz

Mit neuen Lithium-Ionen-Akkus würden jetzt auch bei Elektrofahrzeugen hohe Reichweiten möglich. Elektromotoren benötigten keine Abgassonderuntersuchung. Auch der Ölwechsel, das Kühlwasser, der Auspuff, die Motoreinstellung und viele andere Wartungsarbeiten entfielen. Kleine und leichte Elektromotoren sowie neuartige und sichere Tragkonstruktionen verringerten das Fahrzeuggewicht. Hohe Beschleunigungen könnten wegen des geringeren Gewichts sowie der extrem leistungsstarken Elektromotoren erreicht werden. Die ersten fünf Jahre sind steuerfrei, danach werden jährlich Steuern ab zehn Euro erhoben.

OB Thalhammer begrüßte den Vorschlag und lobte besonders den Beitrag zum Umweltschutz. Jedoch räumte er ein, dass die Umsetzung kaum innerhalb des kommenden Jahres erfolgen könne. Bevor das Stadtoberhaupt höchstpersönlich in einem der Elektro-Flitzer Platz nahm, versprach er: „Wir werden diese Alternative im Auge behalten.“ **DK**

WERDEN SIE KLIMASCHÜTZER.
STEIGEN SIE EIN.



28 Mio. haben den Einstieg in die Zukunft schon gefunden.

Engagierter Umweltschützer zu sein, ist entspannter, als Sie vielleicht denken. Steigen Sie morgens in ein modernes Fahrzeug mit Chauffeur. Und schon haben Sie eine Menge CO₂, Kraftstoff und Lärm gespart. Womit man wieder sieht: Ob günstig, sicher oder umweltfreundlich - was immer Sie bewegt, mit Bussen und Bahnen fahren Sie richtig.



Damit Deutschland mobil bleibt
Bussen & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de. Eine Kampagne des VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.).

Winterdienst am Flughafen London-Gatwick:

Gute Erfahrungen mit Unimog

Lange und schneereiche Winter sind in England eher die Ausnahme. Wenn der Winter mit Schnee und Eis dann aber doch überraschend wie im Februar 2009 erscheint, sind die Sorgenfalten der Verantwortlichen für die öffentlichen Verkehrsverhältnisse umso größer. Nicht so bei David Charman, zuständig für die Flugsicherheit in London-Gatwick. Seit fünf Jahren hat er mehrere Mercedes-Benz Unimog in seinem Fuhrpark, und auch im Februar konnte er sich beim Kampf gegen Eis und Schnee auf seine Unimog verlassen.

Nicht zuletzt diese Erfahrung erleichterte ihm die Entscheidung, die Winterdienstflotte nun komplett auf Mercedes-Benz Unimog umzustellen. Die ersten beiden von insgesamt sechs weiteren Unimog U 500 wurden jetzt an den Flughafen London-Gatwick übergeben. Außer in Gatwick setzt die British Airport Authority (BAA) den Unimog U 500 auch an den Flughäfen Heathrow (zehn Fahrzeuge), Edinburgh (acht) und Aberdeen (sechs Fahrzeuge) als flexiblen Geräteträger für vielerlei Aufgaben ein.

Hohe Zuverlässigkeit

„In der Hauptsaison haben wir hier in Gatwick bis zu 60 Starts und Landungen in der Stunde und bis zu 1.000 Bewegungen am Tag“, erläutert Charman. „Verzögerungen oder gar Ausfälle von Flügen aufgrund von verschneiten oder vereisten Start- und Landebahnen erzeugen hohe Kosten und vor allem unzufriedene Kunden. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns auf unsere Winterdienst-Fahrzeuge voll verlassen können“.

Ausgerüstet mit einem Schneepflug und einer Anhängere-

kehrmaschine sorgen die Unimog in gestaffelter Formationsfahrt dafür, dass die Start- und Landebahn in kürzester Zeit vom Schnee befreit und wieder für den Flugverkehr freigegeben werden kann. David Charman ergänzt: „Gatwick war der einzige Flughafen im Süden Englands, der ohne Schließung durch diesen Winter kam, und dies haben wir nicht zuletzt unseren Unimog zu verdanken.“ Weitere Geräte für den Unimog sind z.B. eine Schneefräse, eine Sprühanlage für die Startbahn-Enteisung und ein Ladekran für Arbeiten an der Infrastruktur.

Kommunaler Bedarf

Doch nicht nur auf dem Flughafen besteht Bedarf nach einem zuverlässigen Winterdienst. Auch in den Kommunen ist es im bevorstehenden Winter wichtig, dass der Dienst schnell und zuverlässig funktioniert und die wichtigsten Strecken für den Verkehr freigehalten werden können. Sei es die Schneefräse, ein Winterstreuauflager oder Kehrmaschinen. Für alle denkbaren Anwendungsgebiete hat Unimog die passenden Fahrzeugversionen und Geräteträger.



Ein Schneepflug und eine Anhängerekehrmaschine, montiert auf einem Mercedes-Benz Unimog 500, sorgen für eine freie Start- und Landebahn am Flughafen London-Gatwick.



Der Mercedes-Benz-Gelenkbus Citaro G BlueTec Hybrid.

Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid:

Förderprogramm Elektromobilität

Daimler Buses erhält vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) eine Förderung für die Entwicklung, Erprobung und den Testeinsatz einer ersten Kleinflotte von Dieselhybrid-Stadtbussen mit Elektro-Fahrfähigkeit. Das Ministerium hat hierzu gestern eine Absichtserklärung unterzeichnet.

Das BMVBS hat acht Modellregionen für künftige Pilotprojekte des Förderprogramms „Modellregionen Elektromobilität“ ausgerufen. Das mit 115 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II ausgestattete Förderprogramm stellt gezielt Finanzmittel für die Erprobung und beschleunigte Marktvorbereitung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen bis zum Jahr 2011 zur Verfügung.

Durch das Förderprogramm Elektromobilität kann der Mercedes-Benz Gelenkbus Citaro G BlueTec Hybrid weiterentwickelt und getestet werden. Wartungsfreundlichkeit, Kosten und technischer Reifegrad der innovativen Antriebstechnologie für den Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid ist das einzige derzeit in der Öffentlichkeit vorgestellte Konzept bei Omnibussen, das in der Lage ist, mehrere Kilometer rein elektrisch zu fahren. Hartmut Schick, Leiter Daimler Buses: „Damit leistet der Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid einen wichtigen Beitrag zur Realisierung von Elektromobilität in Deutschland. Mit dieser Initiative wollen wir die Technologieführerschaft im Omnibusbereich weiter ausbauen“.

Im kommenden Jahr wird Daimler Buses rund 30 Citaro G BlueTec-Hybridbusse in ausgewählten Modellregionen im Alltagsbetrieb testen. Anhand unterschiedlicher Topografien und Geschwindigkeitsprofile sollen die Hybridbusse ihre Praxistauglichkeit unter Beweis stellen. Bereits im März dieses Jahres haben 250

Experten aus europäischen Verkehrsbetrieben erstmals den Mercedes-Benz Gelenkbus Citaro G BlueTec Hybrid im Fahrbetrieb live erlebt. Sie lobten bei dem 18 Meter langen Hybrid-Stadtbuss das völlig abgasfreie Fahren auf Teilstrecken, den leisen und praktisch ruckfreien Antrieb, das einzigartige Fahrzeugkonzept mit vier elektrischen Radnabenmotoren sowie die weltweit größte Lithium-Ionen-Batterie im Fahrzeug-Einsatz. Diese Batterie speichert die Energie aus dem Diesele-generator und die beim Bremsen zurückgewonnene elektrische Energie. Der Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid reduziert somit den ohnehin schon niedrigen Dieselverbrauch um 20 bis 30 Prozent und im gleichen Maß den CO₂-Ausstoß und leistet einen wichtigen Beitrag zur Realisierung von Elektromobilität in Deutschland.

Bewässerungssystem verringert Aufwand:

Pilotprojekt in Freilassing

Die regelmäßige Bewässerung von bepflanzten Verkehrsinseln und Ampelanlagen sowie von Blumentrögen in Fußgängerzonen ist für die Kommunen - besonders bei längeren Trockenperioden - mit einem nicht unerheblichen Aufwand und einem entsprechend hohen Wasserverbrauch verbunden. Jochen Dutschmann aus Freilassing und Albert Neumayer aus Bad Reichenhall haben ein Bewässerungssystem erfunden, das die Kommunen entlastet und zudem wesentlich dazu beiträgt, die Bepflanzungen möglichst lange zu erhalten und ein schönes Erscheinungsbild zu gewährleisten. In der Freilassing Fußgängerzone wird derzeit ein Pilotprojekt durchgeführt.

Das auf den Namen G-easy als Marke eingetragene System besteht aus einer Depotwanne mit einem Fassungsvermögen von ca. 15 l, einer Abdeckung und einem Einfüllrohr. Es ist unbedienbar, bruchfest und frostsicher. Der Einbau ist unkompliziert. Zu sehen ist nur noch das Einfüllrohr zum Befüllen der „unterirdischen Wannen“.

In der Abdeckung befinden sich mit Erde gefüllte grabenartige Vertiefungen. Diese sind in das Wasser der Depotwanne „eingetaucht“. Die Erde in den Vertiefungen saugt das Wasser an und versorgt so die darüberliegende Erde mit der notwendigen Feuchtigkeit. Über die Durchlasslöcher im Deckel kann Regenwasser in die Wanne abfließen. Auf diese Weise füllt sich die Depotwanne sozusagen von selbst wieder auf. Auch Pflanzendünger wird durch die Öffnungen in der Wanne aufgefangen. Wenn der „natürliche Wasservorrat“ nicht ausreicht - bei längeren Trockenperioden z.B. - wird die Wanne mit einer Gießkanne über das Einfüllrohr nachgefüllt. Das System ist zudem so konstruiert, dass die Wanne ständig „belüftet“ ist, wodurch sich weder Algen noch Schimmel bilden können.

G-easy hat eine Reihe von Vorteilen für die Kommunen, für die Bepflanzungen sowie für die Umwelt. Der Aufwand für die Kommunen wird quantitativ geringer, weil weniger oft bewässert wer-

den muss, denn durch die verlängerten Gießintervalle können auch längere Trockenperioden überbrückt werden. Außerdem trägt das System dazu bei, den Personaleinsatz speziell an Wochenenden zu vereinfachen sowie den Wasserverbrauch zu reduzieren. Beides führt letztendlich auch zu einer Entlastung der Kosten.

Wasserverbrauch sinkt

Auf die Pflanzen wirkt sich das System insofern positiv aus, als sich diese - der Natur entsprechend - von unten über die Wurzeln selbst mit der notwendigen Feuchtigkeit versorgen. Dadurch werden die üblichen, mit dem „Gießen von oben“ verbundenen Risiken ausgeschlossen, wie z.B. Kälteschock durch zu kaltes Wasser oder mögliche Verbrennungen.

Auch die Umwelt hat etwas davon: Pflanzendünger wird in der Wanne des Systems aufgefangen und nicht in den Boden weggeschwemmt. Der Verbrauch von wertvollem Trinkwasser wird deutlich geringer, zum einen, weil weniger oft bewässert werden muss, zum anderen, weil das Regenwasser genutzt wird. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit hat im übrigen den Wasserspareffekt des Systems anerkannt und zudem erklärt, dass gegen den Einbau keine Bedenken bestehen.

In Freilassing findet seit Mai 2009 ein Pilotprojekt statt. Ziel dieses Pilotprojektes ist es, die positiven Wirkungen des Systems, wie Verringerung des Bewässerungsaufwandes sowie Wassersparnis, zu testen. Zu diesem Zweck wurden in Anwesenheit von Bürgermeister Josef Flatscher sowie von weiteren Vertretern der Stadt in der Fußgängerzone Blumenträge mit dem Bewässerungssystem ausgestattet. Den Einbau nahm der Freilassing Stadtgärtner selbst vor.

G-easy eignet sich nicht nur für bepflanzte Verkehrsinseln, Ampelanlagen und Blumenträge in Fußgängerzonen sondern auch für den eigenen Garten sowie für Grabstätten.

Weitere Informationen im Internet: www.g-easy.de



Das G-easy Bewässerungssystem hilft Kommunen dabei, Personal- und Wasserkosten zu sparen.



Man muss nicht groß sein, um Großes zu leisten.

Der Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, leistungsstark und äußerst wendig: Mit nur 2,70 m Radstand und 12,60 m Wendekreis ist der Unimog U 20 wie geschaffen, um im kommunalen Einsatz Großes zu bewegen. Ladekran und Kipppritsche machen ihn zur eigenständigen Transportlösung. Selbst mit 18-t-Anhängern sind Sie mit bis zu 90 km/h am Einsatzort. Dank schnell wechselbaren Anbaugeräten ist der U 20 ganzjährig ausgelastet und somit hoch wirtschaftlich. Jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

Den Unimog live erleben! Besuchen Sie die Henne-Unimog Leistungsschau, 30. September - 2. Oktober 2009 in 85551 Heimstetten.

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit

Landkreis Donau-Ries lud Bürgermeister zum Workshop
Dokumentation liegt nun vor

Angesichts des Bevölkerungswandels gewinnt die Familienfreundlichkeit von Städten und Gemeinden immer mehr an Bedeutung. Der Grund dafür ist einfach: Überall dort, wo junge Menschen sich in einer Gemeinde ansiedeln, fördert das die Entwicklung der Gemeinde. Je besser das Zusammenleben in den Familien gelingt, desto problemloser und erfolgreicher gestaltet sich das gesellschaftliche Miteinander, davon profitieren Alle! Um die Gemeinden dabei zu unterstützen, ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit weiterzuentwickeln, hatte der Landkreis Donau-Ries Bürgermeister und Gemeinderäte in das Schloss Reimlingen eingeladen.

Die „Umsetzung von familienfreundlichen Projekten in kleinen Kommunen“ war das Thema des ersten Bürgermeister-Workshops „Familienfreundliche Kommune“ im Landkreis Donau-Ries. Durchgeführt wurde die Veranstaltung am 6. Mai 2009 in Kooperation mit der Familienforschung Baden-Württemberg, der Anstoß dazu kam aus einer Arbeitsgruppe des Lokalen

Bündnisses für Familie Donau-Ries. Rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich für den Bürgermeister-Workshop angemeldet, um zum Erfahrungsaustausch zusammenzukommen und ihre aktuellen Projektvorhaben zur Familienfreundlichkeit gemeinsam voranzubringen.

Landrat würdigt Engagement

Landrat Stefan Rößle würdigte das Engagement der Gemeinden und Städte in seinem Grußwort. „Die Bedeutung der Kommunen für die Förderung der Familien kann aus meiner Sicht gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Kommunen sind der ideale Partner für Familien“, so Rößle.

Im Mittelpunkt des Bürgermeister-Workshops stand der Erfahrungsaustausch unter Kollegen. Bürgermeister Jörg Albrecht berichtete, wie seine kleine Gemeinde Mauer (3.950 Einwohner) mit Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen zahlreiche Projekte zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit auf den Weg gebracht hat (Betreuung für unter 3-Jährige, Ferienbetreuung, Her-

stellung eines Beach-Volleyballfeldes). „Es muss nicht immer Geld kosten!“ betonte Albrecht, „oft reichen auch Engagement und eine gute Idee“. Als Beispiel dafür nannte er den „Walking Bus“ in Mauer, eine innovative Variante der Schulwegbegleitung.

Weitere Bürgermeister berichteten im Anschluss von ihren Aktivitäten und Projekten: Frank Menikheim hat in seiner Gemeinde Ikersheim ein Bürgernetzwerk aufgebaut, das innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Maßnahmen entwickelt und umgesetzt hat, dazu gehören u.a. ein Familien-Wegweiser, eine Notfall-Hotline und ein Tausch-Ring. „Wir sind sehr zuversichtlich, dass Nachhaltigkeit und Kontinuität des bürgerschaftlichen Engagements durch die geschaffenen Strukturen gegeben sind und sich dieses als dauerhaftes Element der Gemeindeentwicklung etabliert“, bilanzierte Menikheim. Wie man das Thema „Alt werden in der Gemeinde“ anpacken kann, stellte Karl-Heinz Stippler am Beispiel von Deiningen dar. Dort wurde in den letzten Jahren ein modellhaftes Altenhilfekonzept erstellt. „Viele kleine Verbesserungen machen unsere Gemeinde bereits seniorenfreundlicher“, meinte Stippler. „Wir wollen aber noch viele weitere Schritte auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit zurücklegen.“

Am Nachmittag wurden dann einzelne Projektvorhaben in Arbeitsgruppen intensiver besprochen und modellhaft geplant. Im



Aufbruchstimmung beim Bürgermeister-Workshop in Reimlingen.

Mittelpunkt standen die Fragen, wie man familienfreundliche Projekte startet, wen man beteiligen sollte, wie man die Bürgerschaft und die Betriebe aktiv einbeziehen kann, welche Hindernisse auftreten können und wie man den laufenden Entwicklungsprozess zur „Familienfreundlichen Kommune“ immer wieder neu beleben kann.

Angeregte Diskussionen und interessierte Nachfragen sorgten dafür, dass die Stunden wie im Flug vergingen. Die knappe Zeit am Ende war denn auch der einzige Wermutstropfen bei dieser Veranstaltung, die von der Teilnehmer viel Lob erhielt. „Sehr informativ, sehr interessante Referate, gute Organisation – weiter so!“ lauteten die Kommentare der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister am Ausgang dieses Tages.

„Wir bleiben am Ball!“ versprach ihnen Günter Katheder-Göllner zum Abschluss. Er ist Familienbeauftragter im Landkreis Donau-Ries und zeichnete für die Organisation des Workshops verantwortlich. „Natürlich werden wir Sie weiterhin unterstützen auf Ihrem Weg zu noch mehr Familienfreundlichkeit!“

Zum Workshop „familienfreundliche Kommune“ wurde eine 40-seitige Dokumentation erstellt. Sie ist als pdf-Datei erhältlich bei: Landkreis Donau-Ries, Günter Katheder-Göllner, Familienbeauftragter und Bündnis-Koordinator oder per E-Mail: familienbeauftragter@lra-donau-ries.de. □

Strukturprogramm Nürnberg/Fürth:

Den Standort stärken!

Städteachse fordert vom Freistaat rasche Maßnahmen

Der bevorstehende Personalabbau bei Quelle sowie der hohe Anteil der Kurzarbeit im industriellen Kern des Ballungsraums Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach zeigen nach Ansicht der Wirtschaftsreferenten der Städteachse deutlich, dass die Arbeitsmarktrisiken dort ein unübersehbares Ausmaß annehmen. Deshalb sehen sie den Zeitpunkt für nachhaltige Strukturierungsmaßnahmen durch den Freistaat Bayern gekommen. „Es kann und darf nicht sein, dass wir in jedem Konjunkturabschwung oder bei spektakulären Einzelfällen von Personalabbau bei Großunternehmen zu einer mehr oder weniger bedürftigen Region Bayerns werden“, betonte Nürnbergs berufsständiger Stadtrat Dr. Roland Fleck in seiner Eigenschaft als Sprecher der Wirtschaftsreferentenkonferenz der Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach (WKS).

Seit einigen Monaten bereits arbeiten die Wirtschaftsreferenten an Vorschlägen für ein Maßnahmenpaket, das dazu beitragen soll, den Standort nachhaltig strukturell zu stärken. Das Paket sollte im Herbst insbesondere mit den Ministerien für Wirtschaft und Wissenschaft besprochen werden und war jetzt wesentliche Grundlage für eine Themenliste, die Ministerpräsident Horst Seehofer bei dessen Besuch in Nürnberg überreicht wurde. Die Stadt Nürnberg wurde dabei durch Bürgermeister Dr. Klemens Gsell und Stadtkämmerer Harald Riedel vertreten.

Das Paket umfasst Kernforderungen sowie darüber hinaus ein breit gefächertes Bündel von Vorschlägen und Forderungen. Dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen sind ebenso enthalten wie Projekte zum Ausbau der Wissenschaftslandschaft und Aktivitäten zur Ansiedlungs- und Standortförderung. Zu den Kernforderungen aus diesem Arbeitspaket, die mit der Staatsregierung bereits kommuniziert wurden, gehören beispielsweise für Nürnberg die Errichtung eines Energie Campus, die Ansiedlung der BayernFit GmbH oder die Einrichtung eines Anwendungszentrums für Embedded Systems.

Seitens der Stadt Fürth werden insbesondere die Maßnahmen Erweiterung des Gründerzentrums „complex“, die Förderung standortsicherer Neubauinvestitionen von Unternehmen sowie eine Forcierung der Wissenschaftsstadt Fürth (Aufwertung des EZRT/Fraunhofer Entwicklungszentrum Röntgentechnik) zu einem Fraunhofer-Institut und Neubau eines Nanopartikelzentrums des ZMP (Zentralinstitut für Neue Materialien und Prozesstechnik) hervorgehoben.

Der Energie Campus Nürnberg sieht vor, ein Forschungs- und Anwendungszentrum für Energieeffizienz und Klimaneutralität in Bayern zu schaffen, in der Lehrstühle der Friedrich-Alexander-Universität, der Georg-Simon-Ohm-Hochschule und Abteilungen und Arbeitsgruppen der ansässigen Fraun-

hofer Institute ihr Know-how in diesem wichtigen Zukunftsthema bündeln und für neue Produkte und Dienstleistungen in diesem Zukunftsfeld nutzbar machen. Notwendig dazu sind gemäß bisherigem Stand des Konzepts Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro.

Mit der BayernFit GmbH plant die Staatsregierung bereits seit Juli vergangenen Jahres eine gut ausgestattete und bayernweit operierende Service- und Beratungseinrichtung für Hochschulen und Unternehmen zu schaffen, in der die Fördermittelsuche- und beratung für alle bayerischen Forschungsprogramme, Bundesprogramme und EU-Förderung bayernweit konzentriert werden soll. In einer Regierungserklärung vom Juli 2008 hatte der damalige Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein die Ansiedlung dieser neuen Einrichtung mit 120 Mitarbeitern in Nürnberg angekündigt. Ihr Betrieb soll aus einem zweckgebundenen Fonds in Höhe von 100 Millionen Euro finanziert werden. Nach Auffassung von Roland Fleck „ist die Realisierung der damals zugesagten Gründung und Ansiedlung der BayernFit GmbH in Nürnberg mehr als überfällig und muss nun endlich erfolgen“.

Anwendungszentrum

Darüber hinaus wird die Anschubfinanzierung für ein Fraunhofer Anwendungszentrum im Bereich Embedded Systems für dringend notwendig gehalten. Es soll in enger Anbindung zum Embedded Systems Institute (ESI) der Universität Erlangen-Nürnberg zur Umsetzung von Forschungsergebnissen in Industrieprodukte in der Metropolregion führen. Zu den wichtigsten Anwendungsbereichen eingebetteter Systeme zählen hier Automobil, Kommunikationstechnik, Konsumelektronik, Automatisierungstechnik und Medizintechnik. Hierzu ist eine Anschubfinanzierung des Freistaates von rund 10 Millionen Euro erforderlich.

Bürgermeister Gsell und Stadtkämmerer Riedel brachten gegenüber Ministerpräsident Seeho-

Dillingen (jdt). Mit der Einweihung des Kneipp'schen „Wasser-Wohlfühl-Pfades“ im mit hohen Bäumen ausgestatteten Taxispark erweiterte die Stadt Dillingen ihre in den letzten Jahren geschaffenen Rundweg-Stationen auf den Spuren des weltberühmten Wasserdoktors. Nach den Plänen des Augsburger Landschaftsarchitekten Friedrich Kots wurde zur Nutzung für jedermann eine mit natürlichem Gefälle ausgestattete „Wasser-Schlange“ geschaffen.

Die Erfrischung und gesunde Abhärtung mit dem von Kneipp so nachdrücklich empfohlenen barfuss gehen im sprudelnden fließenden Nass nutzen auch die Touristen, Klosterfrauen, Familien und voller Begeisterung auch viele Kinder.

So mancher verlässt den originalen Wohlfühl-Pfad in der romantischen Parkatmosphäre, nach dem Anblick von schnelle-

trittpfade, Baumstammbrücken, Rindenmulch, Farne, Mini-Felsen und bei einer „Sebastian-Kneipp-Rose“ das Armbad.

Verstärkte Aktivitäten

Dillingen fördert seit einigen Jahren mit verstärkten Aktivitäten die Erinnerung daran, dass die Donaustadt die Wiege der Kneipp-Kur ist. Der bekannte Kneipp-



Mit gutem Beispiel voran ging OB Frank Kunz mit den Mädchen und Buben der Kneipp-Kindertagesstätte. Bild: jdt

bendigen Eichkätzchen und rätschenden Eichelhäher, putzmunter. Zur Ausstattung gehören

fer klar zum Ausdruck, dass ein solches Standortprogramm Nürnberg/Fürth nur dann die erforderliche Wirkung erzielen kann, wenn der Freistaat in erheblichem Umfang Sondermittel einsetzt. Darüber hinaus erwartet die Norisstadt, dass die Arbeiten an dem Strukturprogramm nicht nur kooperativ zwischen dem Freistaat und der Region Nürnberg/Fürth erfolgen, sondern dies auch seinen Niederschlag zum Beispiel in gemeinsamen Arbeitsgruppen findet. DK

Kneipp'scher Wohlfühlpfad eingeweiht

Oberbürgermeister Frank Kunz übergab besondere Attraktion im Taxispark

Gymnasium, Taxispark und die Regens-Wagner-Krypta, mit dem Gedenken daran, dass Kneipp von Vorlesungen bei Professor Johann Evangelist Wagner wichtige Wegweisungen bekam.

Kostengünstiges Projekt

Oberbürgermeister Frank Kunz würdigte bei der Einweihung des „Wohlfühl-Pfades“ die mit einem vergleichsweise kostengünstigen Aufwand von rund 65.000 Euro im Herzen der Stadt geschaffene täglich nutzbare Sehenswürdigkeit unter dem Naturdach vieler Bäume. In Dillingen fühle man sich, so gab Kunz zu verstehen, dem Erbe des großen Lebenswerkes von Sebastian Kneipp verpflichtet. Denkbar seien auch Kneipp-Naturanlagen in allen Stadtteilen. Anerkennung galt dem Architekt Friedrich Kots, Stadtbaumeister Bernhard Adler, Bernhard Schulz von der Stadtverwaltung und Josef Schmid vom Bauamt.

Die tatkräftige Vorsitzende des Kneipp-Vereins, Stadträtin Erika Schweizer, war voller Lob für das so vorbildlich Geschaffene, an dem Pfarrer Kneipp seine größte Freude hätte. Unter den Gratulanten war auch die Stellvertreterin der schwäbischen Kneippvereine, Hermine Matzke.

Spiel und Tanz

Sonderbeifall ernteten die 24 Mädchen und Buben des städtischen Kindergartens, der im Mai 2009 mit der Übergabe von Urkunde und Plakette der Schaffung beispielgebender Voraussetzungen zur „Kneipp-Kindertagesstätte“ aufgewertet wurde. Unter Führung der Leiterin Brigitte Wörner und der Kinderpflegerin Roswitha Knaus erfreuten die Kinder mit dem „Kneippianer-Lied“, Spiel und Tanz. Unter Anführung von Oberbürgermeister Kunz probierten sie dann die erfrischende Möglichkeit des Barfußlaufens im „Wohlfühl-Pfad“. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

65. Geburtstag von Landrat Erich-Josef Geßner:

Führungsstark und bürgernah

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen - denn Zukunft kann man bauen.“ Dieses Zitat von Antoine de Saint-Exupéry hat sich Landrat Erich-Josef Geßner zu Eigen gemacht, in dem er den Landkreis Neu-Ulm mit hervorragenden Zukunftsperspektiven ausgestattet hat. Am 14. August nun feierte der umtriebige Kommunalpolitiker, der eher zufällig diese Laufbahn einschlug, seinen 65. Geburtstag.

Seit 13 Jahren zieht Erich-Josef Geßner in der „Kupferburg“ die Fäden; 20 Jahre lang war er Bürgermeister in Vöhringen. Davon dirigierte er das Rathaus in Altenstadt – dies allerdings eher unfreiwillig, wie der Jubilar bekennt. 1971 habe er als junger, 27-jähriger Rechtspfleger in der Justiz gearbeitet, und weil sein Heimatort Altenstadt einen neuen Bürgermeister brauchte, machte er sich als CSU-Vorsitzender des Ortes auf den Weg, in den Reihen der Partei nach einem geeigneten Kandidaten zu suchen. Von den sieben Mitgliedern, die er laut Vorstandsbeschluss fragen sollte, erhielt er Körbe und trat schließlich selbst an. Die „Folgen“ sind bekannt.

Klares Profil

Geßner genießt mit seiner Kompetenz, seiner Führungsstärke, seiner Ausgleichsfähigkeit und seiner Bürgernähe ein ausgeprägtes Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Rechtzeitig erkannte er die Herausforderungen an den Landkreis. Die Infrastruktur und die Standortvorteile Neu-Ulms hat er mit gesichert, gestärkt und ausgebaut. Stets hat er die Kooperation mit den anderen politischen Kräften im Kreistag gesucht, ohne die Positionen seiner Partei, der CSU, und deren Profil aufzugeben. Mit Stolz kann der Jubilar darauf verweisen, dass dem Landkreis Neu-Ulm in der aktuellen Studie 2009 der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die das Potenzial von Landkreisen und kreisfreien Städten bundesweit bewertet, Platz 1 unter den schwäbischen Landkreisen, Platz 15 in Bayern und Platz 25 im Bundesgebiet bescheinigt wurde.

Landkreis Aschaffenburg:

Eigene U18-Wahl für Kinder und Jugendliche

In einigen Bundesländern können Jugendliche bei Kommunalwahlen zwar schon mit 16 Jahren wählen, doch für eine Teilnahme an der Bundestagswahl ist generell ein Mindestalter von 18 Jahren vorgeschrieben. Anders am 18. September 2009: Neun Tage vor der Bundestagswahl können bei der Jugendwahl „U18“ alle Kinder und Jugendliche ihre Stimme abgeben. Auch in Aschaffenburg und Umgebung sind an diesem Tag mehrere Wahllokale geöffnet.

Die Jugendwahlinitiative „U18“, der unter anderem das Deutsche Kinderhilfswerk und der Bundesjugendring angehören, macht es möglich, dass Kinder und Jugendliche selbst ihrer politischen Meinung Ausdruck verleihen und zu einer eigenen Wahl gehen können. Im Rahmen der Initiative „U18-Wahl“ finden in vielen Schulen, Jugendtreffs und anderen Einrichtungen Projekte zur politischen Bildung statt, u. a. auch am Hanns-Seidel-Gymnasium in Hösbach, das vom Kreisjugendring Aschaffenburg unterstützt wird.

Mehrere Wahllokale

Höhepunkt der Aktion ist natürlich am 18. September die „U18-Wahl“ selbst. Zusätzlich zu den nicht-öffentlichen Wahllokalen im Hanns-Seidel-Gymnasium und im Spessart-Gymnasium Alzenau stehen an diesem Tag im Landkreis Aschaffenburg mehrere öffent-

liche Wahllokale zur Verfügung. Die Wahl im Bibliothekszentrum in Hösbach führt der Kreisjugendring Aschaffenburg durch. Dazu ist im Obergeschoss ein eigenes Wahllokal eingerichtet. Bereits vor dem eigentlichen Wahltag können Kinder und Jugendliche hier auch per „Briefwahl“ abstimmen. Außerdem gibt es im Erdgeschoss des Bibliotheksentrums eine kleine Ausstellung mit Büchern und Broschüren zur politischen Bildung.



Erich-Josef Geßner.

sonderes Augenmerk will Geßner auf die Sanierung und den Ausbau der Schulen richten. „Schließlich müssen wir im Landkreis im Bereich Bildung nicht nur up to date, sondern Anderen immer einen Schritt voraus sein“, meint der Landratschef. Dazu zählt auch ein Projekt, in dem zwei Schulleiterinnen derzeit untersuchen, wie die einzelnen Schulen und Schularten im Landkreis besser miteinander verknüpft werden können, inklusive der Kindergärten. „Es ist leider so, dass eine Schule oft nicht weiß, was in der anderen bereits gelehrt worden ist. Es ist der Versuch, zu erkunden, wel-

che Bildung im Landkreis nötig ist. Ich denke, vor Ort wissen Eltern, Erzieher, Lehrer oder FH-Professoren besser, welche Ausbildung notwendig ist“, so Geßner.

Seit Ende 2008 ist der Jubilar Vorsitzender des Vereins „Die Innovationsregion Ulm – Spitze im Süden e.V.“, dessen Vorstandsspitze im Zwei-Jahres-Rhythmus wechselt. Das Profil der gesamten Region als starken Standort für Wirtschaft und Wissenschaft mit höchster Lebensqualität noch stärker hervorzuheben, zählt zu den Zielen, die sich Landrat Geßner für die Innovationsregion gesteckt hat. Er sieht die „Wohlfühlregion“ mit „sehr hohen Zukunftschancen“ als eine echte Alternative zu den Metropolregionen um Stuttgart und München. Damit diese Standortqualitäten noch besser über die Grenzen der Region hinaus bekannt werden, will er die Marketingziele des Vereins auf den Prüfstand stellen. „Elf Jahre nach Gründung des Marketingvereins empfiehlt es sich, zu überlegen, ob die Richtung unserer Aktivitäten noch zielführend ist.“ Im Visier seiner Marketingbemühungen hat Geßner dabei junge Familien sowie den Fachkräftemangel, der auch die Region erreicht hat. Der Landrat setzt auf den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung.

Roter Faden

Mit einem Dankottesdienst in der Roggenburger Klosterkirche hatten die Feierlichkeiten zum 65. Geburtstag des Neu-Ulmer Landrates begonnen. Ein Bergunfall, der dem Geburtstagskind wenige Tage zuvor beinahe das Leben gekostet hätte, zog sich wie ein roter Faden durch die Festivität. Der Dank an seinen Herrgott, seine Familie und seine Freunde für die Begleitung seines bisherigen Lebens stand im Mittelpunkt seiner Rede an die etwa 200 Freunde, kirchlichen Würdenträger, Vertreter aus Wirtschaft und Kultur, Staatsminister, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Landrats- und Bürgermeisterkollegen, Kreisräte und Stadträte.

„Freunde kann man nicht kaufen, Freunde kann man nicht verkaufen, Freunde trägt man im Herzen“ hatte der ehemalige Landtagsabgeordnete und ASM-Ehrenpräsident, Prof. Karl Kling, dem Jubilar geschrieben. Diese Freundschaft unterstrichen seine Parteifreunde Justizministerin Dr. Beate Merk, Justizminister a. D. Alfred Sauter, der CSU-Kreisvorsitzende Thorsten Freudenberger, Landratstellvertreter Roland Bürzle, der Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetages Josef Walz, der Vorsitzende des Vereins der Freunde des Klosters Roggenburg Bürgermeister Franz-Clemens Brechtel und Vöhringens Bürgermeister Karl Janson in ihren Ansprachen.

Ihren Abschluss fanden die Festivitäten mit einem Besuch der Landkreis-Schützen an Geßners erstem Arbeitstag nach seinem 65. Wiegenfest. Gauschützenmeister überreichten dem Landrat die große Schützen-scheibe des 4-Gaue-Pokalschießens, die sowohl die Zusammengehörigkeit der Gaue untereinander als auch mit dem Landkreis Neu-Ulm symbolisiert. Zusätzlich wurde die von Landrat Geßner und seiner Frau Wilhelmine gegründete Prämonstratenser-Stiftung Roggenburg mit einer gemeinsamen Geldspende bedacht. DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Der Countdown läuft, jetzt sind die Eltern bald vom Ferienstress erlöst und können sich wieder voll auf ihre Arbeit konzentrieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, übte sich nicht in Elternbeschimpfung, auch wenn es auf den ersten Blick den Anschein haben mag.

Denn es ist doch so: Die Kinder haben offiziell an insgesamt 74 Tagen keinen Unterricht. Aber der normale Eltern-Arbeitnehmer hat, wenn's hochkommt, 30 Urlaubstage und ein paar extra für Überstunden. Damit ist schon arithmetisch klar, dass eine latente Betreuungslücke entsteht, wenn beide Elternteile berufstätig sind – und bei Alleinerziehenden besteht die blanke Not der Improvisation. Das stresst natürlich, man hat ein schlechtes Gewissen den Kids gegenüber und ist immer mit einem halben Gedanken bei ihnen. Natürlich ist das Problem in den verschiede-



Kids mal Erwachsene spielen können – mit richtigen Berufen, dem Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr und natürlich auch mit einer kräftigen Portion Kommunalpolitik. Es gibt dort einen Bürgermeister, einen Gemeinderat und Bürgerversammlungen, in denen die „Honoratioren“ über ihre Entscheidungen Rechenschaft ablegen müssen.

Damit könnten die Verantwortlichen in Stadt und Landkreis eigentlich die Hände in den Schoß legen – Angebote für die Ferienfreizeitgestaltung ohne Eltern gibt es. Aber können wir damit wirklich zufrieden sein? Im Gegenteil – wir in der Stadtverwaltung haben ein Projekt gestartet, damit die Eltern von noch betreungsbedürftigen Kindern während der Schul- und Kindergartenferien zuverlässig und stressfrei von der Sorge entlastet werden, wie sie ihren Nachwuchs beaufsichtigen und bespaßen sollen.

Wir haben uns einfach mit dem Stadtjugendring zusammen geschlossen und die Programme speziell für die Kinder der Beschäftigten der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe erweitert. Damit müssen unsere Leute die Sprösslinge nicht erst zu einem Treffpunkt bringen und dann am Abend dort wieder abholen. Sie nehmen ihre Blagen einfach mit ins Büro, ein Bus holt die Ladung in der Früh ab und zum Feierabend kommt der Nachwuchs wieder zurück und kann mit den Eltern den Heimweg antreten. Dafür zahlen wir dem Jugendring einen fairen Preis zusätzlich zur natürlich fälligen Eigenbeteiligung der Eltern. Denn wir wollen das als Modell für andere Verwaltungen, aber auch für private Firmen kalkulierbar und attraktiv machen – Nachahmung erwünscht.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist erfreut darüber, dass die Initiative eingeschlagen und die anfängliche Skepsis der bekümmerten Belegschaft sich rasch in Begeisterung verwandelt hat. Damit machen wir es den Eltern leichter, für die ja ohnehin der Satz von Winston Churchill auf dem heutigen Kalenderblatt gilt: „Es ist einfacher, eine Nation zu regieren, als Kinder zu erziehen.“

the
Sabrina

Betreuungslücke sinnvoll geschlossen

nen Altersstufen der Kinder unterschiedlich ausgeprägt. Viele Institutionen helfen mit, um die Urlaubs- nicht zur Frustration für Eltern werden zu lassen. Kindergärten und Horte halten in den ein- bzw. zweiwöchigen Ferien Betreuungskapazitäten vor und oftmals sind auch in den Randwochen der großen Ferien dort Erzieher und Erzieherinnen an Bord. Aber wer keinen Hortplatz hat, die Betreuung anders organisiert oder vielleicht wegen einer Teilzeitarbeit üblicherweise keinen Hort in Anspruch nehmen müsste, der guckt mit dem Offenrohr ins Gebirge. Kritisch wird es auch, wenn die Kinder dem „Hortalter“ entwachsen sind, aber dennoch eigentlich so etwas wie einen betreuenden Ankerplatz brauchen. Von der Tatsache ganz abgesehen, dass es auch schon selbstständigem Nachwuchs manchmal ganz gut tut, die Freizeit in geordneten Bahnen verbringen zu können.

Da kommen dann unser Stadt- und der benachbarte Kreisjugendring ins Spiel. In bester Kooperation und in Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern organisieren sie Ferienprogramme für die „kritischen“ Altersstufen ganz passgenau – Skifreizeiten im Winter, Zeltlager im Sommer, ein „Mini“-Dorf, in dem die

Vorlesekoffer für Kinderheime in Bayern

Landesweites Engagement der Deutschen Bahn AG und der Stiftung Lesen

Wie ein kleiner Angsthasen mutig wird und wann ein Lokführer auf die Toilette gehen darf - das erfahren die Kinder des Münchner Waisenhauses bei einer Vorlesestunde mit der Bayerischen Familienministerin Christine Haderthauer und Klaus-Dieter Josel, dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Bayern. Anlass ist der Auftakt eines besonderen Projektes: Bis Ende 2010 erhalten alle Kinderheime in Bayern von der Deutschen Bahn jeweils einen „Vorlesekoffer“. Dieser ist prall gefüllt, nicht nur mit den Geschichten vom Angsthasen und der vom Lokführer, sondern auch mit weiteren spannenden Büchern aus den unterschiedlichsten Bereichen. Die Aktion ist Teil der bundesweiten Initiative der Deutschen Bahn in Kooperation mit der Stiftung Lesen, „Vorlesekoffer für Kinderheime“.

Die Kinder des Münchner Waisenhauses erleben eine Vorlesestunde mit prominenter Besetzung. Leseförderungs- und Langzeitwirkung ist garantiert - denn selbstverständlich ist der Lesestoff Teil des Vorlesekoffer-Sortiments. Familienministerin Haderthauer: „Ich begrüße das Pro-

jekt, Vorlesekoffer für Kinderheime“ sehr. Denn Vorlesen schärft den Verstand, trainiert die soziale Kompetenz und fördert die Sprachentwicklung. Für die jüngeren Kinder hat der Freistaat deshalb auch bereits die Lesestart-Kampagne der Stiftung Lesen unterstützt - 2008 mit

350.000 Euro. Alle bayerischen Eltern von einjährigen Kindern können von dieser Sprach- und Leseförderung profitieren und erhalten ein Lesestart-Set bei der Vorsorgeuntersuchung U6 von ihrem Kinderarzt.“ Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn betonte: „Die Bahn ist ein weltweit tätiger Logistik-Dienstleister, Mobilität ist ihr zentrales Ziel. Lesen wiederum vermittelt geistige Mobilität, daher unterstützen wir im Sinne eines ausgesprochen stimmigen Bildungsenagements gerne die Ziele und Anliegen der Stiftung Lesen.“

Heinrich Kreibich, Geschäftsführer der Stiftung Lesen, ergänzte: „Das Lesen fördern heißt Lebenschancen vermitteln. Das gilt in besonderer Weise für die Zielgruppen des Projektes 'Vorlesekoffer für Kinderheime'. Hier können wir nun dank des Engagements unseres langjährigen Partners Deutsche Bahn eine flächendeckende Initiative realisieren.“

Zum Hintergrund: Bereits seit 13 Jahren ist die Deutsche Bahn Mitglied der Stiftung Lesen und unterstützt viele Leseförderungsprojekte. Seit zwei Jahren zählt dazu ihre Initiative „Vorlesekoffer für Kinderheime“. Bislang haben rund 1.500 Einrichtungen Koffer erhalten: „Vorlesekoffer“ für die jüngeren Kinder, „Bücherkoffer“ für die etwas älteren. Im Rahmen von landesweiten Auftaktveranstaltungen wird das Infrastruktur-Netz jetzt dichter geknüpft. □



Sozialministerin Christine Haderthauer mit (dahinter) Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn. □

Donau-Ries-Ausstellung in Donauwörth:

Fulminantes Programm

Vom 9. bis 13. September wird der Donauwörther Stauferpark erneut Veranstaltungsstätte der traditionellen Donau-Ries-Ausstellung sein. In insgesamt 14 Hallen werden 350 Aussteller den Besuchern ihre Produkte, Dienstleistungen und Informationen anbieten. Ob zum Thema Gesundheit oder Energie - die Donau-Ries-Ausstellung trifft den Nerv der Zeit.

Bereits in Halle A werden die Besucher mit hochinteressanten Informationen versorgt. Unter anderem bietet hier die Deutsche Rentenversicherung ihre Dienste an und die Polizeiinspektion Dillingen gibt Tipps zum Einbruchschutz. Die Sparkasse Donauwörth, die Deutsche Bundesbank und das Finanzamt Donauwörth suchen den Kontakt zum Verbraucher und stehen mit Beratungen zur Verfügung.

Brücke Mensch & Natur

Unter dem Motto „Mein Garten – Brücke zwischen Mensch und Natur“ sorgt in Halle B der Kreisverband für Gartenbau mit 18 teilnehmenden Gartenbauvereinen, einer Imkerei und drei Ga-La-Bau-Betrieben erneut für eine Attraktion. Bei speziellen Aktionen wie der Demonstration eines „Insektenhotels“ oder auch dem Blick darauf, „was ein Apfel alles werden kann“, werden kleine wie große Ausstellungsbesucher ins Staunen geraten. Der Bauernmarkt der Landfrauen vom Bayerischen Bauernverband wird dafür sorgen, dass die Besucher auch kulinarisch die Besucher voll auf ihre Kosten kommen.

Mit der Sicherung und Erhaltung der Lebensgrundlagen in der Land- und Forstwirtschaft befasst sich in diesem Jahr

schwerpunktmäßig die Präsentation des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das ebenfalls in Halle B vertreten ist. Neben vielen interessanten Informationen rund um dieses Thema sollen aber auch Sport und Spaß nicht auf der Strecke bleiben. Eine komplett aus Holz gefertigte, ca. 8 Meter lange Kegelbahn bietet Gelegenheit, Augenmaß und Geschicklichkeit zu beweisen. Perfekt machen die Halle B noch die Jäger vom Bayerischen Jagdverband, die unter anderem mit dem großen Halali der Jagdhornbläsergruppe auf sich aufmerksam zu machen wissen.

Während in Halle E vorübergehend eine Elektrogeschäft-Filiale entsteht und mit Neuigkeiten aus der Elektrobranche aufwartet, fließt jede Menge Energie durch Halle F, die Stauferhalle: Initiiert vom Landkreis Donau-Ries, werden sich dort verschiedene Institutionen und Unternehmen, Referenten und Diskussionspartner erneut zum großen Energieforum einfinden. Kooperationspartner des Landkreises sind unter anderem die ergas schwaben GmbH, die ein Bio-Ergas-Modell und eine Gas-Wärmepumpe vorstellen wird und die Lechwerke AG, die ein Wärmepumpen-Funktionsmodell mitbringt und außerdem zu den Themen „Wohnungslüftung“ und zum Energieausweis informiert.

Der zweite Messe-Schwerpunkt von Geopark-Ries wird die Vorstellung der 24 frischgebackenen Geopark-Ries-Führerinnen und -Führer und ihrer verschiedenen Programme darstellen. Selbstverständlich sind auch die Partnerkommunen mit von der Partie, wenn die Donau-Ries-Ausstellung wieder „das Beste“ aus dem Landkreis zeigt: In diesem Jahr bilden die Schweiz und Italien die Schwerpunktländer und werden das Ausstellungsangebot insbesondere mit landestypischen Delikatessen bereichern.

Umweltmanagementsysteme

Mit interessanten Informationen über „ÖKOPROFIT“ präsentiert sich auch das Wirtschaftsforum Donau-Ries in Halle F. Mit diesem Projekt werden kleinere und mittlere Unternehmen bei der Einführung eines betrieblichen Umweltmanagementsystems unterstützt. Das Wirtschaftsforum informiert über die erste ÖKOPROFIT-Runde 2008 und 2009 im Landkreis Donau-Ries und stellt die Betriebe, vor allem aber die Ergebnisse der umgesetzten Maßnahmen vor. Auch die Stadt Donauwörth ist in Halle F zu finden: Sie informiert heuer unter anderem über den Donauwörther Stadtwald. Selbst aktiv werden, aber auch sehen, hören und staunen dürfen die Besucher am Stand der Schlösser und Museen im Landkreis Donau-Ries, die sich ein umfangreiches Programm ausgedacht haben. Auf der Empore der Stauferhalle werden sich zudem im täglichen Wechsel verschiedene Selbsthilfegruppen aus dem Landkreis vorstellen und für Gespräche anbieten.

Nach der Halle G, die mit dem klassischen Produktprogramm einer Verbraucherausstellung auf ihre Besucher wartet, führt der Rundgang mit der Halle H in eine

weitere interessante Sonderhalle. Das Thema Gesundheit steht hier auf dem Programm und die Aussteller wie beispielsweise die Donau-Ries-Kliniken und Seniorenheime gKU, die Fachklinik Psychiatrie und das Rote Kreuz bieten jede Menge Informations- und Beratungsmöglichkeiten. Auch die Volkshochschule Donauwörth bringt sich in der Gesundheits-Sonderschau mit ein.

Vereine stark eingebunden

Die Gemeinde Möttingen und die Stadt Oettingen werden sich im Rahmen der „Landkreis-Expo“ mit jeweils eigenen Hallen, den Hallen K und L auf der Donau-Ries-Ausstellung präsentieren. Insbesondere die Vereine sind hier stark eingebunden. Halle M bietet Produkte und Dienstleistungen rund ums Haus: Vom Fenster bis zur Treppenrenovierung, von der Wassertüchtigkeit bis zum Mul-

Zu verkaufen

Markt Garmisch-Partenkirchen
Der Markt Garmisch-Partenkirchen verkauft derzeit vier ältere **Gewächshäuser**

3 Glasgewächshäuser: 108 qm, 160 qm und 390 qm Grundfläche
1 Foliengewächshaus: 480 qm Grundfläche

Bei Interesse oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
Markt Garmisch-Partenkirchen, Liegenschaften, Rathausplatz 1,
82467 Garmisch-Partenkirchen, Tel. 08821/910-255 oder -231

tigersystem gibt es hier fast alles.

Dass auch das Freigelände jede Menge Programm zu bieten hat, versteht sich von selbst: Timbershow, Rettungshundestaffel, „Spiel und Spaß im Waldkindergarten“, Hubschrauberrundflüge am Wochenende, Basketball, Biathlon und Bungee-Trampolin, der Motorsägenschnitzer Michael Fürst vom städtischen Forstamt mit seinen Holzsulpturen, dazu

die verschiedensten Produkte für drinnen und draußen, von der Gartenschere bis zu Lounge-Gartenmöbeln, vom Minibagger bis zur Fertiggarage - schier unendlich ist die Liste der ausgestellten Produkte. Wer den Rundgang an einem einzigen Tag nicht schafft, für den gibt es heuer zum ersten Mal die Dauerkarte. Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet. **DK**

„20 Jahre Tor zur Freiheit“

Stadt und Landkreis Passau erinnern an Aufnahme der DDR-Flüchtlinge vor 20 Jahren

Am 11. September 1989 sind unzählige Menschen aus der damaligen DDR auf der Flucht aus Ungarn im Landkreis Passau und in der Stadt Passau erstmals in der Freiheit des westdeutschen Territoriums angekommen. Sowohl in der Passauer Nibelungenhalle als auch in der Stadt Vilshofen und in der Gemeinde Tiefenbach waren Zeltstädte für die Neuankommlinge aufgebaut, in denen die erste Kontaktaufnahme und Versorgung erfolgte.

Die beteiligten Kommunen wollen an diese geschichtsträchtige Zeit, der man durchaus auch eine gewisse weltpolitische Bedeutung zuschreiben kann, mit einem Gedenkakt und einer Ausstellung erinnern. Dabei wird der Berger-Parkplatz, der seinerzeit an die 1.400 Personen aufgenommen hat, nochmals in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt. Um etwas an Authentizität zu schaffen, werden einige Zelte aufgebaut, wie sie damals zur Registrierung, Verpflegung und Unterkunft der DDR-Flüchtlinge errichtet worden waren. Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Krenn aus Vilshofen an der Donau und Gruß-

worten von Landrat Franz Meyer und einem Vertreter der Stadt Passau, wird Frau Staatsministerin Christine Hadertauer für die Bayerische Staatsregierung sprechen.

Zeitzeugen sprechen

Um auch Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen, werden Altlandrat Hanns Dorfner und Altbürgermeister Hans Gschwendner gemeinsam mit der seinerzeitigen BRK-Bereitschaftsleiterin Erika Gerner von ihren Erfahrungen und Erlebnissen bei der umfangreichen Organisation der Zeltstädte in Stadt und Landkreis Passau im Rahmen einer locke-

ren Gesprächsrunde berichten.

Dem Festakt geht in der Vilschhofener Rathausgalerie die Eröffnung einer Ausstellung voraus, in der mit Bildern aus der Zeit der Flüchtlingsankünfte sowie mit verschiedenen Dokumenten und Alltagsgegenständen aus der damaligen DDR ein bedeutsamer Abschnitt deutsch/deutscher Geschichte lebendig werden soll.

Stadt und Landkreis Passau legen Wert darauf, dass auch die Bevölkerung möglichst zahlreich am Gedenkakt teilnimmt, denn schließlich war sie es, die den Flüchtlingen einen so überaus freundlichen Empfang bereitet und mit ihrer Hilfsbereitschaft maßgeblich für einen guten Neustart in der Freiheit beigetragen hat.

Der Festakt beginnt am 11. September um 18 Uhr, die Ausstellung um 16 Uhr. Diese ist sodann bis einschließlich 4. Oktober 2009 zu besichtigen. **□**

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 24. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV für Kommunen
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Fahradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene



Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
gerasmühler str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **schütte**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!